



Antimuslimischer Rassismus in der österreichischen Politik

Antimuslimische Abwertungs-, Ausgrenzungs-,
Feindbild-, Generalisierungs- und Hetzkampagnen
im Jahr 2022

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	3
Definition von antimuslimischem Rassismus	6
Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre	8
Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2022	84
Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen.....	105

Hintergrund

Dieser Bericht widmet sich dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik. Er beleuchtet antimuslimische Handlungen und antimuslimische Agitation von maßgeblichen politischen Akteur*innen in Österreich. Ziel des Berichtes ist die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das gefährliche antidemokratische Phänomen antimuslimischer Rassismus.

Die politische Agitation gegen Muslim*innen hat in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Das Abwerten von Menschen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit sowie das Schüren von Angst, Hass, Neid und Missgunst ist kein politisches Randphänomen mehr, sondern rückt oftmals in das Zentrum der Politik. Auch Personen in hohen politischen Funktionen und mit viel politischer Macht beteiligten sich an der Aufwiegelung und Aufhetzung gegen Muslim*innen.

Durch den Fokus auf maßgebliche politische Akteur*innen wird Licht auf das Verhalten von Personen und Organisationen geworfen, die mit politischer Macht ausgestattet sind. Diese Macht kann unterschiedliche Ausprägungen haben: sie kann von einer hohen öffentlichen Kommunikations-Reichweite bis hin zu konkreter Handlungsmacht betreffend den Beschluss von Gesetzen und Verordnungen reichen. Der Blick auf Akteur*innen in hohen politischen Positionen zeigt zudem, wie sehr antimuslimische Handlungen und antimuslimische Agitation in Österreich nicht nur individuell, sondern auch strukturell verankert sind.

Zentrale Akteurin des offenen antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik war und ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). In den vergangenen Jahren beteiligten sich allerdings auch namhafte Politiker*innen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) an Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Generalverdachtskampagnen gegen Muslim*innen.

Antimuslimischer Rassismus ist sowohl eine Gefahr für die Betroffenen als auch für unsere Demokratie, weil er Menschen ausgrenzt und verletzt, das Zusammenleben torpediert, die Gesellschaft spaltet, den Nährboden für Diskriminierung und Gewalt schafft und radikale Gegenbewegungen befeuert.

Ermutigt werden antimuslimisch-rassistische Kampagnen durch die Tatsache, dass es in Österreich bislang keine breite politische Ächtung von antimuslimischem Rassismus gibt. Während der Kampf gegen Antisemitismus zurecht als wichtiges Thema kommuniziert wird, gibt es bis dato kein durchgehendes Bekenntnis der Spitzenpolitik zum Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Mitglieder vergangener Bundesregierungen waren sogar maßgebliche Akteur*innen antimuslimischer Agitation – ohne dabei im Regelfall auf nennenswerten Widerspruch oder gar Protest von Seiten anderer Regierungsmitglieder zu stoßen.

Erst der im Jänner 2019 von SOS Mitmensch erstmalig veröffentlichte Bericht zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik hat – auf Nachfrage von SOS Mitmensch – zu Reaktionen von Teilen der österreichischen Spitzenpolitik geführt. Die Bundesparteivorsitzenden von SPÖ, NEOS, JETZT und Grünen reagierten mit schriftlichen Stellungnahmen, in denen sie antimuslimische Hetzkampagnen verurteilten. Auch alle neun Landeshauptleute und zahlreiche Landesparteivorsitzende verurteilten in schriftlichen Stellungnahmen jegliche Form von Rassismus. Demgegenüber wollten sich die Bundesparteivorsitzenden von ÖVP und FPÖ nicht gegen antimuslimischen Rassismus äußern.

Die politischen Hetzkampagnen der vergangenen Jahre gegen Muslim*innen, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Laut einer im Jahr 2019 von der Universität Salzburg ausgewerteten Umfrage des Sozialen Survey Österreich zu Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Muslim*innen gaben 35 Prozent der Befragten an, eine negative Einstellung zu haben – so viele wie bei keiner anderen durch Religion definierten Gruppe. Bei Christ*innen macht dieser Wert 5 Prozent aus, bei Jüd*innen 16 Prozent. Mehr als 40 Prozent der Befragten gaben an, „Muslime sollten nicht die gleichen Rechte wie alle in Österreich haben“.¹ Laut einer im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds im Dezember 2022 durchgeführten Befragung wird „das Zusammenleben mit Muslim/innen“ von 40 Prozent der Befragten als „eher schlecht“ und von 27 Prozent als „sehr schlecht“ bewertet.²

Angesichts dieser alarmierenden Daten ist es dringend geboten, jeglichen Anfängen in Richtung Abwertung, Ausschluss und Diskriminierung von Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen Religionszugehörigkeit entschlossen entgegenzutreten.

Als alarmierend ist auch die Tatsache zu bewerten, dass die ab Anfang 2020 grassierende Corona-Pandemie von Teilen der Politik dazu missbraucht wurde, um Neid und Hass gegen Muslim*innen zu schüren und antimuslimische Verschwörungstheorien zu verbreiten. In mehreren Wellen wurde in Presseaussendungen sowie in Einträgen in sozialen Netzwerken von FPÖ-Politiker*innen versucht, gegen Muslim*innen aufzuwiegeln und Spaltung zu erzeugen bzw. zu vertiefen.

Die ersten vier Berichte von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik widmeten sich Vorkommnissen in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021. Der vorliegende Bericht beleuchtet das Jahr 2022, das innenpolitisch von der Corona-Pandemie, dem Angriff Russlands auf die Ukraine, der Teuerung sowie der Bundespräsidentchaftswahl geprägt war.

Der Bericht fokussiert auf eindeutige Fälle von antimuslimischem Rassismus sowie auf Aussagen und Handlungen mit einer deutlich erkennbaren antimuslimisch-rassistischen

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000109103695/mehrheit-der-oesterreicher-sehen-islam-kritisch>

² https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OeIF-Integrationsbarometer-2-2022-final_web_1_.pdf S. 16

Tendenz. Nicht behandelt werden umstrittene und verfassungsrechtlich bedenkliche Maßnahmen, die von der Politik als Kampf gegen Fundamentalismus, Geschlechterungleichbehandlung und Geschlechtertrennung kommuniziert werden, die in den vergangenen Jahren aber nahezu ausschließlich einer einzigen Religion und ihren Angehörigen galten.³ Des Weiteren nicht behandelt werden in diesem Bericht antimuslimisch-rassistische Handlungen und Übergriffe im Alltag. Diese werden sowohl im „Rassismus Report“ der Antirassismusstelle ZARA⁴ als auch im Bericht der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“⁵ erfasst.

Dieser Bericht richtet sich an alle Menschen in Österreich, aber ganz besonders an die Spitzenpolitik. Er fordert einen konsequenten Kampf gegen antimuslimischen Rassismus wie auch gegen andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung ein. Siehe dazu auch die Liste der konkreten Forderungen am Ende dieses Berichts.

Wichtiger Hinweis für Benutzer*innen: Aus Gründen der Dokumentation, Analyse, Kritik und Bewusstseinschärfung werden hier u.a. rassistische Sujets aus dem Bereich der parteipolitischen Kommunikation abgebildet. Diese Sujets können verletzend und verstörend sein und bilden nicht den tatsächlichen gesellschaftlichen Alltag ab, sondern es handelt sich um manipulative propagandistische Machwerke, die einer rassistischen Ideologie folgen. Diese rassistischen Sujets sind darüber hinaus nicht repräsentativ für das gesamte parteipolitische Spektrum in Österreich, sondern repräsentieren jenen Teil des politischen Spektrums, der rassistische Propaganda als Instrument der rassistischen Ideologisierung, Agitation und Mobilisierung verwendet.

³ Ein Beispiel für eine solche Maßnahme ist das „Verhüllungsverbot an Volksschulen“, das auf das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Mädchen abzielte. Im Dezember 2020 hob der österreichische Verfassungsgerichtshof dieses Verhüllungsverbot als verfassungswidrig auf. Das so genannte „Kopftuchverbot“ verstöße gegen den Gleichheitsgrundsatz in Verbindung mit Recht auf Religionsfreiheit, so der Verfassungsgerichtshof. Siehe: https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot_an_Volksschulen_ist_verfassungswid.de.php

⁴ ZARA Rassismus Report 2020: https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus_Report_2020.pdf

⁵ Antimuslimischer Rassismus Report 2020 der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“: <https://dokustelle.at/antimuslimischer-rassismus-report-2020>

Definition von antimuslimischem Rassismus

Rassismus ist eine gruppenbezogene Unrechts-, Unterdrückungs-, Herrschafts- und Gewaltideologie, die Menschen aufgrund einzelner Merkmale – wie tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit – herabwürdigt, in ihren Möglichkeiten und Freiheiten einschränkt, benachteiligt, ihrer Sicherheit beraubt und im Extremfall in Vertreibung, Verfolgung und Mord mündet. Rassismus ist unvereinbar mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Antimuslimischer Rassismus steht für den Angriff auf Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen muslimischen Religionszugehörigkeit. Antimuslimischer Rassismus raubt Menschen ihre Individualität und beurteilt sie nicht nach ihrem konkreten Handeln, sondern nach pauschalen Vorurteilen. Antimuslimischer Rassismus wertet Menschen kollektiv ab, macht sie zum Ziel von Generalverdachts- und Hasskampagnen, bedroht sie und bildet die Grundlage für Diskriminierung und Übergriffe.

Antimuslimischer Rassismus in der Politik umfasst antimuslimisch-rassistisches Handeln und Agitation von politischen Akteur*innen, seien es politische Organisationen, parteipolitische Funktionär*innen oder politische Amtsträger*innen.

Antimuslimischer Rassismus umfasst nicht die faktenbasierte kritische Auseinandersetzung mit Religion oder mit konkreten individuellen Handlungen von Personen oder Organisationen, sondern er umfasst den kollektiven und undifferenzierten Angriff auf Menschen und Institutionen allein aufgrund einer Vorurteils- und Hassideologie.

In den Berichten von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik wird dann (und nur dann) von antimuslimischem Rassismus gesprochen, wenn

- ⇒ generalisierende Aussagen über Muslim*innen bzw. als Muslim*innen gelesene Menschen getätigt werden, die diese pauschal herabwürdigen bzw. negativ abstempeln.
- ⇒ eine Bebilderung bzw. Bildsprache zur Anwendung kommt, die Muslim*innen pauschal herabwürdigt und/oder pauschal negativ abstempelt.
- ⇒ Muslim*innen in entmenschlichender Weise dargestellt werden.
- ⇒ das Vorhandensein von Muslim*innen in Österreich per se als etwas pauschal Negatives oder Bedrohliches dargestellt wird.
- ⇒ Muslim*innen ohne sachlichen Zusammenhang in negativen Kontexten abgebildet werden.
- ⇒ Muslim*innen als homogenes problembehaftetes Kollektiv konstruiert und diskriminierende Maßnahmen gegen dieses „homogene Kollektiv“ gefordert werden.

- ⇒ Muslim*innen kollektiv als privilegierte bzw. überprivilegierte gesellschaftliche Gruppe dargestellt werden und Neid geschürt wird.
- ⇒ Muslim*innen als unwert dargestellt werden, die gleichen staatlichen Leistungen wie alle anderen im Land zu erhalten.
- ⇒ Muslim*innen zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht werden.
- ⇒ gegen Muslim*innen gerichtete Verschwörungstheorien verbreitet werden.
- ⇒ als negativ wahrgenommene Themen und Phänomene ohne sachliche Begründung allein auf Muslim*innen reduziert und damit antimuslimisch aufgeladen werden.
- ⇒ kollektiv entrechtende und diskriminierende Forderungen gegen Muslim*innen erhoben werden.
- ⇒ Muslim*innen die Möglichkeit, vollwertige Bürger*innen Österreichs zu sein, pauschal abgesprochen wird.
- ⇒ eine strikte und unauflösliche kollektive Trennlinie zwischen „den Österreichern“ und „den Muslimen“ gezogen wird bzw. Muslim*innen kollektiv zu „Ausländer*innen“ erklärt werden.
- ⇒ Muslim*innen kollektiv die Fähigkeit zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft abgesprochen und sie kollektiv zu einem gesellschaftlichen Fremdkörper erklärt werden.
- ⇒ Muslim*innen durch die pauschale Abstempelung ihrer Religion als „ewig fremd“, selbst auch zu „ewigen Fremden“ erklärt und aus der Gesellschaft „für ewig“ ausgegrenzt werden.
- ⇒ Rechte und Wünsche von Muslim*innen, die bei Angehörigen anderer Religionen nicht kritisiert werden, ohne sachliche Begründung pauschal abgewertet und als Bedrohung gebrandmarkt werden.
- ⇒ Kritik an muslimischen Einrichtungen und Organisationen mit unverhältnismäßig radikalen Forderungen, wie etwa der kompletten Auflösung der offiziellen Vertretung von Muslim*innen verbunden wird.
- ⇒ das Wort „Islamisierung“ zu einem Instrument der pauschalen rassistischen Ausgrenzung aller Muslim*innen gemacht wird.
- ⇒ wertschätzendes und respektvolles Verhalten gegenüber Muslim*innen pauschal abgewertet und skandalisiert wird.
- ⇒ rassistische Kommentare gegen Muslim*innen in sozialen Netzwerken für Tage oder Wochen ungelöscht von Seitenbetreiber*innen stehen gelassen werden.
- ⇒ Muslim*innen, während andere Religionsangehörige adressiert werden, durch gezielte Nichtadressierung ausgegrenzt werden.
- ⇒ die Existenz von antimuslimischer Hetze pauschal geleugnet wird.

Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre

Antimuslimischer Rassismus ist bereits seit Jahren in der österreichischen Politik verankert. Trat er anfangs vorwiegend in Wahlkampfzeiten auf, so ist inzwischen in Teilen der Politik eine permanente antimuslimisch-rassistische Kampagne zu bemerken. Im Folgenden sollen chronologisch geordnet einige Fallbeispiele ab dem Jahr 2015 dargestellt werden, die stellvertretend für antimuslimisch-rassistische Tendenzen in der österreichischen Spitzenpolitik stehen:

Anfang 2015 forderte der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner einen „Stopp des Zuzugs“ von Muslim*innen:⁶

*„Wer aber Teil unserer Gesellschaft werden will, ist willkommen.
Außer den Muslimen, für deren Zuzug es einen Stopp geben soll.“*
Manfred Haimbuchner im „Kurier“

In der Steiermark suggerierte 2015 eine Kampagne der FPÖ, dass „die Steirer“ und „der Islam“ zwei vollkommen getrennte Sachen seien, „die Steirer“ also keine (gläubigen) Muslim*innen sein können und (gläubige) Musliminnen und Muslime keine Steirer*innen sein können:



Während des Bundespräsidentenwahlkampfes 2016 versuchte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die Bevölkerung gegen Muslim*innen aufzuwiegeln, indem er sagte: „Kennt ihr einen Moslem, der im Pflegebereich arbeitet, der bereit ist, unseren Senioren vielleicht die Windeln zu wechseln? Ich kenne das nicht“. Daraufhin erklärte der Sprecher der Caritas, Klaus Schwertner: „Allein bei der Caritas Wien sind 130 muslimische Pfleger und Pflegerinnen beschäftigt.“⁷

Der frühere FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache verwendete über einen Zeitraum von fast zehn Jahren in Wahlkämpfen immer wieder den folgenden Satz in unterschiedlichen Varianten, um gegen Musliminnen (und Muslime) aufzuwiegeln: „Willst du eine soziale Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“⁸ Zuletzt versuchte er im März 2017 mit diesem Satz eine Menschenmenge zum Kochen zu bringen.⁹

⁶ Siehe: <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/manfred-haimbuchner-der-islam-bedroht-unsere-gesellschaft/119.450.446>

⁷ Siehe: <https://kurier.at/einfache-sprache/norbert-hofer-kennt-keine-muslimischen-pfleger/231.333.227>

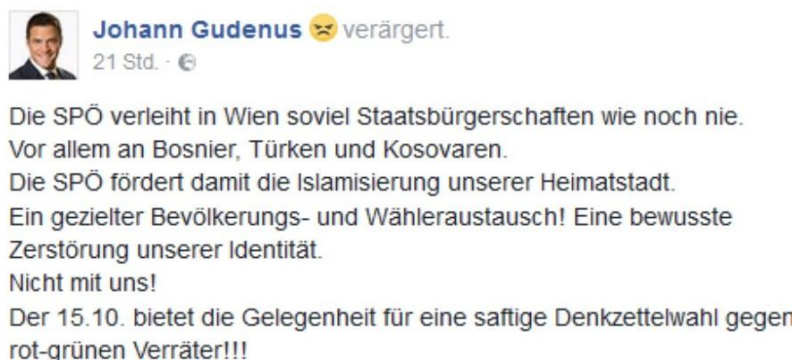
⁸ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=BlvhRhr9Bds>

⁹ Siehe: <https://orf.at/v2/stories/2381529>

Im Juni 2017 beschwerte sich der oberösterreichische FPÖ-Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner über Ramadan-Wünsche des damaligen Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz. Haimbuchner sprach von „Anbiederung an die Muslime“:¹⁰



Im August 2017 bezeichnet der damalige ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus die Stadtregierung als „Verräter“, weil in Wien „soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie verliehen werden“ (was laut Statistik Austria falsch ist, Anm.¹¹) und weil diese Staatsbürgerschaften „vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren“ (Personen mit Staatsbürgerschaften aus diesen drei Ländern machten im Jahr 2017 knapp über 29 Prozent der österreichischen Staatsbürgerschaftsverleihungen aus) verliehen werden. Damit würde „die Islamisierung“ gefördert und „unsere Identität bewusst zerstört werden“, so Gudenus.¹²



Im Sommer und Herbst 2017 wurde die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner von verschiedenen niederösterreichischen FPÖ-Politikern (darunter auch

¹⁰ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1504194109641260/?type=3&theater>

¹¹ Siehe:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/022746.html

¹² Siehe: https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1522920037761490?_tn_=-R

dem Landesrat Gottfried Waldhäusl¹³ und FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer¹⁴) in Presseaussendungen als „Moslem-Mama“ bezeichnet:



Im November 2017 warnte die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite vor einem Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Österreich. Sie postete dazu ein Bild mit einem Mädchen mit Kopftuch und einem Buben mit Kopfbedeckung:¹⁵



Im Jahr 2018 hielt der antimuslimische Rassismus erstmals Einzug in die österreichische Bundesregierung. Mit der Angelobung der Regierung aus ÖVP und FPÖ wurden einige

¹³ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170915_OTS0053/fp-waldhaeusl-fpoe-initiative-zeigt-wirkung-oevp-noe-stoppt-landesfoerderung-fuer-dubiosen-asylverein

¹⁴ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171119_OTS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten

¹⁵ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/984608975013705/?type=3&theater>

der Hauptakteure des antimuslimischen Rassismus mit Regierungsmacht und Regierungsämtern ausgestattet. Kurz nach Regierungseintritt startete die FPÖ eine Kampagne gegen Muslim*innen, die an die Häufigkeit des Namens „Muhammed“ anknüpfte. Den Startschuss machte der damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Er postete auf Facebook ein Bild mit dem Text: „Muhammed ist dritthäufigster Vorname in Wien“. Vilimsky kommentiert das Bild mit den Worten: „Besorgniserregend! In Brüssel und London ist Mohammed schon der beliebteste Vorname für neugeborene Buben. Wien ist auch am Weg dorthin. Das will ich nicht!“¹⁶

Muhammed ist dritthäufigster Vorname Wiens



Im März 2018 bezeichnete der oberösterreichische FPÖ-Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner auf Facebook Muslim*innen generalisierend als „schwer vermittelbar“ und brachte sie kollektiv in Zusammenhang mit „Arbeitsverweigerung“.¹⁷



Im Mai 2018 skandalisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Muslim*innen und sprach ihnen damit das Recht ab, vollwertige Bürger*innen in Österreich zu sein: „Wien verleiht hunderten Muslimen in nur drei Monaten die Staatsbürgerschaft“, lautete der Schriftzug auf einem

¹⁶ Siehe: <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1532947133490895/?type=3&theater>

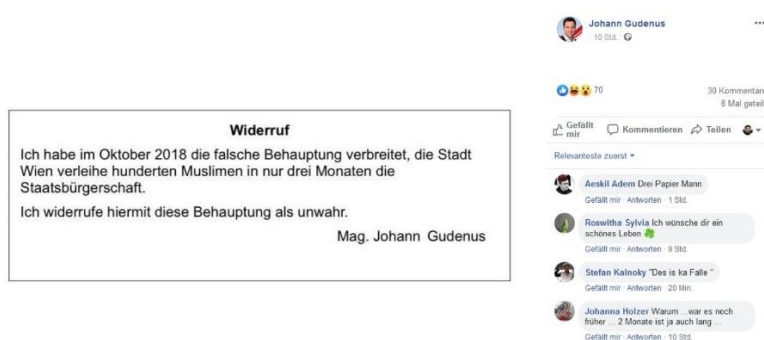
¹⁷ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1763296980397637/?type=3&theater>

von ihm geposteten Bild auf Facebook.¹⁸ Um Staatsbürgerschaftsverleihungen an Muslim*innen zu diskreditieren, bediente sich Gudenus einer perfiden Methode: Er postete ein Bild von zwei Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben und einen Niqab tragen. Dieses Bild ist jedoch nicht repräsentativ für Muslim*innen in Österreich. Das gleiche Bild und den gleichen Text wie Gudenus postete auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky.¹⁹



Im November 2019 musste Gudenus seine „unwahre Aussage“ nach einer Klage der Stadt Wien widerrufen (siehe Bild unten).



Im Juni 2018 bewarb die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild des Rings Freiheitlicher Jugend auf dem sich im Hintergrund grau gezeichnete düster dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung tummelten. Der Text auf dem Bild lautete „Tradition schlägt Migration“. Darunter stand „Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme“. Daneben waren Schlagzeilen über die Zahl von Muslim*innen in Österreich abgebildet.²⁰

¹⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.119589688094539/1775027029217455/?type=3&theater>

¹⁹ Siehe: <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1666293430156264/?type=3&theater>

²⁰ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1095840770557191/?type=3&theater>



Im August 2018 nahm die Facebook-Seite der FPÖ den Fall des mutmaßlichen E-Card-Betrugs durch eine 68-jährige Österreicherin und ihre aus der Türkei stammende 84-jährige Mutter zum Anlass, um eine E-Card mit einer Frau mit Kopftuch zu posten und darunter eine weitere junge Frau mit Kopftuch zu zeigen, der das Zitat „ECard mit Bild – das macht mich wild!!!“ in den Mund gelegt wurde.²¹



Im Oktober 2018 wurde die von der Regierung beschlossene Indexierung der Familienbeihilfe von einer rassistischen und antimuslimischen Kampagne der FPÖ begleitet, in deren Verlauf mehrere Sujets in Umlauf gebracht wurden, die kopftuchtragende Frauen in den Mittelpunkt stellten.²² Die Sujets erweckten den irreführenden Eindruck, ein erheblicher Teil der indexierten Familienbeihilfe würde an Kinder in afrikanischen Ländern bzw. an muslimische Kinder gehen. Doch 90 Prozent der Zahlungen für im Ausland lebende Kinder betrafen die Länder Ungarn, Slowakei, Polen,

²¹ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1154374314703836/?type=3&theater>

²² Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/stoppen-sie-die-luegen-und-hetzkampagne-herr-vizekanzler>

Rumänien, Slowenien und Tschechien.²³ Für Kinder, die in Drittstaaten, also außerhalb des EU/EWR-Raums, leben, wurde schon seit langem überhaupt keine Familienbeihilfe gezahlt.²⁴ Nach scharfer Kritik zog die FPÖ eines der Sujets aus dem Verkehr.



Ebenfalls im Oktober 2018 kritisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Entfernung von Namen auf Türschildern, weil damit „verschleiert werde“, dass „immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen“.



Im November 2018 brachte die FPÖ über ihre offizielle Facebook-Seite ein antitürkisches und antimuslimisches Video zur E-Card in Umlauf. Die damalige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein trat in dem Video, in dem einem „Ali“ unterstellt wurde, er würde die E-

²³ Siehe: https://diepresse.com/home/jinnenpolitik/5463582/Familienbeihilfe-im-Ausland_Zahl-der-Kinder-fast-verhundertfacht

²⁴ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101117_OTS0223/bmwfj-keine-familienbeihilfe-fuer-tuerkische-kinder-in-der-tuerkei

Card von „Mustafa“ betrügerisch benutzen, auf.²⁵ Erst nach heftiger Kritik wurde das Video gelöscht.²⁶



Ebenfalls im November 2018 forderten die FPÖ Wien und drei Wiener FPÖ-Politiker, darunter der jetzige Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp, in zwei Presseaussendungen den Ausschluss von Muslim*innen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau.²⁷



FP-Eischer/Resch: SPÖ steuert Zuwanderung gezielt nach Döbling!

FPÖ-Döbling fordert: **Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!**



Freiheitlichen an erster Stelle. **„Die Stadtregierung muss unverzüglich damit aufhören, muslimische Migranten mit Gemeindewohnungen zu versorgen, in der Hoffnung, dass diese sich mit ihrer Wählerstimme bedanken, sobald sie in Wien dazu berechtigt sind, so Nepp abschließend. (Schluss) akra**

Ende November 2018 bezeichnete die FPÖ Favoriten die Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten, die mit Plastikschatz ausgestattet waren, als „muslimische Zeltstadt“ und stellte diese „muslimische Zeltstadt“ den „würdigen und

²⁵ Siehe: <https://orf.at/stories/3100566/>

²⁶ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/aktuelle-hasskampagne-fuehrt-gipfel-gegen-hass-ad-absurdum>

²⁷ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181113_OTS0187/fp-eischerresch-spo-e-steuert-zuwanderung-gezielt-nach-doebling

traditionellen Holzhütten“ gegenüber.²⁸ Der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitete das antimuslimisch konnotierte Bild auf Facebook.²⁹



Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2018 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2018.³⁰

Im Jänner 2019 startete der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp eine Serie an Aussendungen und Facebook-Einträgen, in denen er Themen wie „Gewalt an Schulen“ oder „Integrationsunwilligkeit an Schulen“ mit „Scharia-Eltern“ in Verbindung brachte. Nepp forderte neben „Erziehungscamps für gewalttätige Schüler“ auch „Sanktionen gegen Erziehungsberechtigte“ und er fordert, dass der Rechtsstaat „mit voller Härte beinhart“ gegen „Scharia-Eltern, die ihren Kindern nicht unsere Grundwerte und Regeln vermitteln, sondern zu Gewalt erziehen“ durchgreifen müsse.³¹

²⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/photos/a.472361979497879/2031514380249290/?type=3&theater>

²⁹ Siehe: <https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.10151682670073591/10156376072673591/?type=3&theater>

³⁰ Siehe:

https://www2.sosmitmensch.at/dl/OMulJKJKNmKJqx4KJK/Bericht2018_Antimuslimischer_Rassismus_in_der_Politik_SOS_MItmensch.pdf

³¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190110_OT50045/nepp-scharia-eltern-fuer-gewalt-an-schulen-mitverantwortlich sowie

<https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.141242412585080/2472474562795175/?type=3&theater>



Kurz darauf forderte Nepp „härtere Strafen für Scharia-Eltern“. Laut Nepp sei der Grund für „Gewaltbereitschaft und Lernunwilligkeit von Kindern oft im Elternhaus zu finden“. Daher müsse es Konsequenzen haben, „wenn sich Eltern nicht für die Bildung und den Lernerfolg ihrer Kinder einsetzen und interessieren oder sie gar nach den Regeln der Scharia erziehen“. Nepp forderte „die Kürzung von Sozialleistungen für sogenannte Scharia-Eltern“. Darüber hinaus müssten diese „gemeinsam mit ihren Kindern in Erziehungscamps geschickt und dort entsprechend betreut werden.“³²

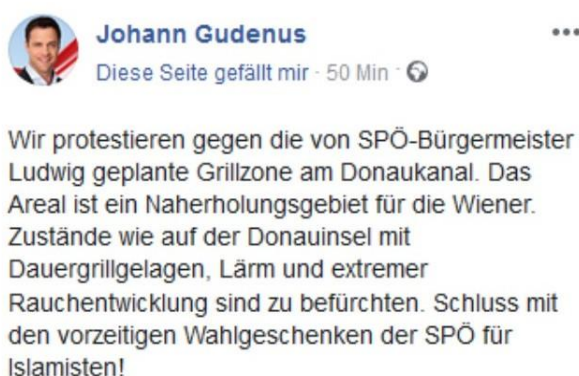


Der von Nepp verwendete Begriff „Scharia-Eltern“ ist nicht im österreichischen Alltagssprachgebrauch verankert. Er soll offenbar für religiöse Personen muslimischen Glaubens stehen und kann als Ersatzbegriff für „gläubige Muslim*innen“ gedeutet werden. Der Begriff der „Scharia-Eltern“ bzw. des „Scharia-Muslims“ erinnert an den Begriff des „Talmud-Juden“, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfach in antisemitischen Zusammenhängen verwendet wurde. Besonders auffallend in den Äußerungen von Nepp war, dass niemand außer „Scharia-Eltern“ konkret für Gewalt oder „Integrationsunwilligkeit“ an Schulen verantwortlich gemacht wurde. Eine konkrete Auseinandersetzung mit als

³² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190215_OTS0087/nepp-fordert-haertere-strafen-fuer-scharia-eltern

problematisch erachteten Teilen der Scharia fand in den Aussendungen und Einträgen von Nepp nicht statt.

Im Winter/Frühjahr 2019 wurde in Wien über die Einrichtung einer Grillzone am Donaukanal debattiert. Einige Anrainer*innen sprachen sich dagegen aus. Im Zuge der Diskussion versuchte die FPÖ das Thema antimuslimisch zu besetzen. Während kritische Anrainer*innen Lärm, Geruchsbelästigung und Abfall befürchteten, sprach der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus von der Grillzone als „Wahlgeschenk an Islamisten“. Mit der Grillzone würde, so Gudenus, „die sich ausbreitende Islamisierung Wiens nur weiter befeuert“ werden, so Gudenus in einer Presseaussendung.³³



Ende Februar 2019 wurde bekannt, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung die Aberkennung des Karfreitags als gesetzlichen Feiertag für Protestant*innen beschlossen hatte. Der Beschluss löste breite Kritik aus. Daraufhin starteten die FPÖ und Vizekanzler Heinz-Christian Strache eine Kampagne, die die Abschaffung des Feiertags für Protestant*innen mit der Ablehnung von Feiertagen für Muslim*innen rechtfertigte. Die Entscheidung über den Karfreitag wurde zu einer Entscheidung über andere und insbesondere muslimische Feiertage reformuliert. Damit wurde nicht nur vom eigentlichen Entscheidungsgegenstand abgelenkt, sondern Muslim*innen wurden als Sündenböcke der Streichung des protestantischen Feiertags markiert. Darüber hinaus wurden Muslim*innen als Personen, die keinen Feiertag in Österreich verdienen würden, abgewertet. Bei einer öffentlichen Ansprache sagte Strache: „Und liebe Freunde, ich sage euch eines: Einen muslimischen Feiertag in Österreich will ich niemals haben (Gejohle im Publikum) und deshalb ist es auch wichtig, eine Lösung sicherzustellen, die das ausschließt.“³⁴

³³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190228_OTS0114/gudenus-ad-ludwig-schluss-mit-wahlgeschenken-an-islamisten

³⁴ https://www.facebook.com/pg/fpoe/posts/?ref=page_internal sowie <https://www.facebook.com/fpoe/videos/vb.169051073236170/2237309062998664/?type=2&theater>



Im März 2019 behauptete FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in einer Presseaussendung, dass „unter Rot-Grün Gesetze für Wiener Muslime nicht gelten“ würden. Gudenus bezog sich dabei auf die aus seiner Sicht ungenügende Umsetzung des Kopftuchverbots in Wiener Kindergärten. Dazu schrieb Gudenus: „Während Autofahrer in Wien beim kleinsten Vergehen rigoros abgestraft werden, schaut Rot-Grün bei den Muslimen grundsätzlich wohlwollend weg. Es kann nicht sein, dass Gesetze nur für die Wiener gelten.“³⁵ Gudenus zog eine Grenzlinie zwischen „den Muslimen“ und „den Wienern“. Darüber hinaus präsentierte er Muslim*innen als „privilegierte“ Personen, die sich nicht an alle Gesetze halten müssten, weil bei ihnen „wohlwollend weggeschaut werde“. Gudenus zog auch eine absurd anmutende Trennlinie zwischen „Autofahrern“, die „rigoros abgestraft werden“, und „Muslimen“, bei denen das seiner Ansicht nach nicht der Fall sei. Gudenus tat dabei so, als gebe es unter den Autofahrerinnen und Autofahrern keine Muslim*innen.

Im März 2019 forderte die damalige ÖVP-Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler: „Muslime sollten zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden“. „Für mich ist vorstellbar, dass alle Muslime, die nach Österreich kommen, zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden. Denn wenn man selbst gesehen und gehört hat, welches Leid Antisemitismus erzeugt hat, wird man resistent gegen diese furchtbare Werterhaltung“, so Edtstadler in einer Mitteilung des Innenministeriums.³⁶ Edtstadler reagierte damit auf eine Erhebung des IFES-Instituts im Auftrag des Nationalratspräsidenten zum Thema „Antisemitismus in Österreich“. In der Studie waren deutlich höhere Antisemitismuswerte bei türkisch und arabisch sprechenden Personen festgestellt worden als beim Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung. Unterstützung erhielt Edtstadler für ihre Forderung von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er bezeichnet den Vorschlag von Edtstadler, laut Bericht der Kronenzeitung, als „richtige Maßnahme, die wir diskutieren sollten“. Mit ihrer Aussage konstruierte Edtstadler Muslim*innen als homogenes Kollektiv und stellt dieses von ihr konstruierte Kollektiv unter den Generalverdacht des Antisemitismus.

³⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190308_OT50108/gudenus-kopftuchverbot-unter-rot-gruen-gelten-gesetze-fuer-wiener-muslime-nicht

³⁶ <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=446B54332B4344637543413D>



Im April 2019 teilte der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp auf seiner Facebook-Fanseite ein Foto, auf dem mehrere Frauen und Kinder in einem Wiener Park zu sehen waren. Der Großteil der Frauen trug dabei ein Kopftuch. Nepp kommentierte das mit den Worten: „Kein Fernreise-Bild, sondern befremdliche Impressionen aus dem Türkenschanzpark. So schaut's in unseren "Wiener" Freizeitoasen aus ...“³⁷ Nepp deutete, indem er das Wort „Wiener“ unter Anführungszeichen schrieb, an, dass ein Park kein Wiener Park mehr sei, wenn sich dort religiös bekleidete muslimische Frauen mit ihren Kindern aufhalten.

Ende April 2019 starteten der damalige Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sowie weitere Vertreter seiner Partei eine Kampagne, um die Verwendung des in rechtsextremen Kreisen kursierenden Begriffes „Bevölkerungsaustausch“³⁸ zu rechtfertigen. Strache bezeichnete „Bevölkerungsaustausch“ als „Begriff der Realität“ und verteidigte ihn damit, dass „wir nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden wollen“. FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer unterstützte Strache in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“, und brachte „seine Sorge“ zum Ausdruck, „dass sich Österreich durch übermäßige Zuwanderung zu einem Land mit muslimischer Mehrheit entwickelt.“³⁹ Kurz darauf sprach Strache in einem Facebook-Eintrag von einer „schrittweisen Islamisierung unserer Gesellschaft“. Er sagte: „In den Schulen Wiens und anderen Ballungszentren wurden bzw. werden österreichische Kinder bereits heute zur Minderheit. Und vor dieser Islamisierung und Zuwanderungspolitik aus der islamischen Welt nach Österreich und Europa warnen ich und die FPÖ bereits seit 1993. Und ja, wir

³⁷ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.723657044343611/2699464106762885/?type=3&theater>

³⁸ Die Tageszeitung „Presse“ schreibt zum Begriff „Bevölkerungsaustausch“: „Der Begriff bezeichnet eine Verschwörungstheorie und, dass die Bevölkerung Europas durch Zuwanderer ausgetauscht werden soll - auch der Begriff des „Großen Austauschs“ wird diesbezüglich verwendet. Auch der Attentäter von Christchurch verwendete den Terminus - sogar als Titel seines Manifests.“ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

³⁹ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

wollen nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden! [...] In den Schulen werden unsere Kinder bereits zur Minderheit in der eigenen Heimat und eine schleichende Islamisierung findet statt!“ Wenige Tage später teilte Strache in einem weiteren Facebook-Eintrag ein Namensranking, bei dem „Mohammed“ als beliebtester Vorname in Berlin genannt wurde. Strache schrieb dazu, dass das für „den real stattfindenden Bevölkerungsaustausch, die einhergehende Bevölkerungsverdrängung, den Bevölkerungswechsel durch eine falsche Zuwanderungspolitik und Islamisierung“ stehe. Strache und Hofer malten nicht nur ohne faktische Grundlage das Bild einer „muslimischen Bevölkerungsmehrheit“ in Österreich an die Wand, sondern sie bezeichneten dieses Bild ohne jegliche Erläuterung oder Differenzierung als etwas, was „Sorge“ bereiten sollte. Sie markierten Muslim*innen damit per se als „Bedrohung“ und schürten pauschale Ängste. Strache selbst zog zur Rechtfertigung der Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ eine fixe Trennlinie zwischen „unseren Kindern“ und „muslimischen Kindern“. Damit grenzte er Kinder allein aufgrund ihrer angenommenen Religionszugehörigkeit aus der Gesellschaft aus und gab zu verstehen, dass diese Kinder für ihn keine österreichischen Kinder seien und nicht „zu uns“ gehörten. Zusätzlich zu dieser kollektiven Ausgrenzung brachte Strache die Geburt von Kindern, wenn sie einen muslimischen Namen tragen, mit „Austausch“, „Verdrängung“ und „Wechsel“ in Verbindung. Strache zeichnete ein Bild von Kindern mit muslimischem Namen als etwas kollektiv Negatives und Bedrohliches.



Anfang Juni 2019 startete die FPÖ eine Kampagne gegen schulfreie Tage für muslimische Schüler*innen. Die Kampagne nahm auf einen Erlass des Bildungsministeriums zu möglichen schulfreien Tagen für Angehörige unterschiedlicher Religionsgemeinschaften Bezug, darunter auch vier mögliche schulfreie Tage für muslimische Schüler*innen. Die

Kampagne der FPÖ richtete sich jedoch ausschließlich gegen Muslim*innen. Den Start machte ein Video von „FPÖ-TV“, in dem es unter anderem hieß: „Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen.“ Dazu wurden Bilder von einer Frau in einem Schwimmbad eingeblendet.⁴⁰



Am gleichen Tag postete der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer ein Bild, auf dem eine Frau mit verhülltem Gesicht zu sehen war. Landbauer sagte: „Was läuft mit dieser ÖVP falsch? In einem völligen Alleingang hat die ÖVP bereits am 2. Mai per Erlass die zusätzlichen freien Tage für islamische Schüler angeordnet. Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen. Diese Bevorzugung islamischer Schüler ist untragbar und muss umgehend rückgängig gemacht werden!“⁴¹



⁴⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=Bk3Xw2KY4xE>

⁴¹ https://www.facebook.com/pg/udolandbauer/posts/?ref=page_internal

Kurz darauf folgte ein gleichlautender Facebook-Eintrag des ehemaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache. Danach skandalisierte auch der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp Feiertage für muslimische Schüler*innen. Er schrieb: „Muslimische Feiertage haben an Wiener Schulen nichts verloren! Der Einführung von muslimischen Feiertagen an den Schulen muss unverzüglich ein Riegel vorgeschoben werden.“



Im September 2019 reduzierte der Wiener ÖVP-Obmann Gernot Blümel das Phänomen „Gewalt an Schulen“ alleine auf „arabisch- und türkischstämmige Familien“. In diesen Familien gebe es, so behauptet er, diesbezüglich „oft kein Problembewusstsein“. Medien interpretierten die Aussagen Blümelns dahingehend, dass er Muslim*innen bezüglich Gewaltakte an Schulen an den Pranger stellen wollte.⁴² Von Seiten der ÖVP wurde diese Absicht nicht dementiert. Blümel legte auf seiner Webseite darüber hinaus eine falsche Quellenfährte, indem er sich auf einen Bericht des „Expertenrats für Integration“ berief. Doch in diesem Bericht fand sich keine derartige Aussage.⁴³

⁴² <https://kurier.at/politik/inland/oevp-schulpolitik-wer-sich-nicht-an-die-regeln-haelt-muss-haerter-bestaft-werden/400596035>

⁴³ Siehe:

https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2019/Integrationsbericht_2019.pdf



Im September 2019 sagte FPÖ-Obmann Norbert Hofer bei einer Wahlkampfansprache im oberösterreichischen Pasching: „Der Islam ist eine anerkannte Glaubensgemeinschaft – die Zeugen Jehovas sind es auch. Aber der Islam ist kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte und er wird es auch niemals sein.“ Dieser Satz wurde ab diesem Zeitpunkt immer wieder von Hofer und anderen FPÖ-Politiker*innen verwendet. Hofer und die FPÖ schlossen damit gläubige Muslim*innen trotz mehr als 100 Jahre Anerkennung als Religionsgemeinschaft in Österreich und trotz vieler Jahrzehnte der dauerhaften Anwesenheit in Österreich von der österreichischen Kultur und der österreichischen Geschichte aus. Diesen Ausschluss bezog Hofer nicht nur auf die Vergangenheit und die Gegenwart, sondern er wurde von ihm auch in eine unendliche Zukunft projiziert – und Muslim*innen damit als „ewig fremd“ klassifiziert.



In einem Interview mit dem FPÖ-nahen Magazin „Wochenblick“ stempelte FPÖ-Obmann Hofer im September 2019 Muslim*innen pauschal als „Gefahr“ ab. Er bezeichnete die gestiegene Anzahl an Muslim*innen in Österreich wörtlich als „sehr gefährlich“. Hofer sprach darüber hinaus davon, dass „wir einpacken können“, sollte „das Ausländerwahlrecht kommen“, denn das würde auch Muslim*innen betreffen. Einige

Tage später schrieb Hofer auf Facebook: „Land der Berge, Land am Strome, Land der Äcker, Land der Dome, Land der Hämmer, zukunftsreich! Unsere Bundeshymne rühmt unser wunderschönes Österreich als „Land der Dome“. Als ich Kind war, lebten ein paar Tausend Muslime in unserem Land. Heute sind es bereits über 800.000 und es werden mehr. Wir sind aber aufgrund unserer Geschichte ein christlich geprägtes Land mit abendländischer Kultur und werden das auch immer bleiben. Meine Lieben, ich werde alles dafür tun, damit unser wunderschönes Österreich ein „Land der Dome“ bleibt und nicht eines Tages für unsere Kinder zum „Land der Moscheen“ wird.“



Im Rahmen des Nationalratswahlkampfes fand im September 2019 ein „ORF-Wahlduell“ zwischen dem Obmann der Grünen, Werner Kogler, und dem Obmann der FPÖ, Norbert Hofer, statt. Thema war das österreichische Bundesheer. Hofer argumentierte die Notwendigkeit einer Stärkung des Bundesheers unter anderem mit „800.000 Muslime in Österreich“. Damit brachte Hofer das Bundesheer rhetorisch gegen die in Österreich lebenden Muslim*innen in Stellung. Darüber hinaus schloss er Muslim*innen kollektiv aus dem österreichischen „Wir“ aus.

Im November 2019 starteten zahlreiche FPÖ-Politiker eine Kampagne, die auf eine Aussage des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ümit Vural Bezug nahm. Vural hatte in einem Interview mit der „Presse“ den Wunsch geäußert, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben „mit dem Sitz der Religionsgemeinde, wo man einen Ansprechpartner hat“.⁴⁴ FPÖ-Obmann Norbert Hofer schrieb auf Facebook: „Das ist ein Wunsch, der einmal mehr aufzeigt, dass es in unserem Land eine schleichende Islamisierung gibt. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur – und wird das auch nie werden.“⁴⁵

⁴⁴ <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

⁴⁵ Siehe: <https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2521658448111441>



Norbert Hofer
18 Std. · 🌐

Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich wünscht sich in einem Interview mit der „Presse am Sonntag“ eine große Moschee für jedes Bundesland.

Das ist ein Wunsch, der einmal mehr aufzeigt, dass es in unserem Land eine schleichende Islamisierung gibt. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur – und wird das auch nie werden.



M.OE24.AT

FPÖ-Chef Norbert Hofer warnt vor 'schleichender Islamisierung'

👍👎👏 1.480

391 Kommentare 250 Mal geteilt

Am gleichen Tag sprach sich der Kärntner FPÖ-Parteibmann Gernot Darmann in einer Presseaussendung mit dem Titel „FPÖ-Darmann: „Brauchen keine Kasernen und Soldaten des Islam in Österreich“ gegen „ein weiteres Vordringen des Islam in den öffentlichen Raum in Österreich“ aus.⁴⁶ Einen Tag später bezeichnete der oberösterreichische Vize-Landeshauptmann und FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner den Bau von „Großmoscheen in jedem Bundesland“ in einem Facebook-Eintrag als „Zeichen der muslimischen Landnahme“, die er „verhindern“ wolle.⁴⁷



⁴⁶ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191117_OTS0023/fpoe-darmann-brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich sowie <https://www.fpoe-ktn.at/reader-news/brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich?fbclid=IwAR0uRczUGHDnf6YSdSB6jdtntsvRKvY1svnUlqGXVs0aKsAEXhj8aiA65t1c>

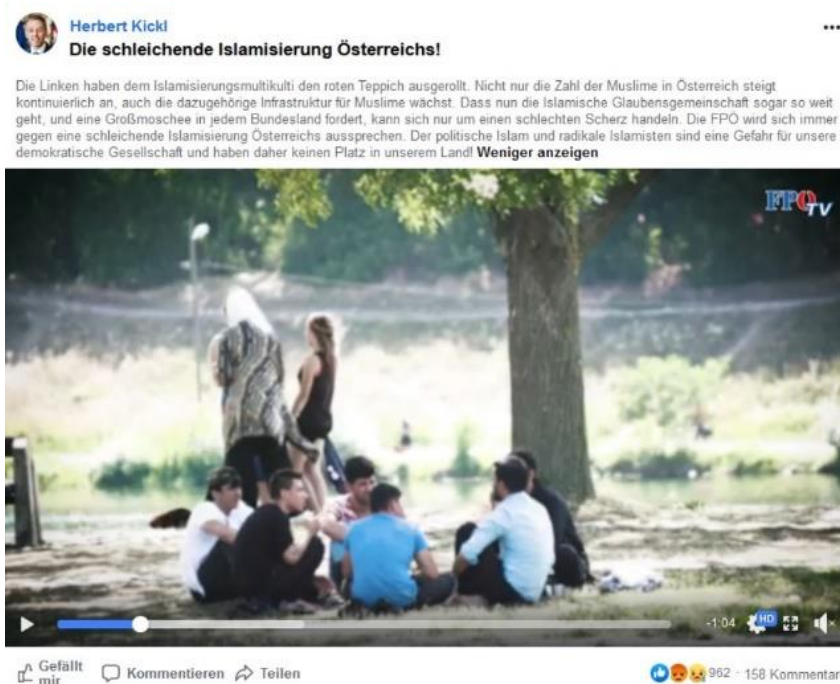
⁴⁷ <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/2678669815527011>

Kurz darauf sprachen sich der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp und die FPÖ in mehreren Medienbeiträgen und Facebook-Einträgen dafür aus, „die Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft zu prüfen“.⁴⁸ Der Islamischen Glaubensgemeinschaft solle „der Status als offizielle Vertretung für alle Muslime aberkannt werden“. Sie begründeten das mit dem Wunsch des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben.



Wenige Tage später teilte Ex-Innenminister Herbert Kickl auf Facebook ein Video von „FPÖ-TV“ mit dem Titel „Die schleichende Islamisierung Österreichs“. Darin nannte er den vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft gewünschten Bau „würdiger“ Moscheen einen „schlechten Scherz“. Er deutete an, dass ein Vertreter von Muslim*innen kein Recht habe, in Österreich einen solchen Wunsch zu äußern. Das von Kickl verbreitete Video setzte Muslim*innen mit „Ausländern“ gleich und wiederholt den von FPÖ-Obmann Norbert Hofer mehrfach geäußerten Satz, der den Islam pauschal und „für immer“ aus der österreichischen Geschichte und Kultur ausschließt.

⁴⁸ <https://www.facebook.com/fpoe/posts/1498348290306435> sowie <https://www.derstandard.at/story/2000111225481/fpoe-wien-will-aufloesung-der-islamischen-glaubensgemeinschaft-pruefen>



Im Dezember 2019 warnte FPÖ-Parteiohmann Norbert Hofer in einem Facebook-Eintrag davor, dass Österreich zu „einem muslimischen Staat“ werde, „in dem unsere Kinder eine bedrohte Minderheit sind“.⁴⁹ Er schloss damit erneut muslimische Kinder von „unseren Kindern“ aus und verweigerte muslimischen Kindern die Zugehörigkeit zu dem, was er unter der österreichischen Gesellschaft versteht. Darüber hinaus stellte er die muslimische Bevölkerung in Österreich pauschal als Bedrohung dar.

Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2019 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2019.⁵⁰

Im Jänner 2020 startete die FPÖ eine großangelegte Kampagne gegen den Namen „Muhammed“. An dieser Kampagne beteiligten sich mehrere Spitzenvertreter der Partei, darunter Parteiohmann Norbert Hofer, Generalsekretär Harald Vilimsky und der Wiener Parteiohmann Dominik Nepp. Die Kampagne zog sich über mehrere Wochen. Den Anfang machten Nepp und die Wiener FPÖ. Nepp sprach in mehreren Facebook-Einträgen davon, dass er „keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas“ wolle.⁵¹

⁴⁹ https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2536060176671268?_tn_=-R

⁵⁰ Siehe:

https://www.sosmitmensch.at/dl/qqOMJKJKOMnJqx4KJK/Bericht2019_AntimuslimischerRassismus_SOS_MitMensch_26Feb2020_.pdf

⁵¹ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3422190177823604>



In einer Presseaussendung der FPÖ Wien bezeichnete Nepp Kinder mit dem muslimischen Namen „Muhammed“ als „alarmierendes Symptom“. Darüber hinaus brachte er Menschen, die diesen Namen tragen, pauschal mit der „Bedrohung von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie“ sowie mit einem „islamistischen Gottesstaat“ in Verbindung. Er stellte Menschen, die diesen Namen tragen, auch als Gegensatz zur „Wiener Kultur“ und als Gegensatz zu „Sicherheit“ dar.

Im Zuge der antimuslimisch-rassistischen „Muhammed“-Kampagne der FPÖ bezeichnete der Landesparteisekretär der FPÖ-Wien, Michael Stumpf, eine Person, die Anzeige gegen seinen Parteibmann Dominik Nepp wegen dessen Aussagen zum Namen „Muhammed“ eingebracht hatte,⁵² als „SPÖ-Moslem“.⁵³ Er machte damit die Religionszugehörigkeit zum fixen politischen Wesensmerkmal der betreffenden Person. Durch diesen Religionsstempel wurde eine scheinbar unüberwindbare Trennlinie eingezogen, die das, was als „Eigenes“ (nicht religiös markiertes) konstruiert wird, von dem, was als „Fremdes“ (muslimisch religiös markiertes) konstruiert wird, separieren soll. Die Person, die Anzeige erstattete, wurde darüber hinaus ohne jeglichen Sachbezug mit „Scharia“ und „Islamisierung“ in Verbindung gebracht und die antimuslimisch-rassistischen Aussagen des ressortlosen Wiener Vizebürgermeisters als „Kritik“ und „nicht genehme Meinung“ verteidigt.

⁵² Die Anzeige wegen des Verdachts der Verhetzung hat von Seiten der Justiz „wegen fehlendem Anfangsverdacht“ zu keinem Ermittlungsverfahren geführt.

⁵³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200109_OTS0091/fp-stumpf-zu-muhammed-anzeige-gegen-nepp-noch-leben-wir-nicht-in-einem-islamischen-gottesstaat

Auch beim Neujahrstreffen der FPÖ-Parteiführung am 11. Jänner 2020 war „der Name Muhammed“ ein zentrales Element von Redebeiträgen. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky sagte: „Ihr müsst euch vorstellen in Wien haben wir drei Bezirke, wo der beliebteste Vorname von männlichen Neugeborenen Mohammed ist. Und jetzt kämpfe ich dafür, dass in Wien nicht Mohammed an die erste Stelle kommt der männlichen Neugeborenen, wie es in Brüssel längst der Fall ist, nein wir kämpfen darum, dass die Seppis, die Peppis, die Walters, die Geraldts, wie sie alle heißen, damit der echte Wiener in Wien eine gute Zukunft hat.“

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagte: „Und Dominik Nepp hat das völlig richtig auch gesagt, dass Muhammed zu den beliebtesten Namen in Wien gehört, und Harald, du hast das auch betont, das ist ja ein Wahnsinn. Ja, was würde denn der Erdogan sagen, wenn plötzlich in der Türkei Christian der beliebteste Vorname im Land wäre? Ja der würde sich das niemals gefallen lassen und deswegen sage ich euch eines: es gibt nur eine Partei, die bereit ist Österreich tatsächlich zu verteidigen gegen die Islamisierung, gegen das Übertrennen von Menschen, die nicht Schutz suchen, den eigenen wirtschaftlichen Vorteil suchen und in das System der Mindestsicherung einwandern wollen. Das ist die Wahrheit meine lieben Freunde. (...) Natürlich werden uns kaum Türken unterstützen, wenige Muslime vielleicht, aber es gibt auch Gruppen, die massiv auf unserer Seite sind, aufrechte Menschen die nach Österreich gekommen sind, um hier etwas zu leisten und mit eigener Hände Arbeit etwas aufzubauen, Menschen aus Kroatien, aus Serbien, aus Ungarn und aus vielen, vielen anderen Ländern.“

Hofer machte muslimische Namen auch auf Facebook zum Thema. Er schrieb: „Der Name „Muhammed“ liegt in vielen Bezirken Wiens bei Neugeborenen an erster Stelle! Das ist NICHT erfreulich. Mit der FPÖ gilt es dafür zu sorgen, dass der echte Wiener nicht untergeht.“⁵⁴

⁵⁴ <https://www.facebook.com/165058064852563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2576229982654287/?type=3>



Anfang Februar 2020 startete die FPÖ eine Kampagne, deren Aufhänger das Nichtanbringen von Kreuzen in einem neu eröffneten Wiener Krankenhaus war. Hintergrund war, dass der Krankenanstaltenverbund (KAV) beschlossen hatte, im Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer anzubringen. Laut dem Pflegedirektor des Spitals wollte man vermeiden, dass „sonst nur vielleicht ein religiöses Symbol in den Zimmern ist, und das auch andere Konfessionen diskriminieren könnte“. An der FPÖ-Kampagne beteiligten sich unter anderem der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer, FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz. Kickl sprach sich in einem Facebook-Eintrag zur Nichtanbringung von Kreuzen in dem betreffenden Krankenhaus gegen „Geld für esoterischen Hokuspokus und muslimische Zuwanderer“ aus.⁵⁵ Kickl stellte damit staatliche Leistungen, die an Muslim*innen fließen, auf eine Stufe mit Ausgaben für „esoterischen Hokuspokus“. Darüber hinaus schürte er Neid gegen „muslimische Zuwanderer“ und stellte sie als Menschen zweiter bzw. dritter Klasse dar, die es nicht verdienen würden, staatliche Leistungen zu erhalten, noch weniger als andere (nicht-muslimische) Zuwanderer.

⁵⁵ <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/2535305346747760>



Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp beteiligte sich ebenfalls an der Kampagne. Er sprach von einem „Kreuzverbot in Wiener Spitälern“ und von einer „völligen Unterwerfung SPÖ-Ludwigs vor dem Islam“. Weiters schrieb Nepp: „Muslime, die in unseren Spitälern kein Kreuz haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen. Das Abnehmen des Kreuzes ist eine kulturelle Selbstaufgabe.“⁵⁶ Nepp zog eine scharfe Trennlinie zwischen „unserer Heimatstadt“ und Muslim*innen, denen er unterstellte, dass sie „kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen“, obwohl es keinerlei diesbezügliche öffentliche Äußerung gegeben hatte.

Auch FPÖ-Obmann Norbert Hofer nahm zur Frage der Nichtanbringung von Kreuzen im Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ Stellung. Hofer sagte in einem Facebook-Eintrag: „Das Abnehmen unserer Kreuze ist die Selbstaufgabe unserer Kultur und bedeutet die Unterwerfung vor dem Islam! Deshalb, liebe Freunde, stärkt bitte alle tatkräftig die FPÖ, denn die SPÖ rollt dem Islam den roten Teppich aus. Ich sage: Wer sich an unseren Kreuzen stört - egal ob in unseren Schulen, unseren Krankenhäusern oder in unseren Amtsstuben - der kann freiwillig unser Land verlassen und in seine Heimat zurückreisen!“⁵⁷ Hofer schloss damit an die antimuslimisch-rassistischen Aussagen anderer FPÖ-Politiker an. Und er unterstellte, dass sich ausschließlich Menschen „mit

⁵⁶ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200204_OTS0055/nepp-zu-kreuzverbot-in-wiener-spitaelern-voellige-unterwerfung-spoeludwigs-vor-dem-islam

⁵⁷ <https://www.facebook.com/165058064852563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2597141800563105/?type=3>

einer Heimat anderswo“ gegen „unsere Kreuze“ in Krankenzimmern aussprechen würden.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

So tickt das ROTE WIEN...

Islamisierung? JA, BITTE!

Kreuze? NEIN, DANKE!

FPOE

Norbert Hofer
15.02.20

Das Abnehmen unserer Kreuze ist die Selbstaufgabe unserer Kultur und bedeutet die Unterwerfung vor dem Islam! Deshalb, liebe Freunde, stärkt bitte alle tatkräftig die FPÖ, denn die SPÖ rollt dem Islam den roten Teppich aus.

Ich sage: Wer sich an unseren Kreuzen stört - egal ob in unseren Schulen, unseren Krankenhäusern oder in unseren Amtsstuben - der kann freiwillig unser Land verlassen und in seine Heimat zurückreisen!

2.021 Reaktionen
527 Kommentare
346 Mal geteilt

Auch FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz beteiligte sich an der FPÖ-Kampagne. In einer Presseaussendung schrieb er im Namen der FPÖ-Bundesparteileitung: „Wien ist Spitzenreiter bei Islam-Anbiederungen. Keine Kreuze im Krankenhaus Nord ist ein Skandal erster Güte. Ein Krankenhaus ist mit Sicherheit kein Ort, den man freiwillig aufsucht. Hier einen Kniefall vor fremden Kulturen zu zeigen, ist schon ein starkes Stück. Der einzige, der damit einer Diskriminierung ausgesetzt wird, ist wohl der Österreicher. [...] Das tagesaktuelle Bild zeigt ein Bild der Unsicherheit und Sonderbehandlungen für Fremde zum Nachteil unserer Bevölkerung.“⁵⁸

Am 10. Februar 2020 brachte der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner in einem Facebook-Eintrag das unterdurchschnittliche Abschneiden von Wiener Schüler*innen beim PISA-Lesetest unter anderem mit (fehlenden) „Kopftuchverboten“ in Verbindung. Dazu postete Haimbuchner ein Bild von zwei jungen Mädchen in einem Klassenzimmer, die einander anschauen, wobei im Zentrum des Bildes ein Mädchen mit Kopftuch ist.⁵⁹ Das Foto, das Haimbuchner verwendete, stammt von einer Bildagentur und trägt dort den Titel „Muslimisches Mädchen mit ihrer Klassenkameradin“.⁶⁰ Es liegt somit nahe, dass für das Posting gezielt nach einem Bild von einem muslimischen Mädchen gesucht wurde, um Leseprobleme zu bebildern. Das Posting reihte sich in eine Vielzahl an FPÖ-Postings ein, in denen versucht wird, negative

⁵⁸ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200204_OTS0064/fpoe-schnedlitz-wien-ist-spitzenreiter-bei-islam-anbiederungen

⁵⁹ <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/2859817430745581>

⁶⁰ <https://www.istockphoto.com/de/foto/muslimische-m%C3%A4dchen-mit-ihrer-klassenkameradin-gm950609474-259470267>

Phänomene, wie zum Beispiel Leseprobleme, mit kopftuchtragenden Mädchen und Frauen in Verbindung zu bringen und letztere damit pauschal als problembehaftet abzustempeln.

FPO Die Freiheitlichen Oberösterreich

Wiener Schüler hinken beim Lesen mehr als ein halbes Jahr hinterher!

MANFREDHAIMBUCHNER

Manfred Haimbuchner
· 10. Februar

Wiener Schüler schneiden beim PISA-Test im Bereich Lesen im Schnitt um 19 Punkte schlechter ab als im Rest des Landes – das entspricht mehr als einem halben Schuljahr. Schüler, die kürzer als drei Jahre den Kindergarten besuchten, haben beim Lesen einen Rückstand von einem Schuljahr. Kinder mit Migrationshintergrund sind sogar zwei Jahre hinterher.

Diese Ergebnisse untermauern unsere sechs Forderungen für den Bildungsbereich: Verankerung von Deutsch als verpflichtende Schulsprache, Schaffung von Brennpunktschulen in Oberösterreich, ausreichende Mittel für Deutschförderklassen, Stärkung der Lehrerrechte und entsprechende Sanktionsmöglichkeiten bei Fehlverhalten von Schülern und Eltern, die Ausweitung des Kopftuchverbotes sowie die Möglichkeit eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres bei hohen Sprachdefiziten.

👍👎🗨️ 524 203 Kommentare
99 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

In vielen antimuslimischen Kampagnen ist das Wort „Islamisierung“ ein zentraler Begriff. Am 13. Februar 2020 definierte der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp in einem Interview für den parteieigenen Videokanal „FPÖ-TV“, was er unter „Islamisierung“ versteht: „Es wird immer geredet, dass Wien schleichend islamisiert wird. Man muss ja leider schon feststellen, wenn man hier allein in Favoriten sich die Fußgängerzone anschaut, die Quellenstraße anschaut, dass es keine schleichende Islamisierung ist, sondern eine rasende Islamisierung. Früher gab’s Würstelstände, das sind heute Dönerbuden, früher gab’s einen Markt, das ist jetzt ein Bazar, oder früher gab’s einen Gemüsehändler und jetzt ist es ein türkischer Greißler. Und man sieht jetzt, diese Islamisierung findet statt.“⁶¹ Nepps Definition von „Islamisierung“ bezieht sich nicht auf Religionsausübung oder auf fundamentalistische Religionsströmungen, sondern weist eine ethnisierung-rassistische Komponente auf. So steht ein „türkischer Greißler“ für Nepp sinnbildlich für „rasende Islamisierung“, unabhängig davon, welches Religionsbekenntnis der Greißler hat und wie er seine Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit lebt. Gleiches gilt für „Dönerbuden“, die Nepp ebenfalls als Ausdruck einer „rasenden Islamisierung“ bezeichnete. Der Begriff „Islamisierung“ wird damit von Nepp in eine Richtung gelenkt, bei der alles, was irgendwie mit Ländern mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung und potenziellen Muslim*innen zu tun haben

⁶¹ <https://www.facebook.com/watch/?v=509819186585087>

könnte, als Ausdruck von „rasender Islamisierung“ gesehen und zugleich abgewertet und skandalisiert wird.



Ende Februar 2020 brachte FPÖ-Obmann Norbert Hofer bei der jährlichen FPÖ-Aschermittwochs-Rede die in Österreich lebenden Muslim*innen mit „den falschen Menschen“ in Verbindung, die man ins Land geholt habe. In Österreich lebende Menschen aus Syrien und Afghanistan brachte Hofer kollektiv mit „Haftanstalten“ in Verbindung. Er suggerierte damit, dass ein Großteil der geflüchteten Menschen und ein Großteil der Muslim*innen in Österreich kriminell seien. Er stellte die Muslim*innen in Österreich in seiner Rede darüber hinaus als Gegenpol zu „unseren Kindern“ und als Bedrohung für sie dar. Und er brachte die muslimische Bevölkerung kollektiv mit dem „Nichtwiedererkennen unserer wunderbaren Heimat“ und „Brennpunktschulen“ in Verbindung.“⁶²

Ende März 2020 postete der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml einen Medienbericht, wonach „drei türkische Staatsbürgerinnen die Notausgangstür eines Krankenhauses aufspreizten, um ihre männlichen Besucher ins Krankenhaus zu lassen“.⁶³ Raml postete dazu ein Bild von einer Frau mit Kopftuch. Auf dem Bild wird hervorgehoben, dass das

⁶² https://www.facebook.com/watch/live/?v=2676930519090870&ref=watch_permalink

⁶³

<https://www.krone.at/2125054?fbclid=IwAR3wGto2pRh3W7GpYn0MCsM1E6TO55YVod75rxplzDmPHX1eBWxwm7JXWDM>

Besuchsverbot von „Türken“ ignoriert worden sei.⁶⁴ Drei Tage später teilte der steirische Landtagsabgeordnete Stefan Hermann das Posting von Raml. Er schrieb dazu: „Unfassbar! Nicht einmal während der #Corona-Pandemie halten sich diese #Türken an die Regeln! 🤬 Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre #männlichen Besucher hereinzulassen... 😬 #TEILT den Beitrag, wenn ihr harte Strafen fordert!“⁶⁵ Raml und Hermann machten einen einzelnen Fall einer Missachtung einer Corona-Verordnung zum Thema. Sie strichen hervor, dass es um „Türken“ geht. Sie bildeten eine Frau mit Kopftuch ab, obwohl im Medienbericht nicht erwähnt wurde, ob die Frauen Kopftuch trugen. Hermann sprach darüber hinaus generalisierend von „diesen Türken“, die sich „nicht einmal in der Corona-Pandemie an Regeln halten“ würden. Hermann forderte „harte Strafen“. Das ist umso bemerkenswerter als die FPÖ in den Wochen davor (und danach) viele Corona-Regeln und insbesondere Strafen für Corona-Sünder*innen mehrfach in Frage gestellt hat.

Stefan Hermann 🤬 stinksauer. 15 Std. · 🌐

Unfassbar! Nicht einmal während der #Corona-Pandemie halten sich diese #Türken an die Regeln! 🤬
Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre #männlichen Besucher hereinzulassen... 😬
#TEILT den Beitrag, wenn ihr harte Strafen fordert!
<https://www.krone.at/2125054>



Michael Raml 27. März um 18:07 · 🌐 Seite gefällt mir

Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre männlichen Besucher hereinzulassen. Eine aufmerksame Krankenschwester verhinderte Schlimmeres.

Es sollte sich schon herumgesprochen haben, dass seit nunmehr zwei Wochen ein absolutes Besuchsverbot in Krankenhäusern herrscht.

<https://www.krone.at/2125054>

👍👎 476 226 Kommentare 259 Mal geteilt

⁶⁴ <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2262750110687930>

⁶⁵ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/556015335027706>

Anfang April 2020 startete die FPÖ eine großangelegte Kampagne, in der die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung in Verbindung mit dem islamischen Fastenmonat Ramadan gebracht wurden. Als Bezugspunkt für ihre Kampagne benutzte die FPÖ einen später zurückgenommenen Erlass des Gesundheitsministeriums, der größere Zusammenkünfte rund um die Osterfeiertage verhindern sollte.⁶⁶ Den Start der Kampagne machte die FPÖ-Linz, die einen Corona-Erlass für die Ramadan-Feiertage forderte.⁶⁷



Zwei Tage später äußerte sich der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner zu den bevorstehenden Ramadan-Feiertagen.⁶⁸ Haimbuchner wies „vorbeugend“ auf mögliche Regelbrüche durch Muslim*innen während des Ramadan hin. Er suggerierte, dass die Bundesregierung dazu neigen würde, Muslim*innen gegenüber Christ*innen privilegiert zu behandeln und an sie „Kulturboni“ zu verteilen.

Weitere zwei Tage später legte der steirische Vize-FPÖ-Obmann Stefan Hermann nach. Er schrieb auf Facebook: „Es wäre völlig unverständlich, wenn einmal mehr aus falsch

⁶⁶ <https://www.diepresse.com/5826939/wie-es-zum-mysteriosen-oster-erlass-der-regierung-kam>

⁶⁷ <https://www.facebook.com/fplinz/posts/1582330185266031>

⁶⁸ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200407_OTS0003/haimbuchner-zu-bevorstehendem-ramadan-das-heiligste-buch-ist-die-bundesverfassung

verständener [#Toleranz](#) oder gar aus Angst vor einer linken Empörungswelle Ausnahmen geschaffen oder, noch schlimmer, Regelbrüche akzeptiert werden würden... 🙌 ÖVP und Grüne sind aufgefordert, auch [#Moslems](#) gegenüber mit aller Deutlichkeit aufzutreten, eine klare Sprache zu finden und allfällige "[#Kulturboni](#)" auszuschließen! 🕌

🚫⁶⁹ Dazu postete Hermann ein Bild, auf dem zu lesen war: „Gleiches Recht für alle? Kein gemeinsames Osterfest für Österreicher, aber gemeinsames Fastenbrechen für Moslems im Ramadan? Unfassbar, auch Moslems haben sich beim Fastenbrechen einzuschränken! Traurig, unsere Bräuche werden ersetzt...“

The image shows a Facebook post by Stefan Hermann, a member of the FPÖ (Die Soziale Heimatpartei). The post contains a graphic with the following text:

GLEICHES RECHT FÜR ALLE?
Kein gemeinsames Osterfest für Österreicher, aber gemeinsames Fastenbrechen für Moslems im Ramadan?

Unfassbar, auch Moslems haben sich beim Fastenbrechen einzuschränken!

Traurig, unsere Bräuche werden ersetzt...

The graphic also includes an illustration of a mosque and a crescent moon. The Facebook interface shows the post was made on 9 April, has 549 reactions, and 462 comments. The post is shared by Hermann and Mario Kunasek.

Das Posting von Hermann wurde auch vom steirischen FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf Facebook geteilt.⁷⁰ Kunasek und Hermann machten klar, dass sie Muslim*innen generell nicht für Österreicher*innen halten. Sie zogen eine scharfe Trennlinie zwischen dem Osterfest als Fest „für Österreicher“ und Ramadan als Fest „für Moslems“, so als ob Muslim*innen in Österreich keine Österreicher*innen wären und sein könnten. Darüber hinaus suggerierten sie, dass die Regierung dazu neigen würde, Muslim*innen privilegiert zu behandeln und an sie „Kulturboni“ zu verteilen. Weiters wurde suggeriert, dass „unsere Bräuche“ durch muslimische Bräuche ersetzt würden. Auch hier wurde wiederum eine klare Trennmauer zwischen „uns“ und „den Muslim*innen“ aufgebaut. Darüber hinaus brachte Hermann

⁶⁹ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/561605261135380>

⁷⁰ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157313259398282>

den Fastenmonat Ramadan in einer Aussendung mit Kriminalität „von Nichtösterreichern“ in Verbindung.⁷¹

Mitte April 2020 postete Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp ein Video von einer Moschee in Deutschland, vor der gebetet wird und aus der ein Muezzin ruft. Nepp forderte einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“. Er setzte Zuwanderung von Muslim*innen mit „Islamisierung“ gleich und stempelte Muslim*innen kollektiv als Bedrohung ab. Darüber hinaus schloss er religiöse Praktiken von gläubigen Muslim*innen von „unserer Identität“ aus.⁷²



Wenige Tage später schrieb Nepp auf Twitter: „Bleiben unsere christlichen Kirchen nur deshalb geschlossen, weil Imame in ihren Moscheen die nötigen Schutzmaßnahmen nicht durchsetzen können?“ Nepp reformulierte damit die Frage des Schließens von Kirchen aufgrund der Corona-Pandemie zu einer Frage der „Durchsetzungsfähigkeit von Imamen in ihren Moscheen“. Er rückte Muslim*innen als mögliche Verantwortliche für das Schließen von Kirchen in den Fokus. Und er deutete an, die Regierung hätte Christ*innen wegen Muslim*innen büßen lassen.⁷³

⁷¹ <https://www.fpoe-stmk.at/presse/archiv/detail/fpoe-hermann-kein-freibrief-fuer-muslims-bei-bevorstehendem-ramadan>

⁷² <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3725607480815204>

⁷³ <https://twitter.com/DominikNepp/status/1252226763070947338>



Kurz darauf vertrat FPÖ-Nationalratsabgeordnete Edith Mühlberghuber in einer Presseaussendung die Ansicht, dass Kirchen lediglich aufgrund des islamischen Ramadan wieder geöffnet würden. Mühlberghuber ging nicht auf den eigentlichen Grund der Lockerungen, nämlich die sinkenden Infektionszahlen, ein, sondern fand es „interessant“, dass die Öffnung der Gebetshäuser „erst mit dem Beginn des muslimischen Ramadans“ möglich gewesen sei. Die Nationalratsabgeordnete unterstellte der Bundesregierung, dass diese Muslim*innen bevorzugt behandeln würde. Mühlberghuber verschwieg nicht nur die sinkenden Infektionszahlen, sie verschwieg auch, dass die Lockerung der Corona-Maßnahmen nicht mit Beginn des Ramadans angesetzt wurde, sondern erst später. Sie verschwieg darüber hinaus, dass auch bevorstehende christliche Feiertage von den angekündigten Lockerungen betroffen waren.⁷⁴

Ähnliche Äußerungen wie Mühlberghuber tätigte auch der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer. Er schrieb auf Facebook und auf Twitter: „Rechtzeitig zum Ramadan werden Gottesdienste von der Bundesregierung erlaubt. 🎥 Praktisch für Fundamentalisten, auch Frauen werden per Verordnung verummmt. Danke Basti! 🇩🇪🇸🇦🇹🇵🇸“⁷⁵

In dasselbe Horn stießen der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann und der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek. Hermann schrieb Ende April 2020 auf Facebook: „Unfassbar, ab 15. Mai sollen Corona-Beschränkungen wegfallen, obwohl der [#Ramadan](#) bis 23. Mai dauert! 🙄 ÖVP und Grüne haben zwar den Österreichern das gemeinsame [#Osterfest](#) vorenthalten, bei [#Moslems](#) aber machen sie anscheinend gerne eine [#Ausnahme](#)... 🙄“⁷⁶ Dazu postete Hermann ein Bild mit betenden Muslimen auf dem stand: „Österreicher mussten „Ostern“ anders feiern: „Auch Moslems haben sich an Ramadan gefälligst an die Regeln zu halten!““ Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek teilte das Posting seines Vizeklubobmanns und schrieb: „Die Christen in unserem Land dürfen nicht benachteiligt werden, die Corona-Regeln müssen für alle gelten!“⁷⁷

⁷⁴ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200423_OT50187/fpoe-muehlberghuber-oeffnung-der-kirchen-ist-zu-begrueessen

⁷⁵ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/3743786332359739>

⁷⁶ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/570786560217250>

⁷⁷ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157365973463282>



Österreicher mussten
„Ostern“ anders feiern:

” Auch Moslems
haben sich
an Ramadan
gefälligst an die “
Regeln zu halten!

Mag. Stefan Hermann, MBL
LandesparteiSekretär



Stefan Hermann
1 Std. · 🌐

Unfassbar, ab 15. Mai sollen Corona-Beschränkungen wegfallen, obwohl der #Ramadan bis 23. Mai dauert! 🙄
ÖVP und Grüne haben zwar den Österreichern das gemeinsame #Osterfest vorenthalten, bei #Moslems aber machen sie anscheinend gerne eine #Ausnahme... 🤔 – 🤔 stinksauer.

👍👎🤔 276

120 Kommentare
123 Mal geteilt

Ab Ende April 2020 starteten mehrere FPÖ-Politiker eine Kampagne gegen Feiertagsgrüße an Muslim*innen. In einem Facebook-Posting schrieb der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann zu Feiertagsgrüßen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers: „Diese [#Anbiederung](#) der beiden Herren von ÖVP und Grünen ist zum [#Schämen!](#) 🙄“⁷⁸

Stefan Hermann 😡 genervt.
25. April um 16:42 · 🌐

Diese #Anbiederung der beiden Herren von ÖVP und Grünen ist zum #Schämen! 🙄

A. Van der Bellen @vanderbellen · 23. Apr.

Zum beginnenden Fastenmonat wünsche ich allen Musliminnen und Muslimen einen friedvollen #Ramadan 🌙. Möge dieser Monat uns allen - gerade in diesen herausfordernden Zeiten - Friede und Zusammenhalt bringen. (vdtb)

🗨️ 186 🔄 375 ❤️ 2.531 📎

Sebastian Kurz @sebastiankurz · 15 Std.

Even if the celebrations cannot take place as usual this year due to the corona crisis, I still wish all muslims a blessed #Ramadan 🌙 .

🗨️ 147 🔄 94 ❤️ 674 📎

**Billige Anbiederung:
Bundeskanzler Kurz und
Bundespräsident Van der Bellen mit
Ramadan-Glückwünschen an Moslems!**

📍 /hermannfpoe

👍👎🤔 698

443 Kommentare 210 Mal geteilt

⁷⁸ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/571588896803683>

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz kommentierte eine Klarstellung der Bundesregierung betreffend Ausgangsbeschränkungen: „Plötzlich jetzt mit Ramadan waren private Treffen IMMER ERLAUBT? Es reicht!!! 🤔 Stoppt den www.coronawahnsinn.at der Regierung!!! Hast auch du die Nase voll davon, belogen zu werden? [#jetztUNTERSCHREIBEN](#)“⁷⁹



Anfang Mai 2020 schrieb der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek: „Während rund um Ostern (12. April) ÖVP und Grüne den Österreichern sogar die Polizei ins Haus schicken wollten, wurden rechtzeitig zu Ramadan (23. April bis 23. Mai) die Regeln gelockert... Die FPÖ Steiermark sagt: Schluss mit dieser Diskriminierung von Österreichern!“⁸⁰ Dazu postete Kunasek ein Bild von betenden Muslimen auf dem folgender Text zu lesen ist: „Unfassbar: Rechtzeitig zu Ramadan werden Regeln gelockert, während man zu Ostern den Österreichern noch die Polizei in die Wohnung schicken wollte!“ Den gleichen Text und das gleiche Bild postete auch der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann.⁸¹

⁷⁹ <https://www.facebook.com/schnedlitz/posts/3524513760899388>

⁸⁰ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157405509578282>

⁸¹ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/577568876205685>



Unfassbar:
Rechtzeitig für **Ramadan** werden **Regeln gelockert**, während man zu **Ostern** den **Österreichern** noch die **Polizei in die Wohnung** schicken wollte!

Am 9. Mai 2020 teilte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl mit den Worten „Schon wieder so ein Missverständnis...“ einen Ramadan-Verschwörungs-Artikel eines FPÖ-nahen Magazins.⁸²



Am 22. Mai 2020 teilte Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp auf Facebook ein Posting des ZDF zu den Ramadan-Grüßen des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Nepp kommentierte die Ramadan-Grüße mit den Worten „völlig daneben“.⁸³ Auf Twitter kommentierte Nepp die Ramadan-Grüße des deutschen Bundespräsidenten mit den Worten „völlig daneben und pervers“.⁸⁴

⁸² <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/2616492638629030>

⁸³ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3873044019404882>

⁸⁴ <https://twitter.com/DominikNepp/status/1263927315744120843>



Einen Tag später nahm der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger die Feiertagsgrüße des deutschen Bundespräsidenten zum Anlass für einen Kommentar auf Facebook. Er schrieb: „Warum immer nur Glückwünsche zum Ramadan? Bei christlichen Festen oder jenen anderer Religionen bleiben diese Herrschaften zumeist still.“⁸⁵ Abwerzger schürte damit Neid gegen Muslim*innen. Die Behauptung von Abwerzger war nachweislich falsch. Der deutsche Bundespräsident Steinmeier richtete auch Feiertagsgrüße an andere Religionen.

Am 24. Mai sprach sich Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp gegen Twitter-Ramadan-Grüße des österreichischen Bundeskanzlers aus. Nepp schrieb: „Ostern hat er uns verboten, aber den Ramadan macht Kurz mit diesen Wünschen salonfähig! Wir sagen: Österreich ist ein christliches Land mit abendländischen Traditionen. Der Islamisierung muss auf allen Ebenen Einhalt geboten werden!“⁸⁶ Nepp postete dazu ein Bild von sich, mit dem Ramadan-Tweet des Bundeskanzlers und den Worten: „Der Islam ist mit unseren Werten und unserem Glauben nicht kompatibel!“ Das Posting von Nepp attackierte zum einen Feiertagsgrüße an Muslim*innen und zum anderen pauschal „den Islam“. Nepp zog eine radikale kollektive Trennlinie zwischen einer von ihm als „christlich“ definierten Wir-Gruppe und einer von ihm als „muslimisch“ und „inkompatibel“ definierten Sie-Gruppe.

⁸⁵ <https://www.facebook.com/AbwerzgerMarkus/photos/a.190526047767574/1621572694662895>

⁸⁶ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/387839362203255>



Ende Mai 2020 kommentierte der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek Feiertagsgrüße von österreichischen Spitzenpolitiker*innen an Muslim*innen mit folgenden Worten: „Es macht nachdenklich, wie weit es in Österreich schon gekommen ist.“⁸⁷ Er postete dazu ein Bild mit Twitter-Feiertagsgrüßen und betenden Muslimen im Hintergrund. Davor ein Gesicht, das sich die Hand frontal auf den Kopf schlägt. Darunter stand: „Billige Anbiederung oder Wählerfang zum Ende des Ramadans? ÖVP, SPÖ und Grüne mit Glückwünschen an Moslems!“ Der gleiche Text und das gleiche Bild wurden auch vom steirischen Vizeklubobmann Stefan Hermann gepostet.⁸⁸



⁸⁷ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157476321343282>

⁸⁸ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/591941514768421>

Mitte Juni 2020 sagte der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer in einer Rede auf einer FPÖ-Kundgebung am Viktor Adler Markt in Wien Favoriten: „Ich fürchte mich nicht vor Corona, Corona ist nicht gefährlich, da ist der Koran gefährlicher, meine Lieben, als Corona.“⁸⁹ Hofer bezeichnete damit in einer öffentlichen Rede ein Virus, das zum Tod von mehreren Millionen Menschen weltweit beigetragen und allein in Österreich tausenden Menschen das Leben gekostet hat, als „nicht gefährlich“. Im gleichen Atemzug, ohne jeglichen sachlichen Zusammenhang, bezeichnete Hofer die Glaubenslehre einer in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaft als „gefährlicher als Corona“. Die Einflechtung der pauschalen Abqualifizierung einer Glaubenslehre in eine Aussage über ein für viele tödliches Virus ist beispiellos in der jüngeren österreichischen Politik. Durch diese Aussage wurden gläubige Muslim*innen pauschal abgewertet und ihr Glaube und damit auch sie selbst kollektiv als Bedrohung markiert. In Zusammenhang mit Hofers Aussage wurde von der Staatsanwaltschaft Wien, aufgrund von Anzeigen wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren, ein Ersuchen an den Nationalrat gestellt, einer behördlichen Verfolgung zuzustimmen. Dieses Ersuchen wurde jedoch abgelehnt, wodurch eine juristische Aufarbeitung gehemmt ist.⁹⁰

Am 23. Juni 2020 postete der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml ein Bild von zwei Frauen, die in einem Wartezimmer ein Kopftuch tragen. Auf dem Bild stand: „Besuche mit Maß & Ziel: Massenbesuche in Spitälern verbieten!“ Dazu schrieb Raml: „Vor Corona sind oft ganze Besucherhorden in den Spitälern eingefallen. Nicht nur die Aufenthaltsräume, sondern vor allem auch die Krankenzimmer selbst wurden belagert. Besuchszeiten spielten sowieso eine sehr nebensächliche Rolle. Auch wenn es in manchen Kulturkreisen üblich sein mag, dass jedes Mitglied aus der Familie und aus dem Freundeskreis einen Patienten persönlich besucht, kann das nicht auf Kosten des Wohls der anderen Patienten gehen.“⁹¹ „Massenbesuche“ wurden im Bild, das Raml postete, nicht durch eine Masse an Menschen symbolisiert, sondern durch zwei Frauen, die ein Kopftuch tragen. Dabei handelte es sich offenkundig um eine Fotomontage.⁹²

⁸⁹ <https://youtu.be/U4s-du3mEds>

⁹⁰ <https://www.diepresse.com/5882073/koran-schlimmer-als-corona-hofer-wird-nicht-ausgeliefert>

⁹¹ <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2326139017682372>

⁹² <https://pixabay.com/de/photos/frau-einzelne-nur-landschaft-2685867/>



Mitte Juli 2020 postete der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer einen Beitrag der Polizei Wien über Jugendliche, die in Wien Favoriten eine mobile Toilette umgeworfen hatten, in der sich eine obdachlose Frau befand. Kohlbauer forderte sein Publikum dazu auf, darüber abzustimmen, welchen Namen die mutmaßlichen Täter gehabt haben könnten. Kohlbauer schrieb: „Wer glaubt ihr waren die Täter? ❤️ Klaus, Georg und Ferdinand. 😡 Mehmet, Abdul und Muhammed. Stimmt ab!“⁹³ Er bot drei Namen an, die üblicherweise nicht als muslimische Namen gelesen werden, und drei Namen, die von vielen als muslimische Namen gelesen werden. Für die drei nichtmuslimischen Namen konnte mit einem Herzen und für die drei muslimischen Namen mit einem wütenden Gesicht abgestimmt werden.

⁹³ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/4118379194900449>

 **Leo Kohlbauer** ✓
5 Tage · 🌐

Wer glaubt ihr waren die Täter?

❤️ Klaus, Georg und Ferdinand

👤 Mehmet, Abdul und Muhammed ... Mehr ansehen

 **Polizei Wien** ✓
13 Min. · 🌐

Ein paar Jugendliche werfen gestern in Favoriten eine mobile Toilette um, in der sich eine obdachlose Frau befindet. Die Gruppe flüchtet, die Dame bleibt durchnässt und stark verschmutzt zurück. Da sie nur die Kleidung besitzt, die sie gerade trägt, bringen unsere Kolleg*innen der PI Van-der-Nüll-Gasse sie in eine Obdachlosenunterkunft, damit sie sich reinigen kann. In der Zwischenzeit kaufen sie Kleidung in einem nahegelegenen Geschäft, die sie der sichtlich dankbaren Frau übergeben. Weitere Ermittlungen gegen die derzeit unbekanntenen Jugendlichen laufen. Danke für Euren Einsatz! 💜



Anfang August 2020 stellte die Wiener FPÖ-Bezirksgruppe Favoriten in einem Facebook-Posting eine Feier zum islamischen Opferfest an den Pranger. Sie postete dazu ein Bild, auf dem von einem „Massenauflauf beim islamischen Opferfest“ die Rede war. Im Bild fanden sich einige unscharfe Fotos, die aus der Ferne aufgenommen waren und eine Versammlung von Menschen im Freien zeigten. Die FPÖ-Bezirksgruppe schrieb dazu: „Die SPÖ hat in Wien im Integrationsbereich völlig versagt. Letzte Woche tauchten plötzlich in den frühen Morgenstunden hunderte Menschen im Zuge des „islamischen Opferfestes“ auf – und zwar mitten auf einem Sportplatz (!!!) in Wien-Favoriten. Die Bürger wurden durch „Allahu Akbar-Rufe“ geweckt. Wo bleiben den (sic!) hier eigentlich die ach so strengen ÖVP-Minister? Während viele Österreicher in den letzten Monaten wegen angeblichen Corona-Verstößen gestraft wurden und auch Fußballspiele ohne Zuschauer stattfinden finden müssen, wird in Favoriten dabei zugesehen, wie ein Sportplatz für einen solchen Massenauflauf ohne Konsequenzen verwendet werden darf...“⁹⁴

⁹⁴ <https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/posts/3235972159803500>



Am gleichen Tag schrieb auch FPÖ-Obmann Norbert Hofer einen wortidenten Text wie die FPÖ-Bezirksgruppe.⁹⁵ Hofer postete dazu einen Artikel einer FPÖ-nahen Plattform. Der Artikel behauptete, dass „Moslems trotz Corona-Verboten zu Hunderten ihr Opferfest feiern dürfen“.⁹⁶ Im Artikel wurde der FPÖ-Obmann von Wien Favoriten, Stefan Berger, mit folgenden Worten zitiert: „Während die sportbegeisterten Wiener bei Sportveranstaltungen ausgesperrt werden, hat man bei den muslimischen Mitbürgern offenbar kein Problem, wenn sie unsere Sportstätten zweckentfremden!“. Auch die FPÖ-Steiermark nahm sich der Veranstaltung an und twitterte: „Dürfen sich Moslems alles erlauben?“. Zwei Tage später teilte der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann das Facebook-Posting von FPÖ-Obmann Hofer. Er bezeichnete sich als „stinksauer“ und schrieb: „ÖVP und Grüne greifen offenbar nur bei Österreichern durch - [#Moslems](#) feiern dafür in Massen ihr ["#Opferfest"](#)... 🤔“⁹⁷ Diverse FPÖ-Politiker, vom FPÖ-Bundesparteiobmann abwärts, skandalisierten damit eine legale Veranstaltung im Freien, nur weil es sich um eine mutmaßliche Versammlung von Muslim*innen zu einem islamischen Feiertag handelte. Die Beiträge suggerierten, dass Muslim*innen Privilegien

⁹⁵ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2750424605234823>

⁹⁶ <https://www.unzensuriert.at/content/107717-fotos-beweisen-auch-moslems-duerfen-trotz-corona-verboten-zu-hundertem-islamisches-opferfest-feiern>

⁹⁷ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/634159770546595>

genießen und bevorzugt behandelt würden und sich „alles erlauben dürfen“ bzw. dass sie es nicht verdienen würden, eine Veranstaltung abhalten zu können. Die betreffenden FPÖ-Politiker stellten ausschließlich Veranstaltungen mit Bezug zu Muslim*innen an den Pranger, während die FPÖ gleichzeitig selbst im Freien diverse Veranstaltungen und Versammlungen abhielt. Zudem fand sich einmal mehr die strikte Trennung in eine Wir-Gruppe der „Österreicher“ und eine Sie-Gruppe der „Moslems“, so als ob es keine muslimischen Österreicher*innen gebe.



Anfang September 2020 startete FPÖ-Obmann Norbert Hofer eine weitere Welle der FPÖ-Ramadan-Verschwörungsgeschichte. Er schrieb: „Während die Lockerung der vielfach verfassungswidrigen Corona-Verordnungen der „ersten Welle“ rechtzeitig zum Ramadan erfolgte, wird nun in wenigen Monaten das Weihnachtsfest gefeiert. Dieses soll der Bevölkerung nun schon im September vermiest werden. [...]“⁹⁸ Hofer verlinkte in seinem Posting einen Artikel einer FPÖ-nahen Zeitschrift, wo eine Ramadan-Verschwörungsgeschichte in den Raum gestellt wurde: „Lockerung bei Ramadan, Verschärfung bei Weihnachten? Als besonders perfide bezeichnen viele Beobachter den Umstand, dass die ersten großen „Lockerungsmaßnahmen“ rechtzeitig zum moslemischen Ramadan-Fest verkündet wurden. Viele mutmaßen, dass sich die davon

⁹⁸ <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2777954165815200/?type=3>

betroffene Bevölkerungsgruppe strengen Regeln vielleicht nicht ganz so unproblematisch unterworfen hätte wie der obrigkeitshörige Österreicher.“⁹⁹



Auch der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger postete den von FPÖ-Obmann Hofer in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschörungstext.¹⁰⁰ Ebenso der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann.¹⁰¹

Am 6. September 2020 postete der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss ein Video über Grillplätze auf der Wiener Donauinsel. Im Video sagte Krauss, dass ihn „viele Beschwerden“ erreicht hätten, dass die Grillplätze „hauptsächlich von Migranten belegt werden“ und „der echte Wiener kaum mehr eine Möglichkeit hat zu grillen“. Unterlegt war das Video mit orientalisch anmutender Musik. Das Video fokussierte immer wieder auf Frauen, die ein Kopftuch tragen. Sie wurden als Gegenstück zum „echten Wiener“ präsentiert. Am Ende wurde ein „Ösi-O-Meter“ eingeblendet, der „0%“

⁹⁹ <https://www.wochenblick.at/regierung-kurz-will-uns-weihnachtsfeiern-vermiesen/>

¹⁰⁰ <https://www.facebook.com/AbwerzgerMarkus/photos/a.190526047767574/1717393808414116>

¹⁰¹ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/658249908137581>

anzeigt. Krauss leitete sein rassistisches Video-Posting mit folgenden Worten ein: „Grillen auf der Donauinsel...oder doch in Anatolien? Aber seht selbst! Das ist das Ergebnis der verfehlten rot-grünen Zuwanderungspolitik. Wien muss wieder die Stadt der Wienerinnen und Wiener werden. [...]“¹⁰²

Am 7. September 2020 attackierte der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer auf Twitter eine Schülerin mit Kopftuch, die im Fernsehen als Schüler*innenvertreterin ein Interview zu den geplanten Corona-Maßnahmen der Bundesregierung gegeben hatte.¹⁰³ Kohlbauer schrieb: „Ist diese Vertreterin der SPÖ-Vorfeldorganisation AKS die Zukunft der Sozialdemokratie? Abgeordnete, Landesrätinnen und Ministerinnen bald mit streng islamischen Kopftüchern? Die Ideologie der Muslimbrüder in unserem Parlamentarismus?“¹⁰⁴ Kohlbauer brachte die Schülerin mit „der Ideologie der Muslimbrüder“ in Verbindung, ohne jeglichen Bezug zu einer Aussage von ihr. Die Jugendliche wurde allein, weil sie ein Kopftuch trug, ideologisch abgestempelt, abgewertet und als mögliche Bedrohung markiert.¹⁰⁵



Anfang Oktober 2020 postete der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp ein Video mit dem Titel „Holen wir uns UNSER Favoriten zurück!“. Das Video

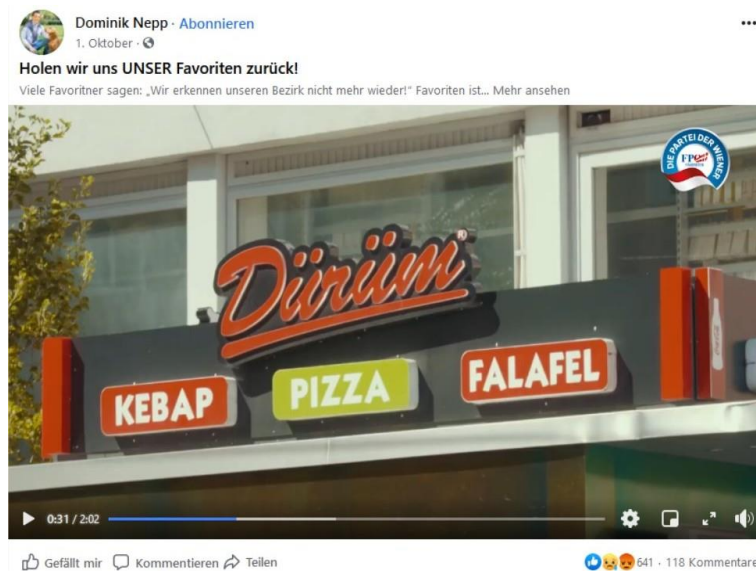
¹⁰² <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/3040508829394644>

¹⁰³ <https://www.vice.com/de/article/m7jnyn/fpoe-gemeinderatswahlen-wien-sihaam-abdillahi>

¹⁰⁴ <https://twitter.com/LeoKohlbauer/status/1302928796576821248>

¹⁰⁵ Der österreichische Verfassungsgerichtshof hält in seinem Erkenntnis vom 11. Dezember 2020 zur Aufhebung des Verhüllungsverbots an Schulen fest: „Zunächst ist von Bedeutung, dass das Tragen des islamischen Kopftuches eine Praxis ist, die aus verschiedenen Gründen ausgeübt wird. Die Deutungsmöglichkeiten, die die Trägerinnen eines Kopftuches vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Religion oder Weltanschauung dieser Bekleidung und damit dem Tragen des Kopftuches geben, sind vielfältig. Mit dem Tragen eines Kopftuches kann schlicht die Zugehörigkeit zum Islam oder die Ausrichtung des eigenen Lebens an den religiösen Werten des Islam ausgedrückt werden. Ferner kann das Tragen des Kopftuches etwa auch als Zeichen für die Zugehörigkeit zur islamischen Kultur bzw. für ein Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. Dem islamischen Kopftuch kommt daher keine eindeutige und unmissverständliche Bedeutung zu.“ https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_G_4_2020_vom_11.12.2020.pdf

fokussierte immer wieder auf Frauen mit Kopftuch. Eine Sprecherstimme sagte: „Und wenn wir erinnernd zurückschweifen, dann tut es weh, an den alten Bäcker zu denken, der dastand, wo jetzt ein Kebabstandl steht. Es ist so beklemmend, sich an die Greißler und Wirtshäuser zu erinnern, die gewichen sind, weil die Überfremdung auch fremde Gebräuche und fremde Läden mit sich brachte. Wir erkennen heute unser Favoriten nicht mehr wieder. Ein fremder Ort mitten in Österreichs Hauptstadt. Wien – mehr als 500 Jahre Kaiserstadt, Stätte unvergleichlicher Hochkultur, Hauptstadt der Republik. Doch davon spürt man in Favoriten nichts mehr. Hier ist fremdes Territorium, mitten in der Bundeshauptstadt.“¹⁰⁶ Das Video spielte „Bäcker“ gegen „Kebabstandl“ aus und stempelte insbesondere Frauen mit Kopftuch zum Inbegriff des „Fremden“ und der „Nichtösterreicher“ ab. Diese „Fremden“ und „Nichtösterreicher“ wurden verantwortlich gemacht, dass „alles zusammenbricht“.




Ab Mitte Oktober 2020 verdichtete sich eine Kampagne der FPÖ, die einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen/islamischen Ländern“ forderte. Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer schrieb auf Facebook in Zusammenhang mit der Ermordung eines Lehrers in Frankreich durch einen islamistischen Fundamentalisten: „Dieser Vorfall zeigt, dass eine zusätzliche Migration aus muslimischen Ländern unsere Gesellschaft in eine gefährliche Richtung verändert. Ein Einwanderungsstopp aus muslimischen Ländern und ein Gesetz gegen den politischen Islam sind das Gebot der Stunde.“¹⁰⁷ Kohlbauer stempelte damit „Migration aus muslimischen Ländern“ pauschal als Bedrohung ab. Er machte deutlich, dass er Muslim*innen und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten wolle.

Ins selbe Horn stieß Ende Oktober 2020 der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp. Auch er forderte „einen Stopp der Zuwanderung aus muslimischen

¹⁰⁶ <https://www.facebook.com/135953609780627/videos/655252121635217/>

¹⁰⁷ <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/4574969352574762>

Ländern!“¹⁰⁸ Ebenso der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky, der als Reaktion auf das islamistisch-fundamentalistische Attentat in Nizza schrieb: „Es reicht! Keine Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!“¹⁰⁹

 Harald Vilimsky
29. Oktober um 13:12 · 🌐

Nach weiterer Enthauptung. Diesmal in Nizza. Es reicht! Keine Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!



Ähnlich der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Krauss, der auf Facebook ein Bild postete, auf dem stand: „Keinerlei Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!“¹¹⁰

 Maximilian Krauss
Gestern um 09:23 · 🌐

Grenzen dicht und Islamisten abschieben!



¹⁰⁸ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4611100895599187>

¹⁰⁹ <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/posts/3412252645560325>

¹¹⁰ <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/3195851323860393>

Am 17. November 2020 verknüpfte FPÖ-Obmann Norbert Hofer in einer Presseaussendung Muslim*innen pauschal mit Terrorismus und nannte eine „Trendwende bei der Zuwanderungspolitik“ die „beste Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus“. Hofer verknüpfte Gewalt mit „Import“, und er verknüpfte „importierte Gewalt“ mit dem „Import“ von Muslim*innen. Er stellte einen wachsenden Bevölkerungsteil mit muslimischer Religionszugehörigkeit bzw. muslimischer Herkunft per se als Bedrohung dar. Hofer setzte darüber hinaus Muslim*innen mit „Ausländern“ gleich.¹¹¹ Einen Tag später sprach sich Hofer auch auf Facebook gegen „den Import“ von Muslim*innen aus und postete ein antimuslimisches Angstvideo, das vor „Muslimen“ und „Ausländern“ warnte und von „galoppierender Islamisierung“ und „Gewalt“ sprach. Hofer stempelte Muslim*innen einmal mehr kollektiv als „Importgut“ und Bedrohung ab. Er machte deutlich, dass er Muslim*innen durch „eine Trendwende in der Zuwanderungspolitik“ von Österreich fernhalten wolle.¹¹²



Ende November 2020 nahm der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner auf Facebook zum „Action Plan on Integration and Inclusion 2021-2027“ der EU-Kommission Stellung. Er postete ein Bild von vier Personen, von denen drei ein Kopftuch trugen. Die Personen standen vor einem Haus mit einer türkischen Fahne am Fenster.¹¹³

¹¹¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201117_OTS0137/fpoe-hofer-beste-massnahme-gegen-islamistischen-terrorismus-ist-trendwende-bei-zuwanderungspolitik

¹¹² <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2847648355512447>

¹¹³ <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/3623888587671791>



Nahezu den gleichen Text wie Haimbuchner postete auch der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml. Er wählte jedoch ein anderes Bild, das allerdings ebenfalls eine Frau mit Kopftuch in den Mittelpunkt rückte. Haimbuchner und Raml stellten durch ihre Bildauswahl Frauen mit Kopftuch als repräsentativ für „Migranten aus aller Welt“ dar. Sie skandalisierten, dass die EU den Wohnbau für solche Personen öffnen wolle. Durch die Verknüpfung von Text und Bild werteten Haimbuchner und Raml Frauen mit Kopftuch als weitgehend unerwünscht im Wohnbau ab. Das Bild, das Haimbuchner verwendete, entstammt einer Fotomontage der FPÖ-nahen Plattform „unzensuriert.at“. Auch das von Raml verwendete Bild erweckt den Eindruck einer Fotomontage.



Ende November 2020 sagte FPÖ-Obmann Norbert Hofer in der ORF-Pressesendung: „Wollen wir wirklich, dass wir im Jahr 2030 in Österreich 2,1 Millionen Muslime haben? In Wien einen Schwerpunkt, wo der Islam die stärkste Glaubensgemeinschaft ist? Ich sag’s noch einmal, ich kenne viele Muslime, die tolle Österreicher sind, aber ich will diese Veränderung des Landes nicht. Und die meisten Politiker trauen sich nicht, das auszusprechen. Und ich sage, ich will nicht, dass Österreich ein muslimisches Land wird.“ Auf Facebook schrieb Hofer zu seinem Auftritt in der ORF-Pressesendung: „Wussten Sie, dass wenn sich die Zuwanderung ähnlich wie in den Jahren 2010 bis 2016 gestaltet, es im Jahr 2050 in Österreich 2,1 Millionen Muslime geben wird? Eine Entwicklung, die wir so nicht hinnehmen möchten. Es braucht eine rasche Trendwende in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik.“¹¹⁴ Dazu postete Hofer ein Bild von sich mit dem Text: „Ich will nicht, dass Österreich ein muslimisches Land wird!“ Hofer stellte ein Bevölkerungsszenario mit einer steigenden Anzahl an Muslim*innen per se als Bedrohungsbild dar. Er stempelte damit die in Österreich lebenden Muslim*innen kollektiv als Bedrohung und als Teil einer „Entwicklung, die ich nicht hinnehmen möchte“, ab.



Hofers Posting wurde zustimmend vom steirischen FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek, und dessen Vizeklubobmann Stefan Hermann geteilt. Kunasek ergänzte das Posting von Hofer um zwei Icons, eine Moschee „🕌“ und ein Zutrittsverbotsschild „🚫“.

¹¹⁴ <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2856416087969007>

Weitere Fälle und Kampagnen, die im Jahr 2020 stattgefunden haben, finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2020.¹¹⁵

Anfang Jänner 2021 postete der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer ein Bild von sich mit folgendem Bildtext: „Die an den Ausschreitungen in Wien-Favoriten beteiligten Ausländer sind samt Familien abzuschieben.“¹¹⁶ In seinem Postingtext brachte Hofer die Sachbeschädigungen und einen versuchten Einbruch in Wien Favoriten in der Silvesternacht mit der Religionszugehörigkeit der Tatverdächtigen in Verbindung. Er unterstellte den Tatverdächtigen (religiös) „radikalisiert“ zu sein und forderte die Überprüfung von Moscheen. Darüber hinaus forderte er die Abschiebungen von „beteiligten Ausländern samt Familie“. Hofer forderte somit die Einführung der Sippenhaft, bei der nicht nur Täter*innen bestraft werden sollen, sondern auch ihre Familienangehörigen. Laut späteren Ermittlungsergebnissen der Polizei hatten die Silvester-Vorfälle rund um den Reumannplatz in Wien Favoriten „keinen religiösen oder politischen Hintergrund“.¹¹⁷



Ebenfalls Anfang Jänner 2021 präsentierte Wiens FPÖ-Obmann Dominik Nepp auf Facebook Nachrichten, die er „der Migranten-Community“ zuordnet und aus denen er „das Ziel mancher Zuwanderer“ erkennen will „den echten Österreicher zu verdrängen“. Nepp konstruierte Migrant*innen als *eine* Community. Und er baute ein Gegenbild zwischen dieser „Migranten-Community“ und „echten Österreichern“ auf. Als

¹¹⁵ Siehe:

https://www.sosmitmensch.at/dl/qrrpJKjkKMMjQx4KJK/Bericht2020_AntimuslimischerRassismus_SOS_Mitmensch_Maerz_2021_pdf

¹¹⁶ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2887104154900200&id=165058064852563

¹¹⁷ <https://www.derstandard.at/story/2000123228553/polizei-und-politik-beraten-heute-ueber-konsequenzen-nach-silvester-rawale>

Konsequenz aus diesem von ihm postulierten Gegenverhältnis forderte Nepp „mehr Abschiebungen“ und den „sofortiger Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“. Nepp rief zum Kampf gegen die von ihm konstruierte „Migrant-Community“ auf und lud seine Feindbildkonstruktion religiös auf.¹¹⁸



Auch der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner nahm auf Facebook zu den Sachbeschädigungen und einen Einbruchversuch zu Silvester in Wien Favoriten Stellung. Er postete ein Bild von einer beschädigten Auslagenscheibe. Auf dem Bild stand: „Silvester-Unruhen in Wien: Das Kind beim (orientalischen) Namen nennen!“¹¹⁹ Haimbuchner verknüpfte die Silvester-Vorfälle in Wien somit mit „orientalischen Namen“ und stempelte diese damit negativ ab. Er sprach darüber hinaus pauschal und abwertend von einer „Migrantenszene“. Und er zitierte eine vor einigen Jahren in einem anderen Zusammenhang getätigte umstrittene Aussage des oberösterreichischen Landespolizeidirektors, wonach „alle Auffälligen Muslime sind“. Laut späteren Ermittlungsergebnissen der Polizei hatten die Silvester-Vorfälle rund um den Reumannplatz in Wien Favoriten „keinen religiösen oder politischen Hintergrund“.¹²⁰

¹¹⁸ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=4888463654529575&id=135953609780627

¹¹⁹ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3721999577860691&id=655193467874666

¹²⁰ <https://www.derstandard.at/story/2000123228553/polizei-und-politik-beraten-heute-ueber-konsequenzen-nach-silvester-randale>



Anfang Jänner 2021 postete der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein ein Bild von zwei Frauen mit Niqab. Im Bild stand: „Luftschloss Integration – Realität Parallelgesellschaft!“¹²¹ Hein verknüpfte in seinem Posting den Begriff „Ausländer“ mit negativen Phänomenen wie „Arbeitslosigkeit“ und „Kriminalität“. Durch das Bild von zwei Niqab-Trägerinnen verknüpfte er zudem sowohl den Begriff „Ausländer“ als auch die von ihm angesprochenen negativen Phänomene mit Muslim*innen, die er dadurch abwertete und negativ markierte. Darüber hinaus wählte er ein Bild von Niqabtragenden Muslim*innen, das nicht repräsentativ für die Muslim*innen, die in Österreich leben, ist.



¹²¹ <https://www.facebook.com/624525897689879/photos/pb.100044424279812.-2207520000../2043667689109019/?type=3>

Anfang Jänner 2021 postete der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml ein Bild von einem Mann und einer Frau, die ein Kopftuch trägt. Im Bild stand: „Integrationsbericht: Ausländer führen bei Geburten, Arbeitslosigkeit und Kriminalität!“¹²² Raml markierte durch die Bildwahl Menschen, die Kopftuch tragen, als „Ausländer“ und als führend bei „Arbeitslosigkeit“ und „Kriminalität“.



Ende Jänner 2021 postete der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek ein Bild mit einem Mann und einem Buben. Auf dem Bild stand: „Bedenkliche Entwicklung in Graz: Bereits 34 Prozent aller Volksschüler sind Moslems, gleich für 54 Prozent ist Deutsch eine Fremdsprache!“ Kunasek schrieb dazu: „Unsere heimische Kultur- und Werteordnung wird zusehends in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der jahrelangen verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik von ÖVP, SPÖ und Grünen und wirkt sich zweifelsohne auch auf das Zusammenleben aus!“¹²³ Kunasek skandalisierte die Anzahl der muslimischen Schüler*innen an Volksschulen. Er bezeichnete die Zahl muslimischer Kinder als „erschreckend“ und erklärte muslimische Kinder kollektiv zu einer Bedrohung für „unsere heimische Kultur- und Werteordnung“. Kunasek wertete muslimische Kinder damit pauschal ab und markierte sie kollektiv als „fremd“ und Feindbild.

¹²² https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2478663135763292&id=1499759610320321

¹²³ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158067738018282&id=66095458281



Anfang Februar 2021 skandalisierte der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann ein interreligiöses christlich-muslimisches Teamteaching-Projekt der Universität Graz. Er brachte das Projekt mit „fundamentalistischen Islamlehrern“ in Verbindung und er kritisiert die „weitere Ausbreitung muslimischer Religionsansichten“. Er sprach darüber hinaus von einer möglichen „Zwangsbeglückung heimischer Schüler“.¹²⁴ Bei dem von Hermann angesprochenen interreligiösen Projekt der Universität Graz handelte es sich um das vom FWF-Fonds geförderte Projekt „Christlich-Islamischer Religionsunterricht im Teamteaching. Evidenzbasierte Entwicklung lokaler Theorien zu einer Didaktik religionskooperativer Lehr-/Lernprozesse“. Laut Projektbeschreibung wurde im Rahmen des Projekts „ein Unterrichtssetting entwickelt, das den konfessionellen Religionsunterricht um interreligiöse Zusammenarbeit erweitert: Katholische und muslimische SchülerInnen werden für einige Unterrichtseinheiten von ihren jeweiligen ReligionslehrerInnen gemeinsam unterrichtet – in Form eines Christlich-Islamischen Teamteachings in geteilter Verantwortung“.¹²⁵

¹²⁴ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=766311420664762&id=153398965289347

¹²⁵ <https://interreligioese-bildung.uni-graz.at/de/neuigkeiten/detail/article/fwf-projekt-christlich-islamischer-religionsunterricht-im-teamteaching-genehmigt/>

Stefan Hermann 🇺🇦 fühlt sich verwundert. 17 Std. · 🌐

Wir brauchen hier keine weitere #Ausbreitung muslimischer Religionsansichten, sondern vielmehr eine strikte und konsequente #Kontrolle des stattfindenden Unterrichts! 🙌
Wir werden auch eine Anfrage an ÖVP-Bildungslandesrätin Bogner-Strauß einbringen, an welchen Schulen dieser gemeinsame Unterricht stattfinden soll und ob die Erziehungsberechtigten eingebunden sind oder heimische Schüler #zwangsbeglückt werden! 🙄🙄

🔗 <https://www.fpoe-stmk.at/.../freiheitliche-sehen...>

Dubioses „interreligiöses Teamteaching“ trotz Verhaftung von fundamentalistischen Islamlehrern:
ÖVP und Grüne machen steirische Schüler zu Versuchskaninchen und geben 400.000 Euro aus, um christlich-islamischen Unterricht zu ermöglichen!

Stefan HERMANN /hermann.fpoe

Mitte Februar 2021 schrieb FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz in einer Presseaussendung: „Lockdown soll bis Ramadan dauern - bis dahin ist unsere Gastronomie am Ende. ÖVP und Grüne planen eine Verlängerung des Lockdowns bis Ramadan. Die Dauer des Lockdowns vom Ramadan abhängig zu machen, entbehrt jeglicher Grundlage und Evidenz. Ein Ende des Lockdowns muss nämlich alle zehn Tage geprüft und darf nicht vom Fastenbrechen beeinflusst werden. [...] Ähnlich zum Vorjahr knickt Kanzler Kurz vor dem Islam in die Knie. Bis dahin wird unser Land ruiniert. Die zusätzlichen Wochen werden der Tod vieler Betriebe – vor allem in der Gastronomie – sein. Aber anscheinend ist dem Kanzler das muslimische Fastenbrechen wichtiger, als unsere komplette Wirtschaft.“¹²⁶ Entgegen der Aussage von Schnedlitz gab es in Österreich keinerlei Zusammenhang zwischen Lockdowns und islamischen Feiertagen. Der Lockdown im Frühling 2021 endete nicht mit Beginn des Ramadan, sondern wurde im April sogar weiter verschärft.¹²⁷

Ebenfalls Mitte Februar 2021 postete FPÖ-Bezirksparteiobmann in Wien Mariahilf, Leo Kohlbauer, einen Artikel über die Verlängerung des Lockdowns. Er schrieb dazu: „Rechtzeitig zum Ramadan sperrt dann alles wieder auf...“¹²⁸ Kohlbauer setzte damit die in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von der FPÖ gestartete Ramadan-Verschwörungskampagne fort. Entgegen der Faktenlage stellte er eine Verbindung

¹²⁶ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210215_OTS0130/fpoe-schnedlitz-lockdown-soll-bis-ramadan-dauern-bis-dahin-ist-unsere-gastronomie-am-ende

¹²⁷ https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6056751/Lockdowns-und-Lockerungen_Chronologie-der-Pandemie

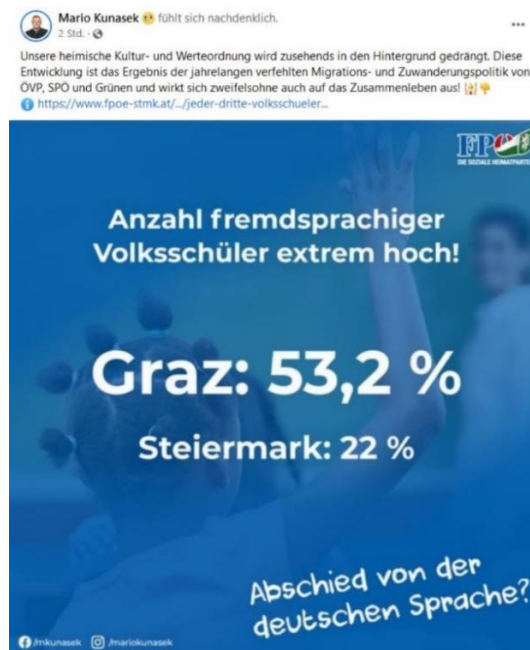
¹²⁸ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5094154510656241&id=2823810591023989

zwischen den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung und dem Beginn des Ramadans her.



Mitte Februar 2021 kritisierte der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf Facebook die „extrem hohe Anzahl fremdsprachiger Volksschüler“. Er schrieb: „Unsere heimische Kultur- und Werteordnung wird zusehends in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der jahrelangen verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik von ÖVP, SPÖ und Grünen und wirkt sich zweifelsohne auch auf das Zusammenleben aus! 🕌👇“¹²⁹ Dazu postete Kunasek einen Link zu einem Artikel auf der FPÖ Steiermark-Webseite mit dem Titel „Mario Kunasek: Jeder dritte Volksschüler in Graz ist Muslim!“ Kunasek erklärte die Anzahl von Volksschüler*innen, die nicht Deutsch als Erstsprache haben, zur Bedrohung für „unsere heimische Kultur- und Werteordnung“. Kunasek verknüpfte das von ihm gezeichnete Bedrohungsbild direkt mit muslimischen Schüler*innen. Er unterstrich die antimuslimische Ausrichtung seines Kommentars, indem er am Ende seines Postingtextes einen Moschee-Icon eingeflochten hat, mit einem daran anschließenden „Daumen nach unten“-Icon.

¹²⁹ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158110714563282&id=66095458281



Mitte Februar 2021 postete der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf Facebook ein Bild von betenden Muslim*innen. Auf dem Bild stand „Pünktliches Ende des Lockdowns für Moslems dank ÖVP und Grünen? Kurz nach Ostern beginnt der Ramadan...“. Im Bild befand sich ein Zeitungsausschnitt auf dem zu lesen war, dass es „keine Lockerungen vor Ostern“ geben werde. Dazu schrieb Kunasek: „Das zweite Jahr hintereinander wird den Österreichern dank ÖVP und Grünen das gemeinsame Osterfest verboten! 🇺🇦🇺🇸🇵🇸“¹³⁰ Das Bild teilte auch der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann.



¹³⁰ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158111522338282&id=66095458281

Ende Februar 2021 postete der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml ein Bild mit zwei jungen Frauen, die Kopftuch tragen. Auf dem Bild stand: „Tag der Muttersprache‘: Deutsch sprechen am Pausenhof!“ Das gleiche Foto einer Fotoagentur war von Raml bereits 2019 verwendet worden, als er skandalisierte, dass muslimische Schüler*innen Anspruch auf bis zu vier zusätzliche Feiertage hätten.¹³¹ Auf der Seite der Fotoagentur steht als Begleittext zum Foto: „Group of muslim women having a great time“.¹³² Raml verknüpfte durch die Auswahl eines Agenturfotos, das Musliminnen mit Kopftuch zeigt, das Tragen von Kopftüchern mit „anderen Umgangssprachen als Deutsch“ und dem „Nichterreichen von Bildungsstandards“.



Ende März 2021 postete die niederösterreichische FPÖ-Landtagsabgeordnete Vesna Schuster auf Facebook folgenden Text: „Zutrittstests für den Handel bis 11. April. So ein Zufall aber auch! Was beginnt denn am 12. April??? Ich frage nur!“. In einem Kommentar unter ihrem Posting bestätigte Schuster dass sie mit ihrem Text darauf anspielen wollte, dass am 13. April der Ramadan anfangen würde. Schuster bediente damit die von der FPÖ immer wieder ins Spiel gebrachte Ramadan-Verschwörungsgeschichte, wonach sich die österreichische Politik bei ihren Anti-Corona-Maßnahmen an muslimischen Feiertagen orientieren und Muslim*innen bevorzugt behandeln würde.

¹³¹ <https://www.facebook.com/1499759610320321/photos/pb.100044535815181.-2207520000../2051554808474129/?type=3>

¹³² <https://www.istockphoto.com/de/foto/gruppe-von-muslimischen-frauen-die-eine-gro%C3%9Fartige-zeit-gm868871702-144952229>



Ende März 2021 postete der steirische Vizklubobmann Stefan Hermann einen Artikel über einen Polizeieinsatz bei einer Moschee, bei dem es um die Nichteinhaltung der Corona-Regeln gegangen sein soll. Dazu schrieb Hermann: „Den Österreichern wird zum zweiten Mal hintereinander das [#Osterfest](#) verboten, während andere es scheinbar nicht so genau nehmen mit den Regeln... 🤔“¹³³ Mit seinem Posting markierte Hermann Muslim*innen kollektiv als „andere“ bzw. Nichtösterreicher*innen. Er unterstellte Muslim*innen, dass sie es „nicht so genau nehmen mit den Regeln“. Hermann thematisiert in seinen Postings mutmaßliche Regelverstöße in Zusammenhang mit Corona und Religion ausschließlich dann, wenn es sich um Muslim*innen handelt.



Mitte April 2021 postete Hermann auf Facebook ein Bild von betenden Muslim*innen sowie die auf Twitter veröffentlichten Ramadan-Feiertagsgrüße des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers und der Obfrau der größten Oppositionspartei. Im Bild stand der Text: „ÖVP, SPÖ und Grüne zeigen, was ihnen wirklich wichtig ist...“.¹³⁴ Hermann zeigte sich „verwundert“ darüber, dass die Spitzen der Republik und der Opposition Muslim*innen auf Twitter Feiertagsgrüße ausrichten.

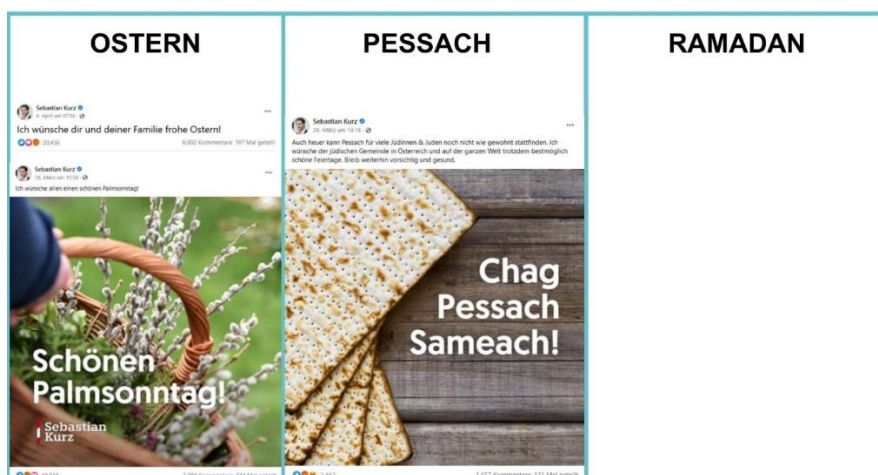
¹³³ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=799189357376968&id=153398965289347

¹³⁴ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=808433169785920&id=153398965289347



Während die Spitzen der Republik von FPÖ-Politiker*innen immer wieder dafür kritisiert werden, dass sie Muslim*innen Feiertagsgrüße zukommen lassen, sind ebendiese politischen Spitzen teilweise sehr selektiv, was Feiertagsgrüße betrifft. Der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz veröffentlichte Feiertagsgrüße an Muslim*innen ausschließlich auf Twitter, nicht aber auf Facebook. Das ist insofern bemerkenswert als Facebook zu diesem Zeitpunkt der zentrale Social Media Kanal für die Kommunikation mit seiner Anhängerschaft war, während Kurz auf Twitter eine deutlich geringere Zahl an Follower*innen hatte. Was Feiertagsgrüße an andere Religionsgemeinschaften betrifft, so machte Kurz sonst keine signifikante Unterscheidung zwischen Twitter und Facebook. Lediglich bei Muslim*innen wurde auf dem Haupt-Social-Media-Kommunikationskanal auf Feiertagsgrüße verzichtet. So auch im April 2021 als es keine Feiertagsgrüße auf Facebook aus Anlass des Ramadans gab.

Feiertagsgrüße des Bundeskanzlers auf Facebook



Mitte April 2021 forderte die Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete und Integrationssprecherin der ÖVP Wien, Caroline Hungerländer, in einer Presseaussendung: „Der Integrationsstadtrat sollte aus seiner Agonie erwachen und Maßnahmen gegen die Ausbreitung islamischer Infrastrukturen und des politischen Islam entwickeln.“¹³⁵ Mit ihrer pauschalen Forderung, „Maßnahmen gegen die Ausbreitung islamischer Infrastrukturen“ zu entwickeln, stellte Hungerländer sämtliche „islamischen Infrastrukturen“ pauschal unter Bedrohungsverdacht und deutete darüber hinaus an, die Einschränkung der Religionsfreiheit für Muslim*innen durch Verhinderung islamisch-religiöser Infrastrukturen zu befürworten.

Ende April 2021 teilte der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger auf Facebook einen Medienartikel, in dem es um einen möglichen Zusammenhang zwischen Corona-Fällen und religiösen Festen ging, konkret den aktuellen Ramadan-Feierlichkeiten. Im Artikel war davon die Rede, dass „viel spekuliert werde“, warum die Corona-Fälle jetzt ansteigen würden, und dass es „so gut wie keine handfesten Beweise gibt“. Aber einige Ärzt*innen würden „hinter vorgehaltener Hand“ „den Ramadan“ als „einen der Hauptgründe für die steigenden Zahlen“ nennen.¹³⁶ Abwerzger schrieb als Begleittext zum Posting: „Im jetzigen Ramadan Monat der Muslime, haben die Tiroler Kliniken mit einem neuen Problem zu kämpfen.“¹³⁷ Er bezeichnete Corona-Infektionen, die möglicherweise in Zusammenhang mit religiösen Festen stehen, als „neues Problem“. Den Ausgangspunkt dieses „neuen Problems“ ortete Abwerzger „im jetzigen Ramadan Monat der Muslime“. Doch Fakt war: Corona-Infektionen in Zusammenhang mit religiösen Festen und Veranstaltungen hatte es zuvor vielfach in Österreich gegeben, bei unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten.



¹³⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210418_OTS0032/schwarz hungerlaender-interview-von-frauenrechtlerin-ayaan-hirsi-ali-weckruf-fuer-stadtpolitik

¹³⁶ <https://www.krone.at/2398252>

¹³⁷ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1923958771090951&id=190177211135791

Ende April 2021 forderte Abwerzger in einer Presseaussendung die „rigorose Überwachung“ ausschließlich „islamischer Gebetsstätten und Vereinslokale“ betreffend die Einhaltung von Pandemieregeln. Er forderte darüber hinaus, „immer das Religionsbekenntnis des Patienten in den Akt aufnehmen“. Weiters ortete Abwerzger eine „politische Ungleichbehandlung“ in dem Sinn, dass „diese [muslimischen, Anm.] Kreise immer mit Samthandschuhen angefasst“ würden, während vor katholischen Feiertagen „die Wichtigkeit der Einhaltung der Pandemiemaßnahmen betont“ würde. Weder davor noch danach hat Abwerzger Corona-Infektionen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der muslimischen verknüpft, obwohl jegliche religiösen Feste, bei denen Menschen zusammenkommen, eine potenzielle Risikoquelle darstellten und obwohl es Infektions-Cluster unterschiedlicher Religionszugehörigkeit gegeben hat.¹³⁸

Darüber hinaus postete Abwerzger einen Ausschnitt aus einer Zeitung mit einem Zitat von ihm. Das Zitat lautete: „Vor katholischen Feiertagen wird stets die Wichtigkeit der Einhaltung der Maßnahmen betont. Doch in der Zeit des Ramadans hört man kein einziges Wort der Vorsicht.“ Dazu schrieb Abwerzger in seinem Posting: „Das Messen mit zweierlei Maß ist unerträglich!“¹³⁹ Abwerzger versuchte Christ*innen und Muslim*innen gegeneinander auszuspielen und erstere als benachteiligt darzustellen und sie damit gegen letztere aufzubringen. Abwerzger erwähnte nicht, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) ihre Mitglieder im Rahmen der Pandemie mehrfach auf die Maßnahmen der Bundesregierung hingewiesen und Sicherheitskonzepte ausgearbeitet hat, so auch vor dem Beginn des Ramadan.¹⁴⁰ Abwerzger verschwieg darüber hinaus, dass Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Ramadan-Grußbotschaft auf Facebook die Muslim*innen in Österreich ausdrücklich darauf angesprochen hatte, dass das Begehen der Feiertage „nur in sehr kleinem Rahmen“ möglich sei und es wichtig sei „physischen Abstand zu halten“.¹⁴¹



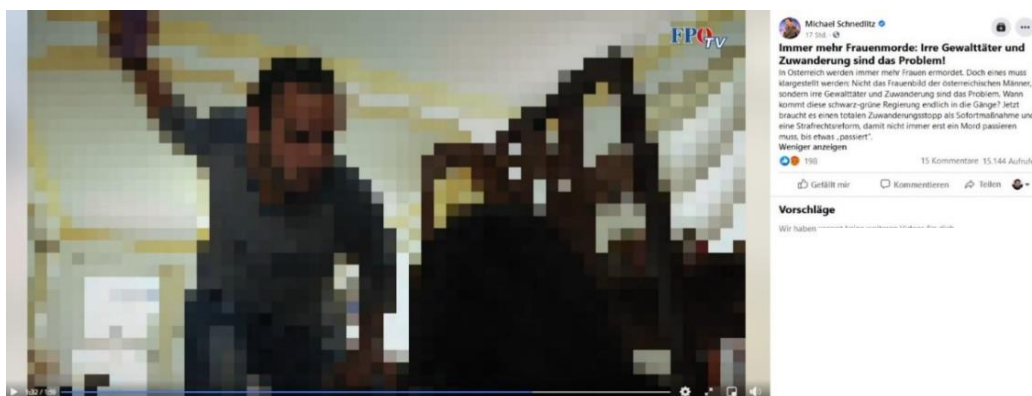
¹³⁸ <https://www.markus-abwerzger.at/2021/04/25/abwerzger-die-polizei-muss-islamische-gebetstaetten-und-vereinslokale-in-tirol-rigoros-ueberwachen-damit-die-einhaltung-der-pandemieregulungen-garantiert-werden-kann/>

¹³⁹ <https://www.facebook.com/190177211135791/photos/pb.100044271377727.-2207520000..1924509037702591/?type=3>

¹⁴⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210409_OTS0013/iggoe-ad-ramadan-neue-kraft-fuer-die-letzte-phase-der-coronapandemie-schoepfen

¹⁴¹ <https://www.facebook.com/profile/100044378531307/search/?q=ramadan>

Anfang Mai 2021 verbreiteten FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz und FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl ein Video und Aussagen, die das Thema Gewalt gegen Frauen bzw. Morde an Frauen nahezu ausschließlich mit dem „Frauenbild von Zuwanderern“ und der Sozialisation in „uns fremden, vielleicht patriarchalischen Kulturen“ in Verbindung brachten. Kickl schrieb: „In Österreich werden immer mehr Frauen ermordet. Doch eines muss klargestellt werden: Nicht das Frauenbild der österreichischen Männer, sondern irre Gewalttäter und Zuwanderung sind das Problem. Wann kommt diese schwarz-grüne Regierung endlich in die Gänge? Jetzt braucht es einen totalen Zuwanderungsstopp als Sofortmaßnahme und eine Strafrechtsreform, damit nicht immer erst ein Mord passieren muss, bis etwas „passiert“.“¹⁴² Als Täter genannt wurden im Video „Zuwanderer aus dem islamischen Bereich“. Schnedlitz und Kickl verneinten ausdrücklich, dass Gewalt gegen Frauen (auch) etwas mit „dem Frauenbild österreichischer Männer“ zu tun haben könnte. Sie sprachen sich für „einen totalen Zuwanderungsstopp“ aus. Schnedlitz und Kickl versuchen, das Thema Gewalt gegen Frauen auf „irre Gewalttäter“ und (nichtirre) „Zuwanderer, vor allem aus dem islamischen Bereich“ zu reduzieren – und sie fokussieren ihre Maßnahmenvorschläge auf die Verhinderung von Einwanderung.



Anfang Mai 2021 postete der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss auf Facebook ein Bild auf dem Menschen in Grünanlagen zu sehen waren, die teilweise Schutzmasken tragen. Auf dem Bild stand: „Österreicher werden eingesperrt – Doch islamische Zuwanderer feiern zu Ramadan ungestört Mega-Events“.¹⁴³ Krauss stellte mutmaßliche Muslim*innen an den Pranger und deutet an, dass die Corona-Maßnahmen nur für „Österreicher“, nicht jedoch für „islamische Zuwanderer“ gelten würden. Er markierte Muslim*innen damit kollektiv als „Fremde“ und unterstellte darüber hinaus, dass diese „Fremden“ besondere Privilegien genießen würden. Postings, in denen Krauss Zusammenkünfte von Nichtmuslim*innen im öffentlichen Raum kritisiert, existieren nicht.

¹⁴² <https://www.facebook.com/watch/?v=807168006622828>

¹⁴³ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3691134664332054&id=590930261019192



Mitte Mai 2021 teilten FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz auf Facebook ein FPÖ-Video mit dem Titel „Von Corona-Krise überschattet: Überfremdung Europas schreitet weiter voran“.¹⁴⁴ Im Video sagt Schnedlitz: „Zuwanderung tötet. Nachsatz: vor allem aus islamischen Ländern“. Schnedlitz brachte damit Migration und Migrant*innen pauschal mit „töten“ in Verbindung. Er stempelte Migrant*innen als kollektive „tötende“ (mörderische) Bedrohung ab. Und er fokussierte dieses kollektive Bedrohungsbild auf Muslim*innen, indem er „vor allem aus islamischen Ländern“ hinzufügt.



¹⁴⁴ <https://www.facebook.com/profile/100044484187467/search/?q=%C3%9Cberfremdung>

Mitte Mai 2021 postete der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann auf Facebook „zornig“ einen Artikel mit dem Titel „Urlaub für Muslim-Soldaten, 30km-Marsch für andere?“. In dem Artikel ging es um Soldaten in der Schweiz und die Frage, wer zu welchen religiösen Feiertagen Urlaub erhält. Hermann schrieb dazu: „Unfassbar, wie ÖVP und Grüne mit unseren Soldaten umgehen und es sich andere offenbar wieder richten können... 😡“¹⁴⁵ Hermann machte (skurrilerweise anhand eines Artikels, in dem es um die Schweiz ging) deutlich, dass er Muslim*innen nicht zu „unseren Soldaten“ zählt, sondern sie „andere“ sind, die es sich „wieder richten können“. Das Wort „wieder“ macht klar, dass Hermann Muslim*innen nicht nur kollektiv als „Andere“ sieht, sondern auch als privilegierte „Andere“, die es sich immer wieder „richten können“. Hermann schürt damit Neid und Missgunst gegen die von ihm kollektiv vom österreichischen „Wir“ ausgegrenzten Muslim*innen.



Mitte Mai 2021 zeigte sich Hermann auf Facebook „stinksauer“, weil der österreichische Bundespräsident zum Ende des Fastenmonats Ramadan „allen Musliminnen und Muslimen ein friedliches Fastenbrechen“ wünschte. Hermann schrieb dazu: „Herr [Alexander Van der Bellen](#) meldet sich nur zu den "wichtigen" Themen, [#Ramadan](#) ist ganz wichtig. 🙄 Zu den ÖVP-[#Skandalen](#) schweigt der [#Grüne](#) eisern! 😡“¹⁴⁶ Hermann hatte davor niemals Feiertagswünsche, die sich an Nichtmuslim*innen gerichtet haben, skandalisiert.

¹⁴⁵ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=825043391458231&id=153398965289347

¹⁴⁶ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=825755451387025&id=153398965289347



Mitte Mai 2021 teilte der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer auf Facebook die Twitter-Ramadan-Feiertagswünsche des österreichischen Bundespräsidenten und des österreichischen Bundeskanzlers. Hofer schrieb dazu: „Heute war übrigens auch Christi Himmelfahrt. Daran möchte ich die beiden Herren erinnern.“¹⁴⁷ Hofer versuchte Muslim*innen gegen Christ*innen auszuspielen und letztere gegen erstere aufzuwiegen, indem er implizierte, der Bundespräsident und der Bundeskanzler würden Muslim*innen mehr Aufmerksamkeit widmen als Christ*innen (bzw. Muslim*innen zu viel Aufmerksamkeit widmen).



¹⁴⁷ <https://www.facebook.com/norberthofer2021/posts/328322301994959>

Mitte Mai 2021 teilte der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky einen von ihm verfassten FPÖ-Artikel mit der Überschrift „Antisemitismus: Durch Migration importiert“. Darin schrieb Vilimsky unter anderem: „Die Integration von Muslimen ist gescheitert; die „Lebenslüge der Gesinnungsrepublik“ ist geplatzt.“¹⁴⁸ Vilimsky erklärte Muslim*innen zu einem einheitlichen Kollektiv und stempelte dieses von ihm konstruierte homogene Kollektiv pauschal als „nicht integrierbare“ ewige Fremde ab.



Ende Mai 2021 veröffentlichte Integrationsministerin Susanne Raab zusammen mit der „Dokumentationsstelle politischer Islam“ eine „Islam-Landkarte“, die islamische Einrichtungen in ganz Österreich geografisch verortete und kommentierte.¹⁴⁹ Von einigen Vertretern der ÖVP wurde die „Islam-Landkarte“ in Presseaussendungen unmittelbar mit dem „politischen Islam“ in Verbindung gebracht.¹⁵⁰ Ernst Gödl, Integrationssprecher des ÖVP-Parlamentsklubs, bezeichnete die Karte etwa als „wirksamen Warnmechanismus im Kampf gegen Extremismus“. „Die Erstellung der Überblickskarte ist ein wirksamer Warnmechanismus, um Österreich besser vor dem politischen Islam zu schützen, und ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Extremismus“, so Gödl.¹⁵¹ Zahlreiche Vertreter*innen von muslimischen Organisationen übten scharfe Kritik an der „Islam-Landkarte“.¹⁵² Auch von Menschenrechtsorganisationen wurden die Karte und deren Präsentation im Kontext von „Extremismus“ kritisiert.¹⁵³ Die Universität

¹⁴⁸ <https://www.fpoe.eu/antisemitismus-durch-migration-importiert/>

¹⁴⁹ <https://www.derstandard.at/story/2000126965156/dokustelle-graebt-alte-islamlandkarte-aus-und-widmet-sich-dachverbaenden>

¹⁵⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0186/hungerlaender-ad-politischer-islam-zeit-der-voegel-strauss-politik-muss-ein-ende-haben

¹⁵¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0185/goedl-begruesst-islam-landkarte-ueber-islamische-vereine-und-deren-geografische-lage

¹⁵² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0218/iggoe-ad-dokumentationsstelle-politischer-islam-verkneuepfung-mit-islamlandkarte-bedenklich und https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0180/islam-landkarte-gefaehrliches-beispiel-fuer-den-generalverdacht-gegen-musliminnen

¹⁵³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210528_OTS0069/sos-mitmensch-islamlandkarten-praesentation-naehrt-antimuslimischen-generalverdacht

Wien distanzierte sich nach wenigen Tagen von der „Islam-Landkarte“ und untersagt die Verwendung des Uni-Logos.¹⁵⁴ Kritik an der „Islam-Landkarte“ übte auch der „Sonderbeauftragte des Europarats gegen Hass und Hassverbrechen aus antisemitischen und antimuslimischen Motiven“ Daniel Höltgen: „Die Veröffentlichung ist muslimfeindlich und potenziell kontraproduktiv. Viele Muslime fühlten sich stigmatisiert und durch die Veröffentlichung von Adressen und anderer Details in der Sicherheit bedroht. Die Islamlandkarte sollte daher in ihrer gegenwärtigen Form zurückgezogen werden.“¹⁵⁵ Kritik an der „Islam-Landkarte“ kam auch vom Wiener Bürgermeister Michael Ludwig. „Diese Landkarte trägt absolut nichts zur Integration bei, sondern befördert eine gesellschaftliche Spaltung“, so Ludwig.¹⁵⁶ Nach einer Aktion von Rechtsextremen, bei der unter Hinweis auf die „Islam-Landkarte“ Warnschilder vor einigen Moscheen aufgestellt wurden,¹⁵⁷ wurde die Karte für einige Tage vom Netz genommen.¹⁵⁸ Die „Dokumentationsstelle politischer Islam“ distanzierte sich in einer Presseaussendung vom „Versuch der rechtsradikalen Vereinnahmung der Islam-Landkarte“.¹⁵⁹ Nach einigen Tagen wurde die „Islam-Landkarte“ wieder im Internet online gestellt.¹⁶⁰

Auch aus der FPÖ meldeten sich einige Politiker zur „Islam-Landkarte“ zu Wort. Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann forderte in einer Aussendung „einen völligen Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern.“¹⁶¹ Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hannes Amesbauer veröffentlichte eine Presseaussendung mit dem Titel „Deutlich über 600 islamische Einrichtungen in Österreich!“. Er benutzte die Veröffentlichung der „Islam-Landkarte“ um islamische Einrichtungen kollektiv in einen Topf mit „islamistischen Strömungen“ zu werfen und sämtliche islamischen Einrichtungen kollektiv als Bedrohung zu markieren. Er erklärte die schiere Anzahl islamischer Einrichtungen zum Problem, unabhängig von der jeweiligen Ausrichtung der Einrichtung.¹⁶²

Ende Mai 2021 postete der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner ein Bild von Menschen auf der Straße, wobei gut sichtbar zwei Frauen, die Kopftuch tragen, im Zentrum des Bildes waren. Im Bild stand: „Fremd im

¹⁵⁴ <https://www.derstandard.at/story/2000126984340/uni-wien-distanziert-sich-von-islamlandkarteund-untersagt-logoverwendung> Siehe auch: <https://orf.at/stories/3215074/>

¹⁵⁵ <https://religion.orf.at/stories/3206848/>

¹⁵⁶ <https://www.derstandard.at/story/2000127027529/heftige-kritik-von-buergermeister-michael-ludwig-an-der-islam-landkarte>

¹⁵⁷ <https://www.derstandard.at/story/2000127112769/warnschilder-mit-bezug-auf-islamlandkarte-vor-moscheen-angebracht>

¹⁵⁸ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/islam-landkarte-oesterreich-kritik-rechtsextremismus-identitaere-integrationsministerin>

¹⁵⁹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210602_OTS0153/stellungnahme-der-dokumentationsstelle-politischer-islam-zum-versuch-der-rechtsradikalen-vereinnahmung-der-islam-landkarte

¹⁶⁰ <https://www.islam-landkarte.at/>

¹⁶¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0149/fpoe-hermann-informationen-des-integrationsministeriums-bestaetigen-islamismus-problem

¹⁶² https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0171/fpoe-amesbauer-deutlich-ueber-600-islamische-einrichtungen-in-oesterreich

eigenen Land: Ausländeranteil steigt weiter – auf 17,1 Prozent!“¹⁶³ Durch das Bild, das er postete, erweckte Haimbuchner den Eindruck, Österreich wachse vorwiegend durch Muslim*innen. Darüber hinaus suggerierte die Kombination aus Text und Bild, dass Muslim*innen für „Fremdheit im eigenen Land“ stehen. Auch in seinem Begleittext erweckte Haimbuchner den Eindruck „Internationale Zuwanderung“ würde hauptsächlich aus muslimischen bzw. teilweise muslimischen Ländern „vom Balkan und aus der Türkei“ stattfinden. Fakt ist jedoch, dass laut Statistik Austria im Jahr 2020 Einwanderer überwiegend aus EU-Ländern nach Österreich kamen. Die größten Wanderungsüberschüsse nach Österreich gab es 2020 bei Deutschen, Rumänen sowie bei kroatischen Staatsangehörigen.



Anfang Juni 2021 postete der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp auf Facebook ein Bild von einer Frau, die Kopftuch trägt und auf eine Stadt herabblickt. Auf dem Bild war zu lesen: „Integrationsbericht belegt: Wiener werden in ihrer eigenen Stadt zur Minderheit!“.¹⁶⁴ Nepp brachte durch das Zusammenspiel aus seinem Kommentartext und dem Bild eine Muslimin, die Kopftuch trägt, mit „nichtdeutscher Umgangssprache“, „Fremdheit“ und „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung. Er spaltete darüber hinaus die Wiener Bevölkerung in „Wiener“ und „Nichtwiener“. Durch das Bild wurden in Wien lebende Muslim*innen den „Nichtwiener*innen“ zugeordnet.

¹⁶³ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=413188533687211&id=655193467874666

¹⁶⁴ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5642006412508625&id=135953609780627



Der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss postete das gleiche Bild mit folgender Beschriftung: „Bevölkerungsaustausch: 60 Prozent der Kinder in Wien haben Migrationshintergrund!“ Krauss befeuerte die rechtsextreme Verschwörungstheorie vom „Bevölkerungsaustausch“ und brachte durch das Zusammenspiel aus Text und Bild eine Muslimin, die Kopftuch trägt, mit „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung. Auf dem Bild ist auch eine Balkengrafik, die für „Migrationshintergrund“ den Wert „60%“ ausweist und für „Österreicher“ den Wert „40%“.¹⁶⁵ Menschen mit Migrationshintergrund werden damit kollektiv vom Österreicher*innen-Sein ausgeschlossen. Durch das Bild werden insbesondere Muslim*innen vom Österreicher*innen-Sein ausgeschlossen.



¹⁶⁵ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3794774797301373&id=590930261019192

Ende Juni 2021 warnte FPÖ-Obmann Herbert Kickl auf einer Pressekonferenz pauschal vor einem „Zuwachs der islamischen Community“. Er konstruierte Muslim*innen als homogene „Community“ und nannte diese von ihm als homogen konstruierte „islamische Community“ pauschal eine „Gruppe, die ich als besonders schlecht integriert bezeichnen möchte“. Kickl warnte davor, dass (muslimische) Asylberechtigte „die neuen österreichischen Staatsbürger in ein paar Jahren sein werden“. Er bezeichnete sie pauschal abwertend als „Passösterreicher ohne jede Bindung und jeden Bezug zu unserer Heimat“.¹⁶⁶

Anfang Juli postete der damalige Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein ein Bild von einer Frau, die ein Kopftuch trägt. Im Bild stand: „FPÖ-Antrag abgelehnt: SPÖ, ÖVP und Grüne fördern Überfremdung!“¹⁶⁷ Durch die Kombination aus Bild und Text präsentierte Hein Frauen, die Kopftuch tragen, als stellvertretend für „Ausländer“ und für „Überfremdung“ und brachte sie auch mit „Kriminalität“ in Verbindung.



Mitte Juli 2021 postete der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp auf Facebook einen Medienartikel über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Kopftuchverbot in Kindergärten und Drogerien. Nepp schrieb dazu: „Das Kopftuch hat in Europa nichts verloren!“¹⁶⁸ Das Posting beinhaltete keine Argumente für oder gegen das Tragen von Kopftüchern, sondern es grenzt mit der pauschalen Aussage, wonach „das Kopftuch in Europa nichts verloren hat“, sämtliche Personen, die ein Kopftuch tragen kollektiv aus „Europa“ aus.¹⁶⁹

¹⁶⁶ <https://www.facebook.com/herbertkickl/videos/822347525085298>

¹⁶⁷ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2186607188148401&id=624525897689879

¹⁶⁸ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5802619286447336&id=135953609780627

¹⁶⁹ Der österreichische Verfassungsgerichtshof hält in seinem Erkenntnis vom 11. Dezember 2020 zur Aufhebung des Verhüllungsverbots an Schulen fest: „Zunächst ist von Bedeutung, dass das Tragen des islamischen Kopftuches eine Praxis ist, die aus verschiedenen Gründen ausgeübt wird. Die Deutungsmöglichkeiten, die die Trägerinnen eines Kopftuches vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Religion oder Weltanschauung dieser Bekleidung und damit dem Tragen des Kopftuches geben, sind vielfältig. Mit dem Tragen eines Kopftuches kann schlicht die Zugehörigkeit zum



Ende Juli 2021 postete der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf Facebook ein Bild, auf dem geschlachtete Schafe, ein weinendes Gesichts-Icon sowie Twitter-Feiertagsgrüße des Bundespräsidenten und der Grünen zum islamischen Opferfest zu sehen waren. Auf dem Bild stand: „Opferfest und grausames Schächten: Für Grüne kein Problem...“ Kunasek schrieb dazu: „[Die Grünen](#) haben den Tierschutz längst aufgegeben... 🙄“¹⁷⁰ Es sind keine Aussagen von Kunasek bekannt, in denen er nichtmuslimische Feiertagsgrüße oder nichtmuslimische Feste, bei denen traditionell Fleisch verzehrt wird und Tiere dafür geschlachtet werden, kritisiert.



Islam oder die Ausrichtung des eigenen Lebens an den religiösen Werten des Islam ausgedrückt werden. Ferner kann das Tragen des Kopftuches etwa auch als Zeichen für die Zugehörigkeit zur islamischen Kultur bzw. für ein Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. Dem islamischen Kopftuch kommt daher keine eindeutige und unmissverständliche Bedeutung zu.“ https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_G_4_2020_vom_11.12.2020.pdf
¹⁷⁰ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158443572883282&id=66095458281

Ende September 2021 postete der damalige Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein ein Bild, auf dem mehrere Menschen zu sehen waren, besonders prominent zwei Frauen, die Kopftuch tragen. Auf dem Bild stand: „Holen wir uns unsere Stadt zurück! [...] Ausländische Kriminelle und illegale Migranten abschieben. Wildwuchs von Moscheen und Imam-Schulen verhindern. Deutschpflicht einführen - Keine Sozialleistungen für Ausländer ab dem ersten Tag. Damit Linz Heimat bleibt!“¹⁷¹ Durch die Kombination aus Bild und Text suggerierte Hein, dass Muslim*innen bedrohliche „Ausländer“ seien, die den Linzer*innen „ihre Stadt“ entrissen hätten, und es daher jetzt notwendig sei „unsere Stadt zurückzuholen“.



Mitte Oktober 2021 postete der FPÖ-Nationalratspräsident Norbert Hofer einen Medienartikel mit dem Titel „Welle der Empörung: Köln erlaubt den Muezzin-Ruf“. Hofer schrieb dazu: „Europa schafft sich ab. Künftig ertönt mehrmals täglich der Ruf des Muezzin in Köln: „Allah ist der Allergrößte. Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt““¹⁷² Der deutsche Islamwissenschaftler und Jurist Mathias Rohe schrieb zur Frage des Inhalts des Muezzinrufs: „[...] Zudem wird der Ruf "Allahu akbar" häufig grob falsch übersetzt. Korrekt heißt er "Gott ist (schlechthin) groß.““¹⁷³

¹⁷¹ <https://www.facebook.com/624525897689879/photos/pb.100044424279812.-2207520000../2249383378537448/?type=3>

¹⁷² <https://www.facebook.com/norberthofer2021/posts/447090676784787>

¹⁷³ <https://de.qantara.de/inhalt/islamwissenschaftler-mathias-rohe-zum-muezzinruf-traditionelle-religionsausuebung-ist-kein>



Ende Oktober 2021 postete der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek einen Medienartikel mit dem Titel „Moschee-Bau in Graz sorgt für Aufregung“. Kunasek schrieb dazu: „Moscheen sind ein Symbol des politischen Islams - wir brauchen keine weiteren Anreize für einen Zuzug von Moslems aus aller Herren Länder! 🤬 Es braucht rasch eine Gesetzesänderung, um den Bau solcher kultureller Kampfansagen an unsere Gesellschaft zu unterbinden! 🕌🚫“¹⁷⁴ Ein identisches Posting gab es auch vom steirischen FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann.¹⁷⁵ Beide setzten sämtliche Moscheen pauschal mit „politischem Islam“ gleich und sie sprachen sich (mit einem wütenden Gesichts-Icon) gegen „Anreize für einen Zuzug von Moslems aus aller Herren Länder“ aus und bezeichneten Moscheen pauschal als „kulturelle Kampfansagen“, die sie „unterbinden“ wollen.

Anfang November 2021 postete die ÖVP-Integrationsministerin Susanne Raab auf Facebook einen Medienartikel mit dem Titel „Protest gegen Kopftuch-Kampagne des Europarats“. Hintergrund des Postings war eine Kampagne des Europarats zu Vielfalt,¹⁷⁶ die umstrittene Sujets enthielt, in denen Freiheit mit dem Tragen eines Hijabs verbunden wurde.¹⁷⁷ Der Europarat zog nach Kritik einige der Kampagnensujets zurück.¹⁷⁸ Raab schrieb dazu: „Ich bin zutiefst besorgt und schockiert über den Inhalt der Kampagne des Europarats. Im jungen Alter ein Kopftuch zu tragen führt zu Sexualisierung und Stigmatisierung, reduziert Mädchen auf ihr Geschlecht und schadet ihrer Integration in die europäischen Gastgebergesellschaften.“¹⁷⁹ ÖVP-Integrationsministerin Ministerin Raab sprach über Mädchen, die ein Kopftuch tragen, nicht als Teil der österreichischen Bevölkerung, sondern als Personen, die sich in „europäischen Gastgebergesellschaften“ aufhalten. Die Ministerin machte diese Mädchen damit kollektiv zu (fremden) „Gästen“.

¹⁷⁴ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158597538653282&id=66095458281

¹⁷⁵ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=927097707919465&id=153398965289347

¹⁷⁶ <https://www.coe.int/en/web/inclusion-and-antidiscrimination/wecan4hrs>

¹⁷⁷ <https://www.euronews.com/my-europe/2021/11/03/council-of-europe-removes-hijab-diversity-campaign-tweets-amid-backlash>

¹⁷⁸ <https://orf.at/stories/3235202/>

¹⁷⁹ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=426856952185633&id=100958814775450



Anfang November 2021 schrieb der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete und Bezirksparteiobmann in Wien Favoriten Stefan Berger in einer Presseaussendung zur Pandemie-bedingten Absage eines Weihnachtsmarktes: „Das rote Wien raubt den Favoritnern ein zweites Mal in Folge die Adventzeit im Bezirk [...] Der Bezirksvorsteher, der offenbar lieber den Fokus auf den Besuch fragwürdiger Favoritner Moscheen legt, hat - wenig verwunderlich - vergessen, dass es im Bezirk Bürger gibt, denen unsere christlichen Traditionen am Herzen liegen und die sich demnach in diesem Jahr auf einen ordentlichen Weihnachts- bzw. Christkindlmarkt gefreut hätten.“¹⁸⁰ Damit spielte Berger den Weihnachtsmarkt, der aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt wurde, gegen Moscheebesuche aus, und er versuchte Christ*innen gegen Muslim*innen bzw. gegen die angedeutete Nähe des Bezirksvorstehers zu Muslim*innen aufzuwiegeln.

Weitere Fälle und Kampagnen, die im Jahr 2021 stattgefunden haben, finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2021.¹⁸¹

Das Folgekapitel beinhaltet eine Chronologie antimuslimisch-rassistischer Vorfälle und Kampagnen in der österreichischen Politik im Jahr 2022. In dieser Chronologie erfasst sind ausschließlich Fälle, die Vertreter*innen und Organisationen der Spitzenpolitik betreffen und bei denen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar ist.

¹⁸⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211108_OTS0081/fp-bergerschuch-zur-streichung-des-favoritner-weihnachtsmarkts-spoee-soll-absage-orgie-christlicher-traditionen-beenden

¹⁸¹ Siehe:

https://www.sosmitmensch.at/dl/qnuLJKkLnKJqx4KJK/SOS_Mitmensch_Bericht2021_AntimuslimischerRassismus_Maerz2022_pdf

Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2022

4. April 2022

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet auf Facebook ein Bild mit Twitter-Ramadan-Grüßen des Bundeskanzlers, des Bundespräsidenten und der SPÖ-Vorsitzenden. Auf dem Bild steht: „Peinliche Suche nach neuen Wählern? ÖVP, SPÖ und Grüne überschlagen sich mit Ramadan-Botschaften!“ Dazu schreibt Kunasek: „Wo bleiben bei ÖVP, SPÖ und Grünen eigentlich die Botschaften, wenn es um christliche Feiertage oder Feste geht?“¹⁸²



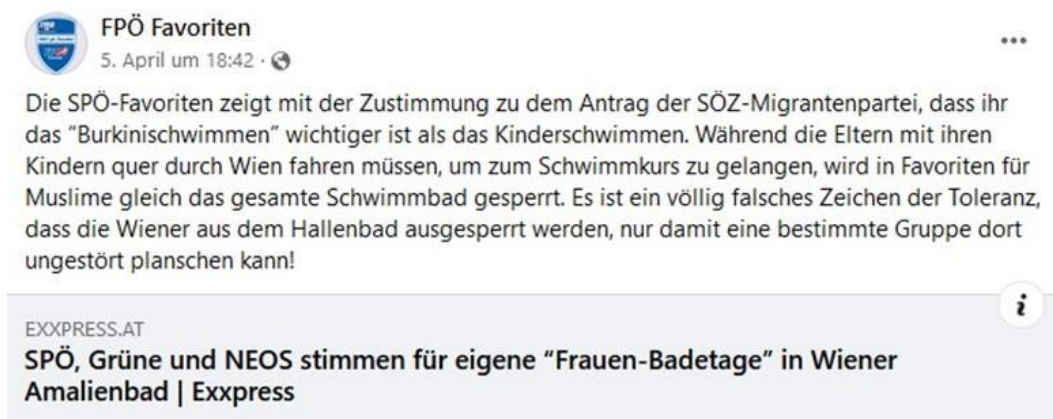
Klassifizierung: Kunasek kritisiert Feiertagsgrüße an Muslim*innen. Er bezeichnet Feiertagsgrüße an Muslim*innen als „peinlich“. Damit wertet Kunasek nicht nur Feiertagsgrüße an Muslim*inne, sondern auch Muslim*innen selbst kollektiv ab. Er versucht darüber hinaus Christ*innen und Muslim*innen gegeneinander auszuspielen und erstere gegen letztere bzw. gegen politische Repräsentant*innen aufzuwiegeln,

¹⁸² <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/545864673574064>

indem er suggeriert politische Repräsentant*innen würden ausschließlich Grußbotschaften aus Anlass islamischer Feiertage verfassen, aber nicht aus Anlass christlicher Feiertage. In der Realität ist immer wieder das Gegenteil der Fall. Die Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Neid rhetorik von Kunasek ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

5. April 2022

Die FPÖ-Favoriten postet einen Artikel über „Frauen-Badetage“ in einem Wiener Schwimmbad. Sie schreibt dazu: „Die SPÖ-Favoriten zeigt mit der Zustimmung zu dem Antrag der SÖZ-Migrantenpartei, dass ihr das „Burkinischwimmen“ wichtiger ist als das Kinderschwimmen. Während die Eltern mit ihren Kindern quer durch Wien fahren müssen, um zum Schwimmkurs zu gelangen, wird in Favoriten für Muslime gleich das gesamte Schwimmbad gesperrt. Es ist ein völlig falsches Zeichen der Toleranz, dass die Wiener aus dem Hallenbad ausgesperrt werden, nur damit eine bestimmte Gruppe dort ungestört planschen kann!“¹⁸³



Klassifizierung: Die FPÖ Favoriten zieht in dem von ihnen geposteten Text eine scharfe Trennlinie zwischen Muslim*innen und Wiener*innen. Muslim*innen werden vom Wiener*in-Sein ausgeschlossen und umgekehrt Wiener*innen vom Muslim*in-Sein. Diese kollektiv ausgrenzende Trennlinie ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

23. April 2022

Der stellvertretende steirische FPÖ-Obmann Stefan Hermann postet auf Facebook einen Artikel eines FPÖ-nahen Mediums über Familienbeihilfe, die an Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft geht. Im Artikel wird zwar geschrieben, dass die größten Anteile der Familienbeihilfe an nichtösterreichische Staatsbürger*innen an Kinder mit rumänischer und deutscher Staatsbürgerschaft geflossen seien, dennoch blendet der Artikel das Bild einer Frau mit Kopftuch ein. Hermann kommentiert den

¹⁸³ <https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/posts/346635874159894>

Artikel mit folgenden Worten: „Unfassbar, mit hart erarbeitetem österreichischen [#Steuergeld](#) finanzieren ÖVP, SPÖ und Grüne [#Fremde](#) aus aller Herren Länder! 🤔“¹⁸⁴



Klassifizierung: Hermann skandalisiert die Vergabe von Familienbeihilfe an Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft und bezeichnet diese als „unfassbar“ und sich selbst deswegen als „stinksauer“. Hermann teilt dabei einen Artikel, der durch die Bildauswahl entgegen der Faktenlage suggeriert, Familienbeihilfe an Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft würde vorwiegend an Kinder von Frauen, die ein muslimisches Kopftuch tragen, gehen. Damit erfährt die Skandalisierung der Vergabe von Familienbeihilfe an Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

3. Mai 2022

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet auf Facebook ein Bild mit Twitter-Ramadan-Grüßen des Bundeskanzlers, des Bundespräsidenten und der Vorsitzenden der SPÖ. Auf dem Bild steht: „Schon wieder peinliche Suche nach neuen Wählern? ÖVP, SPÖ und Grüne überschlagen sich erneut mit Ramadan-Botschaften!“ Dazu schreibt Kunasek: „Während ÖVP, SPÖ und Grüne offenbar keine christlichen Feiertage mehr kennen, überschlägt man sich mit Beginn und Ende des Ramadans mit Grußbotschaften... 🤔“¹⁸⁵

¹⁸⁴ <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/539579550870480>

¹⁸⁵ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/565212924972572>



Klassifizierung: Kunasek kritisiert Feiertagsgrüße an Muslim*innen und bezeichnet diese als „peinlich“. Damit wertet Kunasek Muslim*innen kollektiv ab. Er versucht darüber hinaus Christ*innen und Muslim*innen gegeneinander auszuspielen und erstere gegen letztere bzw. gegen politische Repräsentant*innen aufzuwiegeln, indem er suggeriert politische Repräsentant*innen würden ausschließlich Grußbotschaften aus Anlass islamischer Feiertage verfassen, aber nicht aus Anlass christlicher Feiertage. In der Realität ist immer wieder das Gegenteil der Fall. Die Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Neidrhetorik von Kunasek ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

April/Mai 2022

Während die Spitzen der Republik von FPÖ-Politiker*innen immer wieder dafür kritisiert werden, dass sie Muslim*innen Feiertagsgrüße zukommen lassen, sind ebendiese politischen Spitzen teilweise sehr selektiv was Feiertagsgrüße betrifft. So veröffentlicht Bundeskanzler Karl Nehammer Feiertagsgrüße an Muslim*innen ausschließlich auf Twitter, nicht aber auf Facebook. Das ist insofern bemerkenswert als Facebook ein zentraler Social Media Kanal für die Kommunikation mit seiner Anhängerschaft ist. Was Feiertagsgrüße an andere Religionsgemeinschaften betrifft, so macht Nehammer sonst keine signifikante Unterscheidung zwischen Twitter und Facebook. Lediglich bei Muslim*innen wird auf Facebook auf Feiertagsgrüße verzichtet. So auch im April/Mai 2022 als es keine Feiertagsgrüße auf Facebook aus Anlass des Ramadans gibt.

Feiertagsgrüße des Bundeskanzlers auf Facebook 2022



Klassifizierung: Der komplette Verzicht auf Feiertagsgrüße an Muslim*innen auf dem Social Media Kanal Facebook durch Bundeskanzler Nehammer, während auf dem gleichen Kanal Feiertagsgrüße an Angehörige anderer Religionen gerichtet werden, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

26. Mai 2022

FPÖ-EU-Abgeordneter Harald Vilimsky postet einen Artikel über die gestiegene Anzahl an Muslim*innen in Österreich. Dazu schreibt Vilimsky: „Einwanderung aus islamischen Staaten blockieren, bevor Österreich gänzlich islamisiert wird!“¹⁸⁶



Klassifizierung: Vilimsky setzt Einwanderung aus „islamischen Staaten“ mit „Islamisierung“ gleich und will die Einwanderung aus „islamischen Staaten“ blockieren. Er stempelt durch die Verknüpfung seiner Aussagen mit einem Artikel über die Anzahl der Muslim*innen in Österreich die hier lebenden Muslim*innen kollektiv als Bedrohung für Österreich ab und fordert den kollektiven Ausschluss von Menschen „aus islamischen Staaten“ von der Niederlassung in Österreich. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

¹⁸⁶ <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/posts/552806046212304>

30. Mai 2022

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet ein Bild mit betenden Muslimen. Im Bild steht folgender Text: „Österreich: Zahl der Muslime und Orthodoxen steigt. Traurige Entwicklungen in Österreich dank ÖVP, SPÖ und Grünen: 1971: 87 % Katholiken. 2021: 55 % Katholiken. 1971: 0,3 % Moslems. 2021: 8,3 % Moslems.“ Dazu schreibt Kunasek: „Entwicklungen in Österreich, die sehr nachdenklich machen...“



<https://www.krone.at/2717309>¹⁸⁷



Klassifizierung: Kunasek bezeichnet den gestiegenen Anteil an Muslim*innen an der österreichischen Bevölkerung als eine „traurige Entwicklung“, die „sehr nachdenklich machen“. Er wertet damit Muslim*innen pauschal als etwas „Trauriges“ für Österreich ab. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

1. Juli 2022

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt in einer gemeinsamen Presseaussendung mit dem Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss: „Der von der

¹⁸⁷ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/584194146407783>

Wiener SPÖ betriebene Bevölkerungsaustausch wird immer dramatischer. Wenn es in einer Schule nicht mehr genug römisch-katholische Kinder gibt, um einen Religionsunterricht abzuhalten, dann ist das die Folge der ungezügelter roten Massenzuwanderungspolitik aus islamischen Ländern. Die Wiener werden immer mehr zu Fremden in der eigenen Heimat“, so der Wiener FPÖ-Chef, Stadtrat Dominik Nepp, zu den Zuständen in einer Volksschule in Wien Meidling.“¹⁸⁸



FPÖ–Nepp/Krauss zu Religionsunterricht: SP-Bevölkerungsaustausch muss gestoppt werden

FPÖ fordert Deutsch als verpflichtende Pausensprache

Wien (OTS) - „Der von der Wiener SPÖ betriebene Bevölkerungsaustausch wird immer dramatischer. Wenn es in einer Schule nicht mehr genug römisch-katholische Kinder gibt, um einen Religionsunterricht abzuhalten, dann ist das die Folge der ungezügelter roten Massenzuwanderungspolitik aus islamischen Ländern. Die Wiener werden immer mehr zu Fremden in der eigenen Heimat“, so der Wiener FPÖ-Chef, Stadtrat Dominik Nepp, zu den Zuständen in einer Volksschule in Wien Meidling.

Der Jugendsprecher der Wiener FPÖ, Klubobmann Maximilian Krauss, kritisiert die Berichte, dass die Direktorin den Lehrern untersagt haben soll, von den Schülern Deutsch als Umgangssprache aktiv einzufordern. „Offensichtlich handelt diese Direktorin im Auftrag der SPÖ, die solche Entwicklungen nicht nur toleriert, sondern aktiv antreibt. Verantwortlich für solche Zustände sind der pinke Bildungsstadtrat Wiederkehr und die rote Bildungsdirektion“, so Krauss.

Nepp und Krauss verlangen die sofortige Einführung von Deutsch als verpflichtender Pausensprache. „Es ist den Wiener Kindern nicht zuzumuten, dass sie sich als Fremde in der eigenen Heimat fühlen. Außerdem muss auch den Zugewanderten endlich klargemacht werden, dass sie sich hier zu integrieren und anzupassen haben. Deutsch als Pausensprache muss ab Herbst gelten“, so Nepp und Krauss, die einen entsprechenden FPÖ-Antrag für die Wiener Gemeinderatssitzung im September ankündigen.

Klassifizierung: Der Wiener FPÖ-Obmann Nepp spricht in Zusammenhang mit aus seiner Sicht „nicht mehr genug römisch-katholischen Kindern in einer Schule“ im rhetorischen Gleichklang mit rechtsextremen Gruppierungen von einem „Bevölkerungsaustausch“. Er macht zudem die Einwanderung von Menschen „aus islamischen Ländern“ dafür verantwortlich, dass es weniger römisch-katholische Kinder gibt. Muslim*innen werden damit zu Sündenböcken für die (gesunkene) Anzahl von

¹⁸⁸ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220701_OTS0083/fpoenepkrauss-zu-religionsunterricht-sp-bevoelkerungsaustausch-muss-gestoppt-werden

katholischen Kindern gemacht. Diese rechtsextreme Austausch- und Sündenbockrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

2. Juli 2022

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt in einer Presseaussendung: „Wieder muslimische Zuwanderer unter Verdacht der sexuellen Belästigung. Es gibt keinen Aufenthaltsgrund für Marokkaner im Bundesgebiet. Entsetzt über den neuerlichen Vorfall durch sexuelle Belästigung von jungen Oberösterreicherinnen in Favoriten durch muslimische Männer zeigt sich FPÖ-Wien Obmann, Stadtrat Dominik Nepp und stellt fest, dass es grundsätzlich keinen logischen Aufenthaltsgrund für Marokkaner in Österreich gibt.“¹⁸⁹

Klassifizierung: Der Wiener FPÖ-Obmann Nepp markiert Tatverdächtige als „muslimisch“ und macht damit die mutmaßliche Religionszugehörigkeit von Tatverdächtigen zum Thema, obwohl es im konkreten Fall keine Anhaltspunkte für ein religiöses Motiv des mutmaßlichen Verbrechens gibt. Es gibt keine Beispiele, wo Nepp nichtmuslimische Tatverdächtige religiös markiert. Die von Nepp vorgenommene religiöse Aufladung und Markierung mutmaßlicher Verbrechenshandlungen, für die es keine Hinweise auf eine religiöse Motivation gibt, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

4. Juli 2022

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp postet auf Facebook ein Bild von sich. Auf dem Bild steht: „Der Austausch der Bevölkerung muss gestoppt werden!“. Dazu schreibt Nepp: „Der von der Wiener SPÖ betriebene Bevölkerungsaustausch wird immer dramatischer. Wenn es an den Schulen mittlerweile nicht mehr genug katholische Kinder gibt, um einen Religionsunterricht abzuhalten, dann ist das die Folge der ungezügelten roten Massenzuwanderungspolitik aus islamischen Ländern. Die Wiener Schulkinder fühlen sich immer mehr als Fremde in der eigenen Heimat. Es muss den Zugewanderten endlich klargemacht werden, dass sie sich hier zu integrieren und anzupassen haben. Deutsch als Pausensprache muss daher ab Herbst gelten.“¹⁹⁰

¹⁸⁹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220702_OTSO031/fpoe-nepp-wieder-muslimische-zuwanderer-unter-verdacht-der-sexuellen-belaestigung



¹⁹⁰ <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/580793660081541>

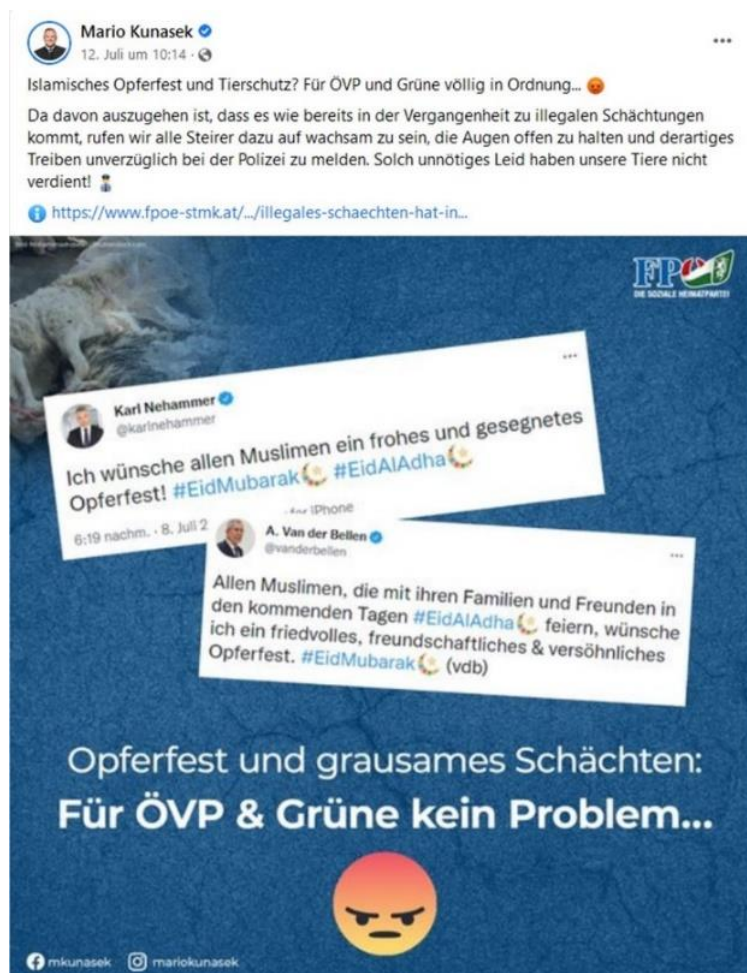


Klassifizierung: Der Wiener FPÖ-Obmann Nepp spricht in Zusammenhang mit aus seiner Sicht „nicht mehr genug römisch-katholischen Kindern in einer Schule“ im rhetorischen Gleichklang mit rechtsextremen Gruppierungen von einem „Bevölkerungsaustausch“. Er macht zudem die Einwanderung von Menschen „aus islamischen Ländern“ dafür verantwortlich, dass es weniger römisch-katholische Kinder gibt. Muslim*innen werden damit zu Sündenböcken für die (gesunkene) Anzahl von katholischen Kindern gemacht. Diese rechtsextreme Austausch- und Sündenbockrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

12. Juli

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek und sein Stellvertreter Stefan Hermann posten auf Facebook ein Bild mit Twitter- Feiertagsgrüßen des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten zum islamischen Opferfest. Auf dem Bild steht: „Opferfest und grausames Schächten: Für ÖVP & Grüne kein Problem...“ Kunasek und Hermann schreiben dazu: „Islamisches Opferfest und Tierschutz? Für ÖVP und Grüne völlig in Ordnung... 🤔 Da davon auszugehen ist, dass es wie bereits in der Vergangenheit zu illegalen Schächтungen kommt, rufen wir alle Steirer dazu auf wachsam zu sein, die Augen offen zu halten und derartiges Treiben unverzüglich bei der

Polizei zu melden. Solch unnötiges Leid haben unsere Tiere nicht verdient!  
<https://www.fpoe-stmk.at/.../illegales-schaechten-hat-in...>¹⁹¹



Klassifizierung: Der steirische FPÖ-Obmann Kunasek und sein Stellvertreter Hermann skandalisieren Feiertagsgrüße an Muslim*innen anlässlich des islamischen Opferfests. Sie bringen das Opferfest zudem mit illegalen Handlungen in Verbindung und rufen dazu auf, wachsam zu sein und gegebenenfalls Meldung bei der Polizei zu erstatten. Das Posting weist durch die Skandalisierung und Abwertung von Feiertagsgrüßen an Muslim*innen und durch die Kriminalisierung des Festes eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

27. Juli 2022

Der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss postet ein Bild von einer Person, die Niqab trägt. Die Person hält zahlreiche 500 Euro Geldscheine aufgefächert in der Hand. Auf dem Bild steht: „Zuwendungen stoppen. Wiener Sozialhilfe geht mehrheitlich an Nichtösterreicher!“ Dazu schreibt Krauss: „Die Willkommenspolitik der Wiener SPÖ hat bewirkt, dass knapp die Hälfte aller hier lebenden Menschen Migrationshintergrund hat.“

¹⁹¹ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/612952280198636>



Ein Gros von ihnen bezieht Mindestsicherung und Sozialhilfe und wird damit von den Wiener Steuerzahlern durchgefüttert, ohne jemals ins System eingezahlt zu haben. Wie lange möchte sich die Stadt diesen Luxus noch leisten und weiter an ihrer undifferenzierten Willkommenspolitik festhalten? Die unnötigen Zuwendungen an illegale Zuwanderer sind zu stoppen!“¹⁹²



Klassifizierung: Die Kombination aus Bild und Text des Postings von FPÖ-Klubobmann Krauss bringt Muslim*innen, noch dazu dargestellt durch den für österreichische Muslim*innen nicht repräsentativen Niqab, in Zusammenhang mit „durchgefüttert werden“, „Luxus“ und „unnötigen Zuwendungen“, die „gestoppt“ werden wollen. Das Posting weist durch die zum Ausdruck kommende Ausgrenzung und Abwertung von Muslim*innen und durch das Schüren von Neid eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Darüber hinaus zieht das Posting eine strikte Trennlinie zwischen „Wiener Steuerzahlern“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“, so als ob Wiener Steuerzahler*innen generell keinen Migrationshintergrund hätten und als ob Menschen ohne Migrationshintergrund keinen legitimen Anspruch auf Sozialleistungen hätten. Ein klarer Fall von rassistischer Spaltungsrhetorik, die durch die Bebilderung antimuslimisch-rassistisch aufgeladen ist.

¹⁹² <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/595452915266102>

3. August 2022

FPÖ-Obmann Herbert Kickl postet auf Facebook ein Bild, auf dem zentral zwei Frauen mit Kopftuch zu sehen sind. Dazu schreibt Kickl: „ Die Zahl der Migranten in Österreich wächst von Jahr zu Jahr. Mittlerweile verfügen über 25 Prozent oder 2,2 Millionen der in Österreich lebenden Menschen über einen Migrationshintergrund. Auch die Bevölkerung würde ohne Zuwanderung schrumpfen.  Angesichts dieser Zahlen sollten in der Politik alle Alarmglocken schrillen. Es braucht dringend eine strikere Einwanderungspolitik, statt dem "ÖVP-PR-Bla Bla"!“¹⁹³



Klassifizierung: FPÖ-Obmann Kickl skandalisiert die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich. Er sagt, es müssten „alle Alarmglocken schrillen“ und er setzt darüber hinaus fälschlicherweise Menschen mit Migrationshintergrund pauschal mit Migrant*innen gleich, obwohl viele Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich geboren und aufgewachsen sind. Kickl zeichnet ein Bild von Menschen mit Migrationshintergrund als kollektive Bedrohung und er verbindet diese Bedrohung durch die Bildwahl mit Frauen, die ein Kopftuch tragen, wodurch das Posting eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz aufweist.

¹⁹³ <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/595411358618332>

7. August 2022

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner schreibt in einer Presseaussendung: „Es ist traurige Realität, dass insbesondere junge Moslems den Begriff Asyl seit 2015 oftmals missbraucht und entwertet haben. Wir müssen damit leben, dass Asyl durch die Trägheit vieler europäischer Staaten, darunter leider auch Österreich, zu einer Form der unkontrollierter „Sozialmigration“ geworden ist“, so Haimbuchner.“¹⁹⁴

Klassifizierung: Der oberösterreichische FPÖ-Obmann Haimbuchner bringt „junge Moslems“ mit der „Entwertung“ und dem „Missbrauch“ des Begriffes Asyl sowie in abwertender Weise mit „Sozialmigration“ in Verbindung. Er macht damit die Religionszugehörigkeit von Asylsuchenden zum Thema und wertet junge Asylsuchende muslimischer Religionszugehörigkeit ab. Die religiös markierenden und abwertenden Aussagen von Haimbuchner weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

16. August 2022

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger wird auf der Webseite der FPÖ Tirol und in Medienartikeln mit folgenden Worten zitiert: „Bevölkerungsaustausch muss gestoppt werden. Tiroler Freiheitliche lassen mit Forderung nach Landesrat für Remigration und Rückführungen aufhorchen. [...] Die FPÖ Tirol hat genug vom Bevölkerungsaustausch, der immer evidenter wird. „Laut Statistik haben 21,3 Prozent der Tiroler Migrationshintergrund, was circa 162.000 Personen entspricht. Dazu muss aber gesagt werden, dass Personen ab der dritten Generation für die Statistik bereits als Autochthone gelten. Die Dunkelziffer ist also noch höher“, so Abwerzger, den besonders schockiert, dass mit schätzungsweise 800.000 Moslems bereits mehr Muslime als Tiroler in Österreich leben. Neben dem prinzipiellen Schutz vor Überfremdung geht es aber auch um nicht zu leugnende Zahlen in der Kriminalitätsstatistik [...]“¹⁹⁵

¹⁹⁴ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220807_OTS0010/fpoe-haimbuchner-zauberwort-asyl-umgehend-entmachten-sozialtourismus-beenden

¹⁹⁵ <https://www.unsertirol24.com/2022/08/16/bevoelkerungsaustausch-muss-gestoppt-werden/>
<https://www.fpoe-tirol.at/news-detail/abwerzger-bevoelkerungsaustausch-muss-gestoppt-werden/>

Abwerzger: „Bevölkerungsaustausch muss gestoppt werden“

Tiroler Freiheitliche lassen mit Forderung nach Landesrat für Remigration und Rückführungen aufhorchen



Der Tiroler Landtagswahlkampf geht langsam in die intensive Phase. Vergangenen Freitag hat die FPÖ ihr Wahlprogramm vorgestellt. Eine Forderung hat dabei besonders die anwesenden Medienvertreter aufgerüttelt: „Die nächste Landesregierung braucht einen Landesrat für Remigration und Rückführungen“, forderte der freiheitliche Landesparteiobmann und Spitzenkandidat KO Mag. Markus Abwerzger.

Die FPÖ Tirol hat genug vom Bevölkerungsaustausch, der immer evidenter wird. „Laut Statistik haben 21,3 Prozent der Tiroler Migrationshintergrund, was circa 162.000 Personen entspricht. Dazu muss aber gesagt werden, dass Personen ab der dritten Generation für die Statistik bereits als Autochthone gelten. Die Dunkelziffer ist also noch höher“, so Abwerzger, den besonders schockiert, dass mit schätzungsweise 800.000 Moslems bereits mehr Muslime als Tiroler in Österreich leben.

Neben dem prinzipiellen Schutz vor Überfremdung geht es aber auch um nicht zu leugnende Zahlen in der Kriminalitätsstatistik. „In Tirol waren 2021 43,1 Prozent aller Tatverdächtigen Ausländer, in Innsbruck mit gar 49 Prozent die Hälfte. Mittlerweile sind 54,8 Prozent der in Österreich Inhaftierten ausländische Staatsbürger, welche den Steuerzahler jährlich 215 Millionen Euro kosten. Jedes zweite Sexualverbrechen in Innsbruck wurde mutmaßlich von Nicht-Österreichern begangen. Österreichweit werden jährlich circa 950 Vergewaltigungen angezeigt, was fast drei Vergewaltigungen pro Tag sind“, zählt Abwerzger die schockierenden Zahlen auf.

„Für uns ist Schluss. Wir wollen das nicht und wollten das auch nie. Aus diesem Grund braucht es nun eine Schubumkehr mit einer harten Asyl- und Migrationspolitik. Abflug statt Asylbetrug“, bringt Abwerzger es auf den Punkt. „Neben schnellen Asylverfahren und Abschiebungen braucht es auch eine offensive Politik für Remigration. Ein Landesrat soll mit den entsprechenden Agenden alle Möglichkeiten auf Landesebene, die etwa auch die Einbürgerung betreffen, ausschöpfen, um dem offensichtlichen Bevölkerungsaustausch entgegenzuwirken“, so Abwerzger abschließend.

Klassifizierung: Der Tiroler FPÖ-Obmann Abwerzger bedient sich der aus rechtsextremen Kreisen stammenden rassistischen „Bevölkerungsaustausch“-Rhetorik und bezeichnet die Anzahl der Muslim*innen in Österreich als „besonders schockierend“. Er bringt die Anzahl der Muslim*innen in Österreich im Folgeabsatz sowohl mit „Überfremdung“ als auch mit Kriminalität in Verbindung. Die kollektiv ausgrenzende und abwertende Rhetorik von Abwerzger gegenüber Muslim*innen,

denen pauschal Fremdheit zugeschrieben wird und die kollektiv mit negativen Phänomenen in Verbindung gebracht werden, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

22. August 2022

Die Freiheitliche Jugend unter der Obmannschaft des Wiener FPÖ-Klubobmanns Maximilian Krauss postet auf Facebook ein Bild von einem mit Kopftuch verhüllten kleinen Kind. Im Bild steht: „Trend geht nach oben: Arabische Vornamen weiter auf dem Vormarsch“. Dazu schreibt die Freiheitliche Jugend: „Sowohl bei Mädchen-, als auch bei den Jungen-Namen erleben arabische Vornamen einen starken Aufwärtstrend. Ein klares Zeichen für die zunehmende Überfremdung! Was Österreich jetzt braucht: Einen klaren Zuwanderungsstopp und konsequente Remigration.“¹⁹⁶

Freiheitliche Jugend
12. August 2022 · 🌐

Sowohl bei Mädchen-, als auch bei den Jungen-Namen erleben arabische Vornamen einen starken Aufwärtstrend. Ein klares Zeichen für die zunehmende Überfremdung! Was Österreich jetzt braucht: Einen klaren Zuwanderungsstopp und konsequente Remigration.

**Trend geht nach oben:
Arabische Vornamen
weiter auf dem Vormarsch**

FJOESTERREICH

Jahr	Anzahl
1984	0
1985	0
1986	0
1987	0
1988	0
1989	0
1990	0
1991	0
1992	0
1993	0
1994	0
1995	0
1996	0
1997	0
1998	0
1999	0
2000	0
2001	0
2002	0
2003	0
2004	0
2005	0
2006	0
2007	0
2008	0
2009	0
2010	0
2011	0
2012	0
2013	0
2014	0
2015	0
2016	0
2017	0
2018	0
2019	0
2020	0
2021	0

Klassifizierung: Die Freiheitliche Jugend bringt „arabische Vornamen“ pauschal mit „Überfremdung“ in Verbindung und fordert im Einklang mit rechtsextremen

¹⁹⁶ <https://www.facebook.com/FJOesterreich/posts/437278815094534>

Gruppierungen „Remigration“. Darüber hinaus wird fälschlicherweise suggeriert, in Österreich lebende Kleinkinder mit arabischem Vornamen wären typischerweise verhüllt. Die pauschale Zuschreibung von Fremdheit allein aufgrund des Vornamens ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

17. Oktober 2022

In einem Beitrag auf Instagram postet die Freiheitliche Jugend Wien ein Bild einer Anti-Abtreibungsdemonstration. Auf dem Bild steht: „Bevölkerungsaustausch durch Hedonismus: Was Emily abtreibt, gebärt Aischa!“



Klassifizierung: Die Freiheitliche Jugend Wien bedient sich der aus rechtsextremen Kreisen stammenden rassistischen „Bevölkerungsaustausch“-Rhetorik und kritisiert Abtreibungen durch „Emily“ und Geburten durch „Aischa“. Aischa ist ein weiblicher Name arabischer Herkunft, der mit Muslim*innen in Verbindung gebracht wird. Mit der Nennung dieses Namens wird das Gebären von arabischen/muslimischen Frauen kollektiv negativ abgestempelt. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

8. November 2022

Die Freiheitliche Jugend unter der Obmannschaft des Wiener FPÖ-Klubobmanns Maximilian Krauss postet auf Facebook ein Bild von einigen Menschen von hinten, darunter prominent zwei Frauen, die Kopftuch tragen. Im Bild steht: „Demografischer Wandel: 2050 sind wir fremd im eigenen Land!“ Das Bild verweist auf eine „Bevölkerungsaustausch“-Webseite. Dazu schreibt die Freiheitliche Jugend: „Ändert sich politisch nichts, fällt unser Volk in etwa 30 Jahren unter 50 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine Umkehr kann nur gelingen, wenn die Grenzen geschützt sind“

und wir wieder Herr im eigenen Haus werden. Das bedeutet auch zu entscheiden, wer zu uns kommen darf und wer nicht. Und vor allem bedeutet das auch zu entscheiden, wen wir nicht länger hier in Österreich haben wollen.“¹⁹⁷



Klassifizierung: Die Freiheitliche Jugend verwendet die aus rechtsextremen Kreisen stammende rassistische „Bevölkerungsaustausch“-Rhetorik und bringt in ihrem Posting durch die Bildwahl Frauen, die ein Kopftuch tragen, mit Fremdheit in Verbindung. „Unser Volk“ wird von der Freiheitlichen Jugend in rassistischer Manier als Absenz jeglichen Migrationshintergrunds definiert und somit alle Menschen mit Migrationshintergrund davon ausgeschlossen, jemals Teil „unseres Volkes“ sein zu können. Das rassistische Posting weist durch die Bildwahl eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

9. November 2022

Der Lustenauer FPÖ-Gemeinderat Martin Fitz wird in einem Medienbeitrag mit folgenden Worten zitiert: „Damit würde es zu viel Verkehr, zu viele Menschen und zu viel Islam in Lustenau und der gesamten Region geben.“¹⁹⁸

Klassifizierung: Der Lustenauer FPÖ-Gemeinderat Fitz kritisiert „zu viel Islam“ in einer Region. Er stempelt „Islam“ damit als etwas Negatives und Bedrohliches ab, wenn es eine

¹⁹⁷ <https://www.facebook.com/FJOesterreich/posts/504227451733003>

¹⁹⁸ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3181352/>

gewisse nicht näher definierte „Menge“ überschreitet. Die Aussage weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

29. November 2022

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek und sein Stellvertreter Stefan Hermann posten auf Facebook einen Artikel über Adventfeiern an zwei steirischen Volksschulen, bei denen versucht wurde „den Bezug zu Religion gering zu halten“. Kunasek und Hermann schreiben dazu: „Unfassbar, manche Schulen versuchen offenbar, das Weihnachtsfest abzuschaffen und aus dem Advent ein "ethisches Ritual" zu machen! 😡 Wir sagen ganz klar: Schluss mit vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem Islam, wir lassen uns unsere christlich-abendländischen Traditionen nicht nehmen! 🙌🇺🇸“¹⁹⁹ Hintergrund ist ein Brief zweier Schulen, die aus Anlass der Advent-Feierlichkeiten geschrieben haben: „Wir werden versuchen, den Bezug zur römisch-katholischen Religion gering zu halten und ein ethisches Ritual daraus zu machen.“ Auf Anfrage der Kleinen Zeitung wurde seitens der Schulleitung einer der beiden Volksschulen bestätigt, dass ein solches Schreiben an zwei Schulen ausgegeben worden war, weil es neben Kindern, die dem römisch-katholischen Glauben angehören, auch Kinder gebe, die frei-christlich, evangelisch oder islamisch seien. Man wolle das Fest aber keinesfalls verändern, so die Schulleitung.²⁰⁰

 **Mario Kunasek** 🇺🇸 fühlt sich stinksauer. 9 Std. · 🌐

Unfassbar, manche Schulen versuchen offenbar, das Weihnachtsfest abzuschaffen und aus dem Advent ein "ethisches Ritual" zu machen! 😡
Wir sagen ganz klar: Schluss mit vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem Islam, wir lassen uns unsere christlich-abendländischen Traditionen nicht nehmen! 🙌🇺🇸
<https://www.kleinezeitung.at/.../Debatte-um-Brief-der...>

Adventfeier an Volksschule: "Wir versuchen, Bezug zur Religion gering zu halten"

Mit einem Schreiben wurden Eltern informiert, dass man im Zuge der Feierlichkeiten im Advent versuche, den Bezug zur römisch-katholischen Religion gering zu halten und ein ethisches Ritual daraus zu machen. Das sorgt für Diskussion.



👍🇺🇸 202 99 Kommentare 107 Mal geteilt

¹⁹⁹ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/713924686768061>

²⁰⁰ https://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/6221229/Debatte-um-Brief-der-Schule_Wir-versuchen-den-Bezug-zur

Klassifizierung: Der steirische FPÖ-Obmann Kunasek und sein Stellvertreter Hermann skandalisieren die Advent-Feierlichkeiten an zwei Volksschulen, weil diese „den Bezug zur römisch-katholischen Religion gering zu halten und ein ethisches Ritual daraus machen“ wollen. Obwohl die Schulleitung mit religiöser Vielfalt argumentiert und Kinder unterschiedlichen Glaubens erwähnt, sprechen Kunasek und Hermann von „vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem Islam“. Sie verwenden eine aufwiegelnde religiöse Kulturkampfrhetorik und zeichnen ein pauschales Bild von „Islam“ als etwas Bedrohliches für Traditionen. Ihr Posting hat eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

30. November 2022

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek und sein Stellvertreter Stefan Hermann posten auf Facebook einen Artikel über islamischen Religionsunterricht an Schulen. Sie schreiben dazu: „Vor acht Jahren wurde noch an 92 Schulen islamischer Religionsunterricht angeboten. Jetzt sind es bereits 172... 🤖 Schluss mit der Gefährdung heimischer Werte! 🙌“²⁰¹

Mario Kunasek 3 Std. · 🌐

Vor acht Jahren wurde noch an 92 Schulen islamischer Religionsunterricht angeboten. Jetzt sind es bereits 172... 🤖
Schluss mit der Gefährdung heimischer Werte! 🙌

Hinter den Kulissen

Mehr Schulen mit Islam-Unterricht

Land Steiermark bestätigt: Zahl der Standorte von 165 auf 170 gestiegen

pro Lehrkraft – sie werden vom Bund refundiert – liegen übrigens bei 50.000 Euro. Gesamt waren zwei Millionen Euro fällig.
„Vor acht Jahren wurde noch in 92 Schulen islamischer Religionsunterricht angeboten, jetzt sind es 170. Der muslimische Glaube wird ganz offensichtlich ein immer größerer Faktor in unserer Gesellschaft und gefährdet damit wesentlich die heimische Wertevermittlung“, kritisiert FPÖ-Bildungssprecher **Stefan Hermann**.
Abgeordneter **Stefan Hermann**: „Politische Trendumkehr ist nötig!“

Stefan Hermann 🤖 fühlt sich besorgt.
10 Std. · 🌐

Vor acht Jahren wurde noch an 92 Schulen 🏫 islamischer Religionsunterricht 🤖 angeboten. Jetzt sind es 172 !!
Eine politische Trendumkehr ist dringend notwendig!
👉 Die **Steirerkrone** berichtet!

👍👎🤖 43 15 Kommentare 8 Mal geteilt

Klassifizierung: Der steirische FPÖ-Obmann Kunasek und sein Stellvertreter Hermann skandalisieren die gewachsene Anzahl an Schüler*innen, die islamischen Religionsunterricht besuchen. Sie bringen darüber hinaus islamischen

²⁰¹ <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/714772460016617>

Religionsunterricht pauschal und undifferenziert mit der „Gefährdung heimischer Werte“ in Verbindung. Diese pauschale Abwertungs-, Bedrohungs- und Ausgrenzungsrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

2. Dezember 2022

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml postet auf Facebook ein Bild der Freiheitlichen Jugend Österreich. Auf dem Bild steht: „Volksschulen wollen nur ethisches „Ritual“. Kein Islam-Kniefall: Weihnacht muss christlich bleiben!“ Raml schreibt dazu: „Unser Land. Unsere Werte. Unsere Traditionen.“²⁰²



Klassifizierung: Der Linzer FPÖ-Stadtrat Raml und die Freiheitliche Jugend skandalisieren die Advent-Feierlichkeiten an zwei Volksschulen, weil diese „den Bezug zur römisch-katholischen Religion gering zu halten und ein ethisches Ritual daraus machen“ wollen. Obwohl die Schulleitung mit religiöser Vielfalt argumentiert und Kinder

²⁰² <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/695207965307058>

unterschiedlichen Glaubens erwähnt, spricht das Posting von einem „Islam-Kniefall“. Es wird eine aufwiegelnde religiöse Kulturkampfrhetorik verwendet und ein pauschales Bild von „Islam“ als etwas Bedrohliches für „unsere Werte und Traditionen“ gezeichnet. Das Posting hat eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

7. Dezember 2022

Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bildungssprecher Hermann Brückl schreibt in einer Presseaussendung: „„Wie weit die politische Verblendung der SPÖ in ihrem Einbürgerungswahn reicht, kann man aktuellen Medienberichten entnehmen. Demnach soll es bereits an mehreren Wiener Schulen eine Klasseneinteilung nach Religionsbekenntnissen geben. Hier dürfte der Hunger nach einer Islam-Anbiederung nicht mehr zu stillen sein, die SPÖ erfindet mitten in Wien die Apartheid neu“, reagierte heute der freiheitliche Bildungssprecher NAbg. Hermann Brückl.“²⁰³

Klassifizierung: Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Brückl spricht in Zusammenhang mit der „Klasseneinteilung nach Religionsbekenntnis“ von einem „Hunger nach einer Islam-Anbiederung“, der „nicht mehr zu stillen sei“. Brückl verwendet für seine Kritik an der Klasseneinteilung eine aufwiegelnde religiöse Kulturkampfrhetorik, die sich pauschal gegen „Islam“ richtet. Andere Religionszugehörigkeiten werden nicht erwähnt, obwohl diese genauso von religionsbezogenen Klasseneinteilungen betroffen sind. Dadurch gewinnt die Aussage Brückls eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

²⁰³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221207_OT50157/fpoe-brueckl-spoe-fuehrt-an-wiener-schulen-apartheid-ein

Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen

Im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch werden 23 antimuslimisch-rassistische Aussagen und Veröffentlichungen, die im Jahr 2022 in der Sphäre der österreichischen Politik stattgefunden haben, dokumentiert und analysiert. Gegenüber dem Jahr 2021 (69 Vorfälle) bedeutet das einen deutlichen Rückgang der Dichte an Vorfällen. Verfestigt hat sich in politischen Kampagnen hingegen die aus rechtsextremen Kreisen stammende rassistische „Bevölkerungsaustausch“-Rhetorik, die Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen pauschal ewige Fremdheit zuschreibt.

Hauptakteur*innen im Jahr 2022

Politische Hauptakteur*innen der antimuslimisch-rassistischen Kampagnen waren auch im Jahr 2022 Personen aus der FPÖ, wie etwa FPÖ-Obmann Herbert Kickl, der Wiener FPÖ-Parteibobmann Dominik Nepp, der steirische FPÖ-Parteibobmann Mario Kunasek und sein Vize Stefan Hermann, der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss, der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger sowie der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner. Gemeinsam mit weiteren FPÖ-Politiker*innen sowie FPÖ-Einrichtungen und FPÖ-nahen Organisationen verbreiteten sie über verschiedene Kommunikationskanäle Aussagen und Bilder mit antimuslimisch-rassistischer Tendenz. Besonders radikal agierten die mit FPÖ-Politikern in Verbindung stehenden bzw. von FPÖ-Spitzenpolitikern angeführten Freiheitlichen Jugendgruppen, die sich in ihrer rassistischen Rhetorik kaum noch von radikal rechtsextremen Gruppierungen, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen, unterscheiden.

Auch Akteur*innen der ÖVP

Traten in den Jahren 2018 und 2020 in der Spitzenpolitik ausschließlich Personen aus der FPÖ als Akteur*innen des antimuslimischen Rassismus in Österreich in Erscheinung, so mischten 2019 und 2021 auch Personen aus der ÖVP mit. Im Jahr 2022 fiel Bundeskanzler Karl Nehammer durch das systematische Nichtentsenden von Feiertagsgrüßen an Muslim*innen auf seinem wichtigen Social-Media-Kanal Facebook auf.

Abstempeln von Muslim*innen als „ewige Fremde“

Das ideologische Fundament des antimuslimischen Rassismus war auch im Jahr 2022 die Abstempelung von Muslim*innen als „ewige Fremde“, denen die volle Zugehörigkeit zur österreichischen Gesellschaft verweigert wird. Dazu wird in antimuslimisch-rassistischen Wortmeldungen eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ konstruiert und eine fixe, unauflöslche und bis in die Ewigkeit gedachte Trennlinie zwischen diesen beiden als homogen konstruierten Gruppen gezogen. Auf Grundlage dieses ideologischen Fundaments werden kollektive Vorurteile, Angst, Neid oder sogar offener Hass gegen Muslim*innen geschürt. Muslim*innen werden als Sündenböcke für unpopuläre Maßnahmen und negative Entwicklungen abgestempelt, unter Generalverdacht gestellt und kollektiv abgewertet und ausgegrenzt.

Abwertung und Ausgrenzung von Frauen mit Kopftuch

Ein wiederkehrendes Element antimuslimisch-rassistischer Kampagnen ist die Markierung von Frauen, die ein Kopftuch tragen, als Inbegriff des Fremden sowie des Problem- und Defizitbehafteten. Darüber hinaus werden Frauen, die ein Kopftuch tragen, in antimuslimisch-rassistischen Kampagnen mit Begriffen wie „Überfremdung“ und „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung gebracht und damit pauschal als fremd, bedrohlich und unerwünscht abgestempelt.

Skandalisierung von Feiertagsgrüßen an Muslim*innen

Ein wiederkehrendes antimuslimisch-rassistisches Kampagnenelement ist die Skandalisierung von Feiertagsgrüßen an Muslim*innen. Auch im Jahr 2022 griffen FPÖ-Politiker Personen aus anderen Parteien sowie Repräsentant*innen des Staates dafür an, dass sie auch an Muslim*innen Feiertagsgrüße richten. Damit werden nicht nur Muslim*innen und ihre Feiertage abgewertet, es soll damit auch Druck auf die Politik ausgeübt werden, keine Feiertagsgrüße mehr an Muslim*innen zu richten.

Selektive Feiertagsgrüße an Muslim*innen

Einige Spitzenrepräsentant*innen des Staates Österreich haben diesem Druck teilweise nachgegeben und damit einen Kniefall vor dem antimuslimischen Rassismus vollzogen. So gab es von Bundeskanzler Karl Nehammer im Jahr 2022, wie schon in den Jahren zuvor von Bundeskanzler Sebastian Kurz, keine Feiertagsgrüße an Muslim*innen auf dem wichtigen Social Media Kanal Facebook, während anderen Religionsgemeinschaften dort sehr wohl vom Bundeskanzler Feiertagsgrüße ausgerichtet werden.

Abnahme der Dichte an rassistischen Kampagnen

Die Dichte an antimuslimisch-rassistischen Kampagnen hat 2022 gegenüber den Vorjahren deutlich abgenommen. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die Dominanz von Themen rund um den Ukrainekrieg und die Teuerung gewesen sein. Darüber hinaus war die Corona-Pandemie nicht mehr von strengen gesamtösterreichischen Lockdowns geprägt, die teilweise für das Verbreiten antimuslimisch-rassistischer Verschwörungserzählungen genutzt wurden, sondern von der Debatte über die Impfpflicht und den Lockdown für ungeimpfte Personen. Die stark gestiegenen Asylantragsanzahlen wurden von Teilen der Politik rassistisch kommentiert, aber nur in Ausnahmefällen explizit auf Muslim*innen bezogen.

Abwertung von Menschen aus „Afrika“ und aus „dem arabischen Raum“

Während im vorliegenden Bericht in die Liste der antimuslimisch-rassistischen Vorfälle nur Äußerungen aufgenommen wurden, die sich durch Text und/oder Bild ausdrücklich gegen Muslim*innen richten, gab es im Jahr 2022 vermehrt abwertende Äußerungen, in denen nicht explizit Muslim*innen als Feindbild benannt wurden. Stattdessen wurden „Menschen aus Afrika“ bzw. „Menschen aus dem arabischen Raum“ als Feindbilder präsentiert. Die Annahme ist naheliegend, dass diese Gruppenschreibungen –

insbesondere der Verweis auf den „Menschen aus dem arabischen Raum“ – teilweise als Ersatz für Feindbildrhetorik gegen Muslim*innen verwendet werden.

Nur die Spitze eines Eisbergs

SOS Mitmensch hat nur solche Fälle in die vorliegende Dokumentation aufgenommen, bei denen die antimuslimisch-rassistische Tendenz eindeutig erkennbar ist. Darüber hinaus sind in die vorliegende Dokumentation ausschließlich Vorfälle und Kampagnen aus der Spitzenpolitik bzw. ihrem unmittelbaren Umfeld eingeflossen. Daher sei nachdrücklich betont, dass es sich bei den dokumentierten Fällen lediglich um die Spitze eines wesentlich größeren Eisbergs an antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik handelt.

Wirkung der Berichte von SOS Mitmensch

Seit Veröffentlichung des ersten Berichts von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik, ist den Politiker*innen im Land klar, dass ihre antimuslimisch-rassistischen Äußerungen beobachtet, dokumentiert und analysiert werden. Das hat dazu geführt, dass teilweise vorsichtiger formuliert wird und einige besonders radikale rassistische Äußerungen und Forderungen gegen Muslim*innen nicht mehr wiederholt wurden. So wurde die Forderung nach Ausschluss von Muslim*innen vom sozialen Wohnbau, wie sie von der Wiener FPÖ im Jahr 2018 erhoben wurde, nicht noch einmal wiederholt, aber auch nicht zurückgenommen. Auch die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Muslim*innen wurde nicht erneut offen skandalisiert, allerdings im Jahr 2021 mit „Islamisierung“ in Verbindung gebracht.

Teilweise neue Verpackung für antimuslimischen Rassismus

Die Wirkung der Berichte von SOS Mitmensch zeigt sich auch in einer teilweise veränderten rhetorischen Verpackung von antimuslimischem Rassismus. So bewegen sich inzwischen viele Äußerungen und Kampagnen an der Schnittstelle zwischen Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus. Die betreffenden Äußerungen und Kampagnen richten sich vordergründig gegen „den Islam“ oder „islamische Länder“ oder „mehrheitlich islamische Länder“ oder „islamische Infrastrukturen“ oder „Moscheen“, die pauschal dämonisiert und abgewertet werden. Diese pauschale und undifferenzierte Dämonisierung und Abwertung „des Islam“ und aller Menschen in „islamischen Ländern“ sowie „islamische Infrastrukturen“ richtet sich zugleich aber auch gegen alle (religiösen) Muslim*innen, die dadurch als „ewig fremd“ und kollektiv bedrohlich markiert und kollektiv abgewertet werden. In islamfeindlichen Äußerungen wird immer wieder die unauflösliche Spaltung in eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ eingewoben. Die Tendenz, verstärkt vordergründig auf Islamfeindlichkeit zu setzen, bei der rassistische Angriffe auf Muslim*innen nicht offen kommuniziert werden, aber eingewoben sind, kann als Versuch der Kampagnenbetreiber*innen gewertet werden, sich weniger leicht angreifbar zu machen und sich die Berufung auf „Religionskritik“ offen zu halten. Doch die pauschale Dämonisierung und Abwertung nur einer einzigen Religion, ohne jeglichen Ansatz der Differenzierung und ohne jegliche argumentative Auseinandersetzung, ist keine

konkrete und schon gar keine sachliche oder ausgewogene Kritik, sondern reine Feindlichkeit. Diese Feindlichkeit trifft durch ihre Pauschalität nicht nur die zum Feindbild erkorene Religion, sondern auch alle Angehörigen dieser Religion. Zu den Elementen der angesprochenen pauschalen Dämonisierung und Abwertung von „Islam“ (und zugleich der Muslim*innen) zählen unter anderem:

- ⇒ das pauschale Gleichsetzen von „Islam“ mit „Islamismus“ bzw. „Islam“ mit „politischem Islam“.
- ⇒ das Erfinden von negativ aufgeladenen pauschalisierenden religiös anmutenden Ersatzbegriffen für (religiöse) Muslim*innen, wie beispielsweise den Begriff „Scharia-Eltern“ (im Jahr 2019) – und die Nutzung dieser Ersatzbegriffe zur pauschalen Abwertung von Muslim*innen.
- ⇒ das pauschale Ablehnen von religiösen Feiertagen, ausschließlich, wenn es sich um von Muslim*innen begangene Feiertage handelt.
- ⇒ das pauschale Ablehnen von Feiertagsgrüßen, ausschließlich, wenn es sich um Feiertagsgrüße an Muslim*innen handelt.
- ⇒ das pauschale Ablehnen von religiösen Infrastrukturen, ausschließlich, wenn es sich um Infrastrukturen für Muslim*innen handelt.
- ⇒ das pauschale Ablehnen von Gebetshäusern, ausschließlich, wenn es sich um von Muslim*innen benutzte Gebetshäuser handelt.
- ⇒ das pauschale Kontextualisieren von religiösen Einrichtungen als bedrohlich, ausschließlich, wenn es sich um islamische Einrichtungen handelt.
- ⇒ das pauschale Ablehnen sichtbarer religiöser Symbole oder Bekleidungen, ausschließlich, wenn es sich um Symbole und Bekleidungen von Muslim*innen handelt.
- ⇒ das pauschale Ablehnen und als Bedrohung markieren aller Menschen aus „islamischen/muslimischen Ländern“.

Formen des antimuslimischen Rassismus 2022

Folgende Formen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik sind im vorliegenden Bericht über das Jahr 2022 unter anderem erfasst:

- ⇒ Muslim*innen werden als unwert dargestellt, Geldleistungen vom Staat zu erhalten: etwa, wenn, entgegen der Faktenlage, Kindergeldzahlungen an Eltern, deren Kinder nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, vorwiegend mit Muslim*innen verknüpft und Muslim*innen zu Sündenböcken für „unnötige“ bzw. an die „Falschen“ ausgezahlte Staatsausgaben gemacht werden.
- ⇒ Muslim*innen werden als „ewige Fremde“ abgestempelt: etwa, wenn fixe Grenzlinien zwischen „den Muslimen“ und „den Österreichern“ oder „den Muslimen“ und „den Wienern“ gezogen werden, oder wenn Muslim*innen kollektiv als „Ausländer“ dargestellt werden, oder wenn ein rein christliches „Wir“ formuliert wird, das Muslim*innen kollektiv ausschließen soll, oder wenn Muslim*innen pauschal in Verbindung mit Begriffen wie „Überfremdung“ und „Bevölkerungsaustausch“ gebracht werden.
- ⇒ Religionszugehörigkeits-Zählungen werden durchgeführt, um die Bevölkerung zu spalten, Bedrohungsbilder zu kommunizieren und gegen Muslim*innen

aufzuwiegeln: etwa, wenn alleine das Vorhandensein von Muslim*innen und/oder die Zunahme der Anzahl an Muslim*innen ohne weitere Begründung per se als etwas Negatives, Gefährliches oder Skandalöses dargestellt wird, oder muslimische Schüler*innen, die den Religionsunterricht besuchen, pauschal als Bedrohung „unserer heimischen Kultur- und Werteordnung“ bezeichnet werden.

- ⇒ Vornamen, die als muslimisch gewertet werden, werden kollektiv abgewertet und als etwas Fremdes und Bedrohliches dargestellt.
- ⇒ Das Gebären von muslimischen Frauen wird als etwas Negatives und Bedrohliches dargestellt und mit „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung gebracht.
- ⇒ Versuche von Bildungseinrichtungen, mit religiöser Vielfalt umzugehen, werden skandalisiert und mittels Kulturkampfrhetorik als „Kniefall“ oder „vorausgehenden Gehorsam“ oder „Anbiederung“ gegenüber „dem Islam“ bezeichnet.
- ⇒ Muslim*innen werden auf Vertreter*innen einer radikalen Ideologie reduziert und diese Vertreter*innen als repräsentativ für alle Muslim*innen dargestellt, etwa, wenn eine nichtrepräsentative Niqabträgerin als „Repräsentantin der Muslim*innen in Österreich“ ins Bild gesetzt und jede*r einzelne*r Muslim*in mit dem Begriff „Islamisierung“ in Verbindung gebracht wird.
- ⇒ Feiertagsgrüße an Muslim*innen werden abgewertet und skandalisiert: etwa, wenn Ramadan-Feiertagsgrüße des österreichischen Bundespräsidenten als „peinlich“ bezeichnet und Muslim*innen als unwichtiger Teil der Gesellschaft abgewertet werden.
- ⇒ Muslim*innen werden auf reichweitenstarken Social Media Kanälen keine Feiertagsgrüße ausgerichtet, während andere Religionsgemeinschaften auf diesen Kanälen Feiertagsgrüße erhalten: etwa, wenn Politiker*innen auf Facebook zu den jeweiligen hohen Feiertagen Grüße an Katholik*innen, Protestant*innen, orthodoxe Christ*innen und Jüd*innen richten, aber nicht an Muslim*innen.
- ⇒ Das Wort „Islamisierung“ wird zu einer Kategorie und einem Instrument der pauschalen rassistischen Ausgrenzung gemacht: etwa, wenn das Wort nicht in Zusammenhang mit Religion oder fundamentalistischen Religionsströmungen verwendet wird, sondern jede*r einzelne*r angenommene oder tatsächliche Muslim*in als „Islamisierungs“-Akteur*in dargestellt wird.
- ⇒ Es wird gefordert die Grenzen ausschließlich oder insbesondere für Muslim*innen bzw. ausschließlich oder insbesondere für Menschen aus „islamischen“ oder „muslimischen“ Ländern zu schließen.
- ⇒ Negative Taten von Personen, bei denen aufgrund der Herkunft oder Staatsbürgerschaft eine muslimische Religionszugehörigkeit vermutet wird, werden ohne sachliche Grundlage mit der angenommenen Religionszugehörigkeit in Verbindung gebracht.

Fehlende Konsequenzen von antimuslimischem Rassismus

SOS Mitmensch beobachtet mit großer Sorge, dass antimuslimischer Rassismus nicht nur in Teilen der österreichischen Spitzenpolitik inzwischen fest verankert ist, sondern bislang auch keinerlei politische Konsequenzen nach sich zieht. Wie auch schon in den Jahren davor hatten im Jahr 2022 für keine*n Politiker*in antimuslimisch-rassistische

Äußerungen negative Folgen. Niemand musste deshalb zurücktreten. Niemand wurde deshalb aus einer Partei ausgeschlossen. Niemand wurde deshalb von der Bundesregierung oder von Landesregierungen kritisiert. Niemand hat nach einer antimuslimisch-rassistischen Äußerung Reue gezeigt oder sich entschuldigt.

Spitzenpolitik ohne Signale zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus

Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass in Österreich von Seiten der verantwortlichen Spitzenpolitik bislang keine Signale und Handlungen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus gesetzt wurden. Dabei ist antimuslimischer Rassismus – so wie auch andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung – ein gefährliches gesellschaftszerstörendes Phänomen. In einer Gesellschaft, die auf Demokratie und Menschenrechten fußt, muss antimuslimischer Rassismus – so wie auch andere Formen des Rassismus – geächtet und bekämpft werden. Bei dieser Aufgabe kommt den politischen Institutionen und gewählten Politiker*innen eine besondere Verantwortung zu, die bislang nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Andere Länder, wie beispielsweise Deutschland oder Norwegen, haben auf den Anstieg an antimuslimisch-rassistischen Handlungen bereits reagiert (siehe die folgende Liste an Forderungen).

Auf Grundlage des vorliegenden Berichts fordert SOS Mitmensch:

- ⇒ Alle politischen Kräfte in Österreich, die sich innerhalb des demokratischen Spektrums positionieren, müssen sich deutlich gegen antisemitische, antimuslimisch-rassistische und sonstige rassistische Spaltung stellen.
- ⇒ Das Ausnutzen von Krisen, wie etwa der Corona-Pandemie oder der Teuerung für herkunftsbezogene, religionsbezogene und/oder rassistische Spaltungs-, Neid- und Hassrhetorik muss scharf verurteilt werden.
- ⇒ Jegliche Forderung nach kollektiver Ausgrenzung, Entrechtung oder Diskriminierung von Muslim*innen muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politiker*innen scharf zurückgewiesen werden.
- ⇒ Jegliche Kampagne, die kollektiv gegen Muslim*innen aufwiegelt und aufhetzt, muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politiker*innen scharf verurteilt werden.
- ⇒ Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus muss politische Chef*innen-Sache werden und von der Bundesregierung entschieden angegangen werden. Gleiches gilt auch für den Kampf gegen andere Formen des Rassismus und der auf die Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit abzielenden Spaltung, Hetze und Diskriminierung.
- ⇒ Parteien und Politiker*innen, die rassistische Kampagnen betreiben, dürfen nicht mit Regierungsmacht ausgestattet werden.
- ⇒ In Deutschland hat das Innenministerium im September 2020 einen „Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ bestehend aus „zwölf Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis“ ins Leben gerufen. Dieser „Unabhängige Expertenkreis“ soll „Muslimfeindlichkeit analysieren“ und innerhalb von zwei Jahren einen Bericht herausgeben, der unter anderem „Empfehlungen für den Kampf gegen

Muslimfeindlichkeit für verschiedene Bereiche und Ebenen“ beinhaltet.²⁰⁴ In Norwegen hat die Regierung einen „Handlungsplan gegen Diskriminierung von Muslim*innen“ entwickelt.²⁰⁵ Die österreichische Bundesregierung sollte diesen Beispielen folgen und ebenfalls ein Expert*innen-Gremium berufen, das sich angesichts der inzwischen festen Verankerung von antimuslimischem Rassismus in Österreich spezifisch mit diesem Hass- und Diskriminierungsphänomen beschäftigt und einen Handlungsplan zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus entwickelt.

- ⇒ Als Grundlage für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus braucht es eine von der Bundesregierung anerkannte Definition. Auch dazu sollte raschestmöglich eine Arbeitsgruppe installiert werden. Die Definition, die im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch verwendet wird, kann als Grundlage für die Erarbeitung einer von der österreichischen Bundesregierung und maßgeblichen österreichischen Institutionen anerkannten Definition dienen.
- ⇒ Alle Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen sowie alle Vorsitzenden, der im Parlament und in den Landtagen vertretenen demokratischen Parteien, müssen ein klares Bekenntnis abgeben, dass Muslim*innen, genauso wie Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Menschen ohne Religionsbekenntnis, ein wichtiger Bestandteil Österreichs sind.
- ⇒ Die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit, muss von allen politischen Akteur*innen als Grundwerte unserer Demokratie anerkannt werden.
- ⇒ Antirassistische Grundwerte müssen in Bildungsprogramme für junge Menschen ebenso wie in Bewusstseinskampagnen für Erwachsene einfließen.

Für SOS Mitmensch ist klar: Es braucht in Österreich mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber der zerstörerischen Kraft von Ideologien der Ausgrenzung und Spaltung. Es braucht eine Immunisierung der Bevölkerung und insbesondere der jungen Menschen gegen die wiederkehrenden Versuche, Feindbild- und Sündenbockideologien salonfähig zu machen.

Es darf kein Schweigen und kein Wegschauen mehr geben, weder bei antimuslimischem Rassismus noch bei Antisemitismus noch bei anderen Formen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Österreich braucht eine breite, starke und von Politik, Medien und Zivilgesellschaft unterstützte und geförderte Gegenbewegung gegen jede Form des Rassismus.

Weitere Informationen: www.sosmitmensch.at

²⁰⁴ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/09/expertenkreis-muslimfeindlichkeit.html>

²⁰⁵ <https://www.regjeringen.no/contentassets/b2a6fd21c6a94bae83d5a3425593da30/handlingsplan-mot-diskriminering-av-og-hat-mot-muslimere-2020-2023.pdf>